

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilte Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (einzelne) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement: Preis pränumerando) Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhalten sollte außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Militarismus in Oesterreich-Ungarn.

— Wien, 24. Mai.

Nachdem die Delegationsausschüsse vor Pfingsten den „ordentlichen“ Gesetzesentwurf bewilligt haben, werden sie morgen mit dem Bewilligen der außerordentlichen Forderungen beginnen — denn daß die 156 Millionen Kronen für Kanonen, Gewehre, Torpedos, Unterseeboote und andre Lieblichkeiten statt bewilligt werden, unterliegt keinem Zweifel. Das Bewilligen ist in den Delegationen überhaupt nie zweifelhaft: daß jede Forderung der Militärverwaltung durchgehen muß, liegt in dem Organismus dieser merkwürdigen Körperschaften, der so gefügt ist, daß sich der Widerspruch zur Ablehnung nie verdrängen kann. Bei der ungarischen Delegation ist die Zustimmung zu jeder noch so exorbitanten Forderung selbstverständlich; die Ungarn zahlen zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten so wenig, daß sie den ihnen sonst auch sympathischen „Großmachtspflanz“ eigentlich ganz billig bestreiten. Ueberdies spricht bei ihnen die Erwägung mit, sich durch die Bewilligungen die Krone zu verpflichten, welche den Gegenwert dann in „nationalen“ Konzeptionen zu leisten hat, die von den ungarischen Politikern unermüdblich ausgeführt und dem Kaiser mit jedem Frühjahr frisch präsentiert werden. Die österreichische Delegation ist darin, wie ein getreues Abbild des zerklüfteten Parlaments, so zerrissen, daß sich ein Gesamtwille überhaupt nicht einstellen kann. Und zum Schluß steht die Majorität der Herrenhaus-Delegierten und der Abgeordneten der Großgrundbesitzer, also die Mehrheit der ungewählten Delegierten immer parat; selbst in dem recht unwahrscheinlichen Falle, daß die Abgeordneten aller Völker in Oesterreich in der Heberzeugung einig wären, daß die Ansprüche des Molochs zurückgewiesen werden müssen, wären sie unermüdblich, von den Forderungen der Heeresverwaltung auch nur einen Heller abzuschneiden. Und was würde geschehen, wenn die österreichische Delegation wirklich die Kraftanstrengung zuwege brächte, den heuer gar zu süßig geratenen militärischen Wunschzettel zu kürzen, während er in der ungarischen, dem ausnahmslosen Brauche gemäß, toll bewilligt wäre? Dann erfolgte jene gemeinsame Abstimmung beider Delegationen — der einzige Fall, wo die Vertretungskörper der beiden Staaten des Dualismus zusammenzutreten. In dieser Sitzung darf nicht gesprochen werden, sie dient bloß der Abstimmung über die Frage, in welcher die Beschlüsse beider Delegationen differieren, und so streng muß das paritätische Recht beider Staaten gewahrt werden, daß die Gleichheit der Zahl der stimmenden Delegierten durch die Entfernung der auf einer Seite überschüssigen Mitglieder hergestellt wird. Wenn nun die ungarischen Delegierten bewilligen, so genügt es, daß ein einziger von den Oesterreichern zustimmt — und wie viel solche „einzige“ schließt eine Körperschaft ein, in welcher zwanzig von der Krone ernannte Herrenhäuser sitzen! — und die Mehrheit des Ja ist beisammen! Es ist ganz unmöglich, daß in den Delegationen etwas abgelehnt wird; das geschah nie und diese Jaserermeiherheit steht auch jetzt fest.

Daß die Forderungen der Militärverwaltung bewilligt werden, ist auch nicht das, was an diesem Verlangen und Zustimmung merkwürdig ist. Schwer hat es der Militarismus in den bürgerlichen Parlamenten überhaupt nicht, und nicht viel besser als die so künstlich erkommene und so raffiniert entmannte Delegation führt sich auch manches Parlament auf, das aus allgemeinem und gleichem Wahrecht hervorgeht. Die Willenslosigkeit der Bourgeoisie gegenüber den Forderungen des Militarismus ist ja auch keineswegs erstaunlich: einesteils ist das industrielle Bürgertum an dem Krieg im Frieden großmaterieell beteiligt, und andernteils hat es die volle Schwere der Wutsteuer und in dem System der indirekten Abgaben auch die wirtschaftlichen Lasten auf die breiten Massen abzuwälzen verstanden. Wozu also die parlamentarische Bourgeoisie nirgends fähig ist, kann am wenigsten von der armeneligen Delegation erwartet werden, deren Höhepunkt immer in den Hofdinern erkommen wird, und deren ganze Zusammenfassung darauf gerichtet ist, die eigentliche Entscheidung den unentwegten Hoffschranzen in die Hand zu spielen. Nicht über das Fördern und Bewilligen sind Wollen zu machen, aber echt österreichisch ist die Verlogenheit, mit welcher die Regierungen die Forderungen erheben, und echt österreichisch ist die Verlogenheit, mit welcher sich die Delegierten und mit ihnen die bürgerliche Zeitungswelt foppen lassen. Die Regierungen wissen, daß sie lügen, die Delegierten wissen, daß sie belogen wurden, aber die Lügen werden mit der größten Treuherzigkeit vorgebracht, mit der stärksten Glaubensfähigkeit angehört. Die Regierungen — beteiligt sind an dem plumpen Schwindel nämlich drei: die österreichische, die ungarische und die sogenannte „gemeinsame“ — haben nämlich, um den Delegationen die Miefenforderung plausibel zu machen, folgende List erfunden: Reibt den außerordentlichen Krediten wird der Heeresverwaltung das normale Budget bewilligt, in welchem auch jene Teillbeträge enthalten sind, welche in dem außerordentlichen Erfordernis angeblich zusammengefaßt sind. Die Summen werden also zweimal bewilligt, jedoch nur einmal in Anspruch genommen, so daß eine „Bewilligung“ zurückgegeben, an die beiden Finanzverwaltungen gemäß der Quote ihres Beitrages „refundiert“ wird. Von dem Budget des Jahres 1905 werden so 27 Millionen Kronen refundiert — 22 Millionen vom Etat der Marine, fünf Millionen vom dem Heeresetat — also, wie es den Schein hat, insofern der „außerordentlichen“ Bewilligung erspart. Und nun redet man den Delegierten ein, daß werde so durch 20 bis 25 Jahre gehen, jedes Jahr werden 27 Millionen, die bisher gebraucht worden sind, erspart werden — mit welcher Ersparnis jene für die „außerordentlichen“ Bedürfnisse nötige Summe von 400 Millionen verzinst und amortisiert werden soll! Der Einfall, der Militarismus, der sich plötzlich so wunderbar „entfalten“

muß, werde zwanzig Jahre nicht nur keine Mehrforderungen erheben, vielmehr noch unentwegt statliche Ersparungen betreiben, der ist an sich so grotesk, daß er wirklich nur österreichischen Delegierten eingeredet werden kann. Nun sind aber von den 400 Millionen, die drei Jahre hindurch für die „außerordentlichen“ Reformen bewilligt werden sollen, mehr als die Hälfte bestimmt, funkelnelene Bedürfnisse des Molochs zu befriedigen — neue Kanonen, neue Gewehre, Vermehrung der Torpedoflotte, Unterseeboote — und nur ein bescheidener Teil dient dazu, die ratenweise Bewilligung des „normalen“ Wachstums der militärischen Ausschreitungen überflüssig zu machen. Mit welchen Ersparungen könnten aber neue Bedürfnisse wettgemacht werden? Schon durch seine Natur ist der moderne Militarismus zu Einschränkungen unfähig; er ist zur Maßlosigkeit und Unersättlichkeit verdammt und jede neue „Entfaltung“ zieht unaufhaltsam neue und wieder neue Forderungen mit sich. Aber ein Blick auf die „ersparten“ Bewilligungen zeigt, daß die Ersparungen höchstens drei Jahre vorhalten können, die weitere Verzinsung und Amortisierung der großen Anleihe nur durch neue Lasten erfolgen können wird. Eigentlich hat es auch der Kriegsminister zugegeben und den Delegierten runderheraus gesagt, es sei „unmöglich“, dafür eine Bürgschaft zu übernehmen, daß „mit den erhaltenen Summen 25 Jahre lang das Auslangen gefunden werden könne, weil sich ja doch nicht voraussetzen läßt, welche Forderungen auftreten werden“. Thut nichts, die Delegierten „glauben“ selbst, daß sie keine neuen Lasten bewilligen, sondern nur normale „zusammenfassen“, und Herr v. Böhm-Bawerk, der gelehrte, aber grundsätzliche österreichische Finanzminister, wird morgen nach Budapest fahren, um den Delegierten zu „verküßern“, daß 27 Millionen ausreichen, um eine Anleihe von 400 Millionen zu verzinzen und abzuzahlen. Ob man ihn die 27 Millionen jedes Jahr „refundieren“ wird, kann Herr v. Böhm natürlich nicht sagen, aber arithmetische Auskünfte kann er geben. So nimmt man bei dieser Militärvorlage echt österreichische Charakterzüge wahr. Die Dreistigkeit des Militarismus tritt nicht brutal, sondern feige auf, und die Bewissenlosigkeit des bürgerlichen Parlaments verkleidet sich als ökonomisches und zweckbewusstes Gebahren.

Ganz nebenächlich wäre angeht die Frage, wozu Oesterreich-Ungarn die militärische Ausrüstung denn braucht. Neue Kanonen — gegen wen? Mit dem Deutschen Reiche lebt Oesterreich im innigsten Bündnis, und die Möglichkeit ist undenkbar, daß Deutschland über den Habsburgerthron herfallen könnte. Gegen Rußland? Aber seitdem sich Oesterreich und Rußland über die Balkanfrage verständigt haben, ist die Gefahr eines Konfliktes zwischen den alten Rivalen im Orient völlig gebannt. Und weiterhin wird die russische Despotie aus dem Kreise mit Japan verlaufen er nun und ende er wie immer, so geschwächt und ermattet heimkommen, daß ihr die Reizung zu kriegerischen Verwicklungen auf Jahrzehnte ausgetrieben sein wird. Und neue Schiffe, Torpedos und Unterseeboote — gegen wen soll die österreichische Küste verteidigt werden? Heute dementiert das offiziöse „Fremdenblatt“ die Meldung der „Times“, nach welcher die Heeresforderungen „mit dem Hintertus auf das Verhältnis Oesterreich-Ungarns zu Italien“ begründet werden, und das ist auch ganz richtig, wenn auch die Goldschmiedische Presse über die latenten Konflikte mit Italien allerlei Fagen macht und den Firtelanz der Expoé-Politik als „geschichtliche Wertepunkte“ aufweist. Die Wahrheit ist, daß die inneren Wirnisse des Habsburgerreiches im internationalen Verkehr geradezu als Abschreckungsmittel wirken, die Grenzen des Staates sicherer verteidigen, als Kanonen und Soldaten. Bleibt also das bishigen Vollen, mit dem Oesterreich-Ungarn seinen Ruhm als „Großmacht“ bestreitet. Aber die Balkanfrage ist für den Frieden in Europa nur dann eine Gefahr, wenn sie Oesterreich und Rußland verfeindet, sie bleibt eine Nebensächlichkeits, wenn die beiden Militärmächte einig bleiben. Rüstungen und die Balkanfrage — ja, gegen wen soll Krieg geführt werden können? Gegen die bulgarischen Vandalen, welche nicht Ruhe halten wollen, gegen den Sultan, der die macedonische Reform verzettelt? Kriegsgefahr und Militarismus stehen ja nirgendwo mehr im Verhältnis; aus einem Mittel ist der Militarismus nun überall Selbstzweck geworden. Aber überall stützt sich der Militarismus doch auf die Vorpiegelung der Gut des Vaterlandes und der Nation; nur in Oesterreich ist er statt der Bewahrung der Großmachtstellung ihr Ersatz. Vierhundert Millionen sind für das arme Oesterreich-Ungarn ein unersehliches Opfer, und zu keinem andern Zweck wird es geleistet, als um dem Kaiser von Oesterreich in Europa Respekt zu schaffen. Wie alles so ist auch die Militärpolitik in Oesterreich-Ungarn Hauspolitik.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Mai.

Berliner Arbeitsverhältnisse.

Die soeben erschienenen Jahresberichte der preussischen Regierungen- und Gewerbeberate für 1903 beweisen von neuem, wie schlecht es in den meisten Bezirken um den Schatz der Arbeiter vor Gefahren bestellt, wie ungemein groß noch immer die Ausbeutung insbesondere der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist und wieviel die wirtschaftlichen und sittlichen Zustände zu wünschen übrig lassen. Infolge der geringen Zahl der Aufsichtsbeamten — in ganz Preußen einschließlich der Hilfsarbeiter nur 287 — kann von einer regelmäßigen Inspektion keine Rede sein, und das Straßend der von dem reaktionären Landtage unterstützten Regierung gegen die Hinzuziehung von Arbeitern und Arbeitern macht die Inspektion gewisser Betriebe völlig wertlos. Die Berichte sind im großen und ganzen objektiv gehalten; jedenfalls sind sie nicht zu Gunsten der Arbeiter gefärbt. Vielmehr gerade aus diesem Grunde entrollen sie uns ein Bild, das den „Kulturstaat“ Preußen nicht zur

Ehre gereicht und das auch dem Verblendeten und in Vorurteilen Befangenen die Augen darüber öffnen muß, wohin es führt, wenn in einem Staate die Arbeiter planmäßig von der Gesetzgebung und der Verwaltung ferngehalten werden.

Selbst in Berlin, wo im Gegensatz zur Großindustrie, die den Aufgaben der Gewerbe-Aufsicht dem Bericht zufolge ein erfreuliches Verständnis entgegenbringe, die kleineren Gewerbetreibenden und Handwerksmeister, den Beamten häufig offenen Widerstand leisten, begegnen wir Zuständen, die jeder Beschreibung spotten. Das gilt insbesondere von den jugendlichen Arbeitern und den Frauen, die ja von jeder den Unternehmern das geeignetste Ausbeutungsobjekt boten. Das „erfreuliche Verständnis“ vieler Unternehmer scheint lediglich darin zu bestehen, daß sie unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen aus der jugendlichen und weiblichen Arbeitskraft einen recht hohen Profit herauszupressen versuchen, unbelümmert um die sittlichen und gesundheitlichen Gefahren, die den unglücklichen Opfern einer unerfülllichen Habgier drohen. Einige Beispiele! Als Ersatz für das Verbot der Kinderarbeit in Fabriken versuchte eine Firma, Heimarbeit der Kinder zum Aufziehen von Glasperlen einzuführen. Eine Angestellte der Fabrik war beauftragt, schulpflichtige Kinder in Gruppen von vier Teilnehmern einige Wochen täglich 5 Stunden lang in dieser Tätigkeit auszubilden, damit die Kinder dann in der elterlichen Wohnung selbstständig weiter arbeiten und ihre Geschwister anlernen konnten. Erst auf Vorstellungen hin hat sich der Unternehmer, dessen Name leider nicht genannt wird, veranlaßt gesehen, von seinem menschenfeindlichen Vorhaben Abstand zu nehmen. Wäre sein Versuch geglückt, so wären die von ihm ausgebeuteten Kinder infolge der langen Arbeitszeit in gebäuer Haltung und bei ungenügender Beleuchtung gesundheitlich schwer geschädigt worden. — Eine Reihe anderer Unternehmer beschäftigte stempellose Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren in demselben Raum, in dem Quecksilberlampen benutzt wurden, wieder andere setzten junge Leute unter 18 Jahren der Bergsturzgefahr dadurch aus, daß sie sie beim Abdrücken von Metallteilen mit Salpetersäure beschäftigten.

Den Uebeln der Bewissenlosigkeit erreichten einige Fabrikanten, die mit Erfolg die Bundesratsbestimmungen vom 30. Januar 1903 betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Anlagen zur Herstellung von Präservativen zu umgehen verstanden. Weil die Beschaffung besonderer Räume für Arbeiter und Arbeiterinnen, wie sie jene Verordnung vorschreibt, angeblich nicht möglich war, weil ferner die Löhne mehr als 21 Jahre alter Arbeiterinnen für den Artikel angeblich zu hoch sind, ließen diese Fabrikanten die Präservativen durch Heimarbeiterinnen anfertigen. Lediglich, um die Probation der behördlichen Kontrolle zu entziehen und um den Profit zu steigern, werden ganze Familien der sittlichen Verderbnis preisgegeben. Und die Urheber dieser Zustände wettren dann womöglich in frommen Versammlungen über den Sittenverfall — der Arbeiterklasse. Pfui! über so eine heuchlerische Gesellschaft!

Was die jugendlichen Arbeiter im allgemeinen betrifft, so ist die Zahl der beschäftigten Kinder auf 88, also um 55 gegen das Vorjahr, gestiegen; die Zahl der jugendlichen Arbeiter hat eine Zunahme um 1147 erfahren und ist hierdurch mit 14119 Personen wieder über den Stand des Jahres 1901 (13755) hinausgewachsen. Dagegen ist der Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter und Kinder an der Gesamtzahl aller Arbeiter auf 5,7 herabgesunken. Nicht charakteristisch ist es, daß als einer der Gründe für die Zunahme der Zahl der jugendlichen Arbeiter in der Metallverarbeitungsgruppe der vorjährige Gürtler- und Dräckerstreik angeführt wird. Jugentliche Arbeiter müssen also herhalten, um Streikbrecherdienste zu leisten. Nach wie vor wird über die Lehrlingszuchterei geklagt, eine Unsitte, gegen die das Gesetz in vielen Fällen verfehlt.

Die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen ist auf 78 160 gestiegen, hat sich also gegen das Vorjahr um 12 918 vermehrt. In der Hauptsache dürfte es wohl der Wunsch nach billigen Arbeitskräften sein, der diese Zunahme bedingt. Ueberstretungen der gesetzlichen Arbeitszeit sind häufiger als im Vorjahre festgestellt und zur gerichtlichen Verurteilung gebracht worden; in mehreren Fällen handelte es sich um Nachtbeschäftigung von Frauen. Nicht ungenügende Zustände herrschen in vielen Werkstätten der Nagen- und Damenhutfabrikation, in Schuhmachereien, Kürschnerereien und Plättanfabriken. In Nagen- und Kürschnerwerkstätten leiden die Arbeiterinnen vorwiegend unter der Einwirkung der meist in den Arbeitsräumen aufgestellten und benutzten Trodenöfen, in den Schuhmachereien unter ungenügend beleuchteten und schlecht gelüfteten Arbeitsstätten, unter ungewöhnlich langer täglicher Arbeitsdauer bei verkürzten Erholungspausen, unter Nacht- und Sonntagsarbeit. In zahlreichen Fällen sind Arbeitszeiten von 13 Stunden täglich, vor den Festen häufig noch länger ermittelt worden. Als Ersatz für diese Mehrleistungen wird dann bei Eintritt der stillen Geschäftszeit fast die Hälfte der Arbeiterinnen entlassen und einem unsicheren Verdienst überantwortet. In den Plättanfabriken ist die Arbeit so anstrengend, daß den daraus erwachsenden Gesundheitsgefahren selbst kräftige Konstitutionen auf die Dauer kaum widerstehen können. Welche Hungerlöhne bisweilen gezahlt werden, beweist die eine Thatsache, daß ein Unternehmer mit dem Kolieren von Postkarten eine Anzahl junger Mädchen gegen einen Wochenlohn von 2—3 Mark beschäftigte. Scheinbar zu seiner Entschuldigung führt dieser Unternehmer an, daß es sich um Töchter besser gestellter Eltern handelte, die nur ein Taschengeld nebenbei verdienen wollen. Daß ein solcher Grund, selbst wenn er wahr wäre, nicht als Entschuldigung gelten kann, bedarf für auch nur einigermaßen social denkende Menschen keiner näheren Ausführung.

Wie die Zahl der jugendlichen und weiblichen, so ist auch die der erwachsenen männlichen Arbeiter erheblich gestiegen; es wurden 246 845 Arbeiter gegen 216 541 im Jahre 1902 und 226 691 im Jahre 1901 gezählt. Im einzelnen sei hervorgehoben, daß in Bäckereien vielfach die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten überschritten wurden; derartige Ueberschreitungen, die bei Revisionen und mit Hilfe der Kalendertafeln nur selten ans Tageslicht kommen, sind hauptsächlich infolge von Beschwerden ermittelt worden. In der Kleider- und Wäschefabrikation finden die Unternehmer um die Föhrung von Lohnbüchern für Musterarbeit heranzukommen, und in der Wäschefabrikation streben sie sich grundsätzlich gegen die Föhrung von Lohnbüchern. Bestrebungen auf Verknüpfung der Arbeitszeit sind nur vereinzelt zu verzeichnen. Bemerkenswert ist lediglich die Einführung von Doppelschichten in mehreren Abteilungen eines großen elektrotechnischen Werkes in der Weise, daß die erste Schicht von 6 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags, die zweite von 3 Uhr nachmittags bis 12 Uhr nachts mit je 1/2-stündiger Pause beschäftigt wird. Trotz Kürzung der Arbeitszeit in jeder Schicht um eine Stunde ist die Arbeitsleistung ungefähr die doppelte wie in einfacher Schicht, und die Arbeiter sind mit dieser Einteilung, die ihnen mehr freie Zeit bei gleichem Verdienste läßt, zufrieden.

Die regere Thätigkeit der Industrie hat eine Zunahme der Unfälle zur Folge gehabt. Insgesamt beträgt die Zahl der Unfälle 20 546, gegen das Vorjahr ein Mehr von 2850. Die Zunahme betrifft jedoch in der Hauptsache die sogenannten leichten Unfälle, die tödlichen Verletzungen (62) haben sich um eine gemindert, und diejenigen, welche eine Unterbrechung der Arbeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten (300), um sechs vermehrt. Prozentual die meisten Unfälle ereignen sich noch immer im Baugewerbe, das der Gewerbeinspektion nicht untersteht und das nach Ansicht der gesetzgebenden Körperschaften keines Schutzes bedarf. Wann endlich wird sich die Regierung angefaßt der erschrecklich hohen Zahl von Unfällen im Baugewerbe zu einem wirksamen Bauarbeiterchutz entschließen?

Kast noch notwendiger ist ein Heimarbeiterschutz. Die Berechtigung der Forderungen des kürzlich abgehaltenen Heimarbeiterschutzkongresses wird durch die Tatsache bestätigt, daß auf einen Heimarbeiter 0,55 Erkrankungsfälle und 14,62 Krankheitsstage gegenüber 0,21 Erkrankungsfällen und 5,19 Krankheitsstagen bei den Werkstattarbeitern kommen. Auf die Ursachen dieser betrübenden Erscheinung einzugehen, können wir uns ver sagen, da die Verhandlungen des Kongresses noch in aller Erinnerung sind; sie beweist, wie dringend notwendig wenigstens die Unterstellung der Hausindustrie unter die Fabrikinspektion ist, so lange nicht die übrigen Forderungen des Kongresses erfüllt sind.

Daß sich die preussische Regierung selbst einer so bescheidenen Forderung widersetzt, charakterisiert zur Genüge ihre socialpolitische Rückständigkeit. Denn wenn auch von dem Gewerbeinspektorat durchgreifende Reformen nicht zu erwarten sind, so ist doch auf der anderen Seite nicht in Abrede zu stellen, daß gewissenhafte Inspektoren durch rücksichtsloses Aufheben vorhandener Mißstände und durch unbefangene Kritik das öffentliche Gewissen wecken und diejenigen, die bisher der Arbeiterklasse gleichgültig gegenüber standen, an ihre Pflicht erinnern können. Wenn selbst in der Reichshauptstadt so zahlreiche Mißstände herrschen, so wird man sich un schwer ein Bild davon machen können, wie es im übrigen Preußen aussieht.

Eine Beseitigung der geschilderten Mißstände muß in erster Linie durch die Arbeiter selbst erfolgen. Mögen sie niemals vergessen, daß nur eine kräftige Organisation, soweit das innerhalb der privatsocialistischen Wirtschaftsordnung überhaupt noch möglich ist, den kulturwidrigen Zuständen ein Ende machen kann!

Der Krieg in Ostasien.

Ueber die militärische Lage bringen die „Times“ vom 23. Mai eine Korrespondenz, die mittels drahtloser Telegraphie von einem eignen Dampfer im Golf von Petchili am 22. Mai abgefaßt wurde. Der Korrespondent sagt: „Obwohl die japanische Regierung den Zugang des „Haimun“ (des „Times“-Dampfers) zum eigentlichen Kriegsschauplatz verhindert, ist es doch in diesen Gewässern möglich, sich ein klareres Bild über die Kriegslage zu machen, als dies bis jetzt möglich war. Bei Beginn dieser Woche war die militärische Lage ungefähr wie folgt: General Kuroki ist noch in Fongwangschang, wo er Halt machen mußte, um seine Streitkräfte zusammenzuziehen zum Aufmarsch in das schwierige Gelände, das vor ihm liegt, und zweitens, um die Landung des dritten Armeekorps abzuwarten, bis er mit ihm kooperieren kann. Es scheint, daß Kuroki von Kosakenbänden belästigt wird, die seine Verbindung bedrohen. Um ihnen zu begegnen, hat er seine Verbindungsstruppen durch die Reservebataillone aus Japan verstärkt. Ebenso hat das schlechte Wetter die Wege, die unmittelbar an der Marschroute liegen, lumpig und schwer passierbar gemacht.“

General Dsu's Armeekorps hatte einige Erfolge, aber er stößt auf hartnäckigen Widerstand. Die dem Corps fällt die Aufgabe zu, Port Arthur zu nehmen. Die Schiffsunfälle der letzten Woche werden Japan noch mehr in seinen Anstrengungen bestärken, Port Arthur durch einen Handstreich zu reduzieren. Vorläufig sprechen alle Anzeichen dafür, daß die russische Garnison ungeheure Anstrengungen machen wird, einen schnellen Fall der Festung zu verhindern. Die Geschütze der beschriebenen Schiffe wurden auf den in den letzten Wochen neu errichteten Küstenbatterien zwischen Kintschau und Dalnu aufgestellt. Obwohl der schiefliche Ausgang der Belagerung Port Arthurs nicht zweifelhaft sein kann, so ist es doch sicher, daß, wenn die Russen die Verteidigung fortsetzen, wie ihre großen Vorbereitungen andeuten, der Fall Port Arthurs schwere Opfer verlangen wird.

Soweit meine Schätzungen gehen, befinden sich in der Garnison 10 000 Mann und 5000 bis 7000 Matrosen. Proviant ist genug dort, ebenso Munition; Kohle zwar wenig, aber diese wird fast nicht mehr gebraucht.

Das dritte Armeekorps (unter General Du) landete teils an Pitsewo, teils an der Westküste der Liaoning-Halbinsel, etwa 20 bis 30 Meilen südlich von Kaiping; es war bei der Bewachung dieser Truppentransporte, daß das Linienschiff „Gatsuse“ zu Grunde ging. Man darf annehmen, daß Japan bis jetzt in der Mandchurie und auf der Liaoning-Halbinsel etwa 150 000 Truppen hat. Man darf mit großer Sicherheit annehmen, daß General Du gegen Ende der laufenden Woche im Besitz der Halbinsel sein wird, mit Ausnahme der Kwantung-Halbinsel (Port Arthur-Dalnu). Sobald das dritte Armeekorps vollständig ist, wird es Tschitschaoh, den Knotenpunkt der Bahn nach Kwantung, einnehmen. Erst nach der Ergreifung von Tschitschaoh wird es Kwantung besetzen. Infolge dieser Landungen, die die Flotte vollständig in Anspruch nahmen, wurde Port Arthur nicht belästigt; die Flotte begleitete die Transporte, räumte die Minen aus den Buchten und suchte die Minen auf offener See auf. Die Russen sind in verzweifelter Stimmung, da sie einsehen, daß sie hoffnungslos eingeschlossen sind. In dieser verzweifelten Stimmung haben sie den Golf von Petchili durch das Ausfüllen von schwimmenden Minen unsicher gemacht. Die Minen gelangen schließlich in die chinesischen Gewässer und bilden die ernsteste Gefahr für die neutrale Schifffahrt. Der „Times“-Dampfer passierte gestern zwei schwimmende Minen sechs Meilen von Weichowai. Auch wenn man die Verzweiflung der russischen Garnison in Betracht zieht, muß ihre That als eine Verletzung des Völkerrichts betrachtet werden.

Neuer japanischer Vormarsch!

Aus Mukden verbreitet das neuterische Bureau die Nachricht, daß die Japaner nicht nur wiederum vorwärts, sondern daß selbst im Nordosten von Mukden japanische Abteilungen aufgetaucht seien.

Die wichtige Nachricht lautet:

Mukden, 25. Mai. Nach den letzten Nachrichten haben die Japaner den Vormarsch wieder aufgenommen. Gegenwärtig gehen mehrere Kolonnen vor, obwohl der größte Teil der Invasions-Armee sich noch in der Nähe von Fongwangschang befindet.

Im Nordosten von Mukden haben sich keine japanische Aufklärungsabteilungen gezeigt. Sie hielten sich aber in beträchtlicher Entfernung von der Stadt. Größere feindliche Truppenmassen sind nicht bemerkt worden.

Daily Chronicle berichtet aus Tokio: Die Russen errichteten bei Liaojang große Befestigungswerke, und zwar drei Forts auf der östlichen, sechs auf der westlichen und fünf auf der Südseite. Im ganzen haben die Russen 26 000 Mann konzentriert. Auch die Flußufer werden besetzt. Die Eisenbahnlinie wird von den Russen zerstört, doch lassen sie die Bahnhöfe unberührt.

Ein Zusammenstoß bei Tschitschan.

Tokio, 25. Mai. Wie aus Telegrammen vom Kriegsschauplatz hervorgeht, wurde die russische Kavallerie in einem Treffen bei Tschitschan, westlich der Hala-Mündung (wo die Japaner am 20. d. M. gelandet waren) völlig aufgerieben. Sämtliche Offiziere wurden getötet oder verwundet oder gefangen genommen. Einige Kosaken entkamen.

Ueber das Ausfallsgesetz vor Port Arthur

liegen noch immer sichere Mitteilungen nicht vor. In Mukden, so wird von dort telegraphiert, laufen ständig Gerüchte um, daß bei Kintschau (Rangene nördlich von Port Arthur) eine blutige Schlacht zwischen russischen Truppen und den von Port Adams die Eisenbahn entlang vordringenden Japanern geschlagen worden sei.

Aus Tokio meldet Laffan: Südöstlich von Port Arthur wurde Sonntag heftiger Geschüttdonner gehört. Man glaubt hier, daß russische Torpedobootzerstörer die japanische Flotte in einen Kampf verwickelt hätten. — Alle beim Untergang des japanischen Panzerschiffes „Gatsuse“ Verwundeten, 119 an der Zahl, trafen in Sasebo ein.

Amerikanisch-englischer Protest gegen die russischen Streminnen.

London, 25. Mai. Die Blätter greifen heute Rußland wegen Legung von Minen in weitem Umkreise der ostasiatischen Häfen an und erklären, daß Japan die internationalen Kriegsregeln genau befolge, während sie Rußland mehrfach verleiht habe. Gleichzeitig wird aus New York gemeldet, daß auch die amerikanischen Blätter gegen die Legung von Streminnen lebhaft protestieren, weil dadurch der Handel aufs schwerste gefährdet werde.

Washington, 24. Mai. Die Marine-Attache's der Vereinigten Staaten im Auslande erhielten Instruktion, über die Gefahr, welche der neutralen Schifffahrt durch die schwimmenden Minen an der mandchurischen Küste droht, zu berichten. Der Bericht wird dem General-See-Amt übergeben werden, welches seine Ansichten dem Präsidenten unterbreiten wird. Wenn die Gelegenheit es gestattet, sollen den Kriegführenden Vorstellungen gemacht werden.

Deutsches Reich.

Christentum und Kolonialpolitik.

Die Missionare in Südwestafrika haben sich nicht befähigt erwiesen, die Lehren des Christentums mit den Anforderungen grausamer Ausraubungspolitik zu harmonisieren. Was diese Missionare erbt, ist in den Augen der Kolonialbändler ein Verbrechen. Eine schmähliche Selbstentzweiung hat der deutsche Kolonialbund in einer Eingabe an den Reichslandtag geleistet. Danach soll von Reich wegen dafür gesorgt werden, daß die Missionare den Regern hinfort nicht mehr durch ihnen unverständliche Lehren von allgemeiner Gleichheit und Brüderlichkeit die Köpfe verdrehen. Auch seien Maßnahmen zu treffen, daß für die Zukunft Vorkommnisse hintangehalten werden, wie sie sich in Südwestafrika zur Schande von ganz Deutschland ereignet hätten; dort hätten die Missionare ihr Christentum so weit vergessen, daß sie zwischen den Hereros und den Deutschen eine neutrale Haltung eingenommen hätten. Die Eingabe erhebt weiter eine ganze Reihe von Vorwürfen gegen die Missionare.

Die Lehren des Christentums verkünden bedeutet: den Leuten die Köpfe verdrehen!

Erheuernd aber ist es, wie andererseits der fromme „Reichsbote“ die Missionare verteidigt gegen die fürchterliche Zumutung, daß sie die christliche Lehre ernsthaft verkünden:

„Die Missionare haben wahrhaftig nicht die demokratische Phrase von Gleichheit und Brüderlichkeit gelehrt, für welche die Händer in Deutschland eintreten (?), es ist aber eine Unerbarmlichkeit, die christliche Lehre vom Menschen und der Erlösung mit jener demokratischen Phrase auf eine Stufe zu stellen.“

Danaoh scheint doch der Kolonialbund darin nicht unrecht zu haben, daß die Lehren von der allgemeinen Gleichheit und Brüderlichkeit „unverständlich“ sei. Nicht nur für Schwarze ist es unverständlich, daß christliche Gleichheit und Brüderlichkeit und demokratische Gleichheit und Brüderlichkeit nichts Gemeinsames haben sollen.

Allzu zahmer Protest gegen die Vernichtung. Der Vorstand des Preussischen Volksschullehrer-Vereins hat in Königsberg auf Antrag des Direktors Bades-Köln folgende Erklärung beschloffen:

Der Vorstand des mehr als 58 000 Mitglieder zählenden Preussischen Lehrervereins erklärt, angesichts des im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrages betreffs konfessioneller Schulen, daß für ihn bei Errichtung von Schulen in erster Linie die pädagogischen Grundzüge maßgebend sein müssen und bekämpft alle Bestrebungen, welche darauf hincielen, lediglich konfessionelle Klaffische mächtig werden zu lassen.

Die „Germania“, das führende Blatt der Merkmalen Muckerei sagt nicht mit Unrecht zu diesem Beschluß:

„Was es denn dem Centralvorstand des Preussischen Lehrervereins so schwer, sich klar und deutlich auszusprechen, wie man dies von Lehrern in so hervorragender Stellung erst recht verlangen muß? Und wenn diese Resolution dahin zu deuten ist, daß der Centralvorstand des Preussischen Lehrervereins damit sich gegen das Schulkompromiß im preussischen Abgeordnetenhaus und gegen die gesetzliche Festslegung des konfessionellen Charakters der Volksschule hat ausgesprochen wollen, konnte das nicht offen herausgesagt werden?“

Inmerhin sagt der allzu zahme Lehrer-Protest doch soviel, daß ihm die Ehre widerfährt, von dem Centrumsbund als „eine Forderung höchst ungesund Pädagogik“ bescholten zu werden.

Konservative Scham. Die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt „aus bester Quelle“, daß die konservative Reichstags-Fraktion das Anerkennen von Freiheit für eine Nordlandfahrt, das die Hamburg-Amerika-Linie dem Reichstage gemacht hat, abgelehnt hat.

Die Mitteilung kommt spät. Selbst die Abneigung gegen die reiche Schiffsgesellschaft hat die konservative Scham nur mühsam erweckt. Und dennoch wird niemand an die Ehrlichkeit dieser späten Scham glauben, schämen sich doch die Konservativen niemals, tausendfach beschämende Freigaben für standesgemäße Lebenshaltung durch Volksbetöhrung sich anzueignen!

Ein neues Apothekengesetz soll in Vorbereitung begriffen sein. Es wird darüber berichtet: Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß noch in diesem Jahre die Apothekerkammern gehört werden können. Die im Landtag ausgesprochene Annahme, daß dreißig Millionen zur Ablösung der Vorrechte, die auf zahlreichen Apotheken ruhen, erforderlich wären, sei nicht richtig. Die in Frage kommende Summe sei nicht annähernd so hoch. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die neue Gesetzesvorlage bereits in der nächsten Session dem Landtage zugeht.

Der fünfzehnte evangelisch-socialer Kongress wurde am Dienstag abend in Breslau mit einer Begrüßungsversammlung eröffnet. Der Vorsitzende des Lokalkomitees Professor Dr. Kaufmann hielt die Begrüßungsrede. Weitere Ansprachen hielten die Professoren Harnack-Berlin und Gregori-Leipzig, Pfarrer Raumann, Pfarrer Kappus-Barttemberg, Dr. Wagner-Berlin und Vergerat-Gothem. Am Mittwoch wurden die Verhandlungen eröffnet durch Professor Harnack, der die Bedeutung des Wortes „evangelisch-social“ auseinandersetzte. Die Einwirkung auf die Gedankenwelt, die Erweckung des socialen Sinnes und der Schutz der Schwächeren seien die Hauptaufgaben des Kongresses und schließlich noch die Bekämpfung der Trunksucht, der Unzucht und der materialistischen Lebensanschauung. Dann hielt Professor Troeltsch-Heidelberg einen Vortrag über das Thema: Die christliche Ethik und die heutige Gesellschaft.

Zur Erziehung in Straßburg-Land

wird uns noch aus Straßburg geschrieben: Auffallen muß an diesem Resultat die für eine Nachwahl außerordentlich hohe Wahlbeteiligung, ferner der Stimmenrückgang unfres Kandidaten, sowie die Stimmzunahme des Demokraten. Diese Erscheinungen lassen sich jedoch alle auf dieselbe Ursache zurückführen. Zu wenigen Wahlkreisen war 1903 der Kampf so erbittert geführt worden wie in diesem, wo es nach großer Anstrengung gelang, dem Liberalen das Mandat zu entreißen, das er 1898 gegen einen Liberalen mit Hilfe der Socialdemokraten erobert hatte, um unsere Partei dann gleich nach der Wahl in der schimpflichsten Weise zu belästigen und die ihr zuvor gegebenen Versprechungen in der arrogantesten Weise zu brechen. Es ist daher begreiflich, daß der Wahlkampf im Vorjahre von den Socialdemokraten und Liberal-Demokraten zu Gunsten des Demokraten nach der Hauptwahl gemeinsam geführt wurde. Bei der nachhaltigen Erregung, die dieser Wahlkampf hervorgerufen hatte, wurde die jege Nachwahl vielfach wie ein weiterer Wahlgang der letztjährigen Wahl empfunden, wozu noch die Befürchtung kam, der Liberalen könnte infolge der Benutzung der alten Wählerlisten und des ungünstigen Tages im ersten Wahlgang siegen. Das erwarteten übrigens auch die Liberalen. Zahlreiche socialdemokratische Wähler haben daher gleich im ersten Wahlgang für Blumenthal gestimmt, jedenfalls auch in der Hoffnung, vielleicht schon im ersten Wahlgang seinen Erfolg durchzusetzen. Als Beispiele mögen folgende Gemeinden dienen, in denen sich freilich auch der Gebrauch der alten Wählerlisten für uns unangenehm fühlbar machte — die eingeklammerten Ziffern geben die Stimmzahlen von 1903:

Wahlkreis	Meher	Blumenthal	Hauß
Schillingheim	504 (1187)	954 (521)	539 (517)
Wischheim	272 (707)	720 (319)	440 (396)
Hönheim	76 (123)	128 (67)	154 (154)
Bramath	91 (177)	548 (452)	287 (289)
Gries	97 (121)	157 (114)	71 (161)
Sendenheim	55 (31)	287 (211)	87 (88)
Dungenheim	55 (18)	156 (115)	1 (3)

„Von einem Rückgang der Socialdemokratie deshalb zu sprechen, wäre Unfimm“, sagte dem Schreiber dieser Zeilen daher mit vollem Recht nach Bekanntwerden der Resultate der demokratische Kandidat selbst.

Was die Stichwahl betrifft, so dürfte die Wahl des Herrn Blumenthal durchaus sicher sein, da unsere Parteigenossen mit aller Energie für ihn eintreten.

Civilisation.

Die Torpedofabrik in Fiume erhielt nach einer Meldung aus Rom große Aufträge auf Torpedos nach dem Muster der von Japan benutzten. Oesterreich-Ungarn bestellte 120, Rußland 100, Frankreich 130 und Italien 60 Torpedos.

Die Staaten der Gegenwart wenden viele hunderte Millionen zum Bau kolossaler Kriegsschiffe auf und zugleich weitern sie im Bau von Torpedos, von denen ein Geschöß in wenigen Sekunden das größte kampfkräftigste Panzerschiff samt Hunderten von Menschenleben auf dem Grund der See begräbt. Civilisation!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Papst gegen das Duell. Aus Jun 5 Brud wird gemeldet: Großes Aufsehen erregt die Meldung, daß der Papst drei Mitglieder, welche der hiesigen katholischen Studentenverbindung „Austria“ angehörten und die infolge Duellverweigerung die Offizierscharge verloren, hohe Orden verliehen hat.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Mehrere Wähler wollten wissen, daß in dem gestrigen Ministerrat auch die Frage der Trennung der Kirche vom Staat zur Sprache gekommen sei. Die gemäßigten Mitglieder des Kabinetts Combes hätten sich entschieden gegen jeden über die Abberufung des französischen Votschaffers beim Vatikan hinausgehenden Schritt ausgesprochen. Infolgedessen habe man beschlossen, sich vorläufig mit dieser Maßnahme zu begnügen.

Serbien.

Belgrad, 25. Mai. Die Salbung und Krönung des Königs wird Ende Juni stattfinden. Zu derselben werden die Fürsten von Bulgarien und Montenegro sowie Specialgesandte aus Petersburg, Wien und Rom eintreffen.

Türkei.

Ueber die Lage in Macedonien wird aus Saloniki durch das Wiener I. I. Telegr.-Korr.-Büro gemeldet: Bis zum 22. d. M. sind 2543 Flüchtlinge aus Bulgarien nach Macedonien zurückgekehrt. Ferner haben 2000 Emigranten der Detschast Welica von Sofia aus bei der Zivilisten um Intervention ersucht und wurde ihnen die Rückkehr bewilligt. Die Zahl der bisher nach dem Vilajet Adrianopel zurückgekehrten Flüchtlinge ist dagegen auffallend gering. — In der letzten Woche sind keine neuen Vandalen aufgetaucht. Angekündigt soll eine Versammlung von Vandalenführern stattfinden, um über ein weiteres Vorgehen zu beraten. Gerüchlicherweise verlautet, daß neue anarchische (?) Anschläge geplant werden und neuer Zug von Komitatstschis aus Bulgarien begonnen hat.

Affien.

Portugiesisch-chinesischer Konflikt. Aus Hongkong wird vom 25. Mai gemeldet: Der Vicekönig von Kanton hat von der Verwaltung der portugiesischen Niederlassung Macao die Auslieferung eines vor den chinesischen Gerichtsbehörden dortigen Geflüchteten verlangt. Vier chinesische Kanonenboote und zwei Torpedobootzerstörer sind vor Macao eingetroffen. Die Portugiesen rüsten sich zum Widerstande gegen einen Landungsversuch.

Amerika.

New York, 25. Mai. („Frankfurter Zeitung“.) Die Regierung hat verfügt, daß Einwanderer im Besitz von mindestens 10 Dollars sein müssen, auch wenn sie ein Bahnbillet haben und Verwandte sie erwarten.

Partei-Nachrichten.

Zur Angelegenheit der Schiedsprüche äußerte sich noch das Garbener „Volkblatt“ im Sinne der „Leipziger Volkszeitung“. Eine Fortsetzung des Verfahrens wünscht auch der Braunschweiger „Volkfreund“. Im übrigen ist in der Parteipresse das Bestreben nach Beilegung der verhänglichen Differenzen so allgemein, daß ihr von der „Leipziger Volkszeitung“ bereits der Vorwurf der Unterschlagung gemacht wird; sie nennt die Verichterstattung über das Schiedsgerichtsurteil „einen Parteifandal“, sagt so groß wie die Konspiration des Gardener-Klingels, und macht zugleich dem „Vorwärts“

den thörichtesten Vorwurf, die Erklärung der Leipziger Parteigenossen gefälscht zu haben.

Genosse Wehring veröffentlicht eine lange persönliche Erklärung, worin er auseinandersetzt, warum er sich gegen die in einigen Parteiblättern gegen ihn erhobenen Vorwürfe, daß er ein „ewiger Heher“ sei, nicht verteidige.

Deutsche Lehrerversammlung.

Königsberg, 24. Mai. (Fig. Ver.)

Die erste Hauptversammlung wurde heute vormittag von dem Geschäftsführer der deutschen Lehrerversammlung, Lehrer Wittner-Götha, eröffnet. Der Besuch habe die kühnsten Erwartungen übertroffen. Der äußeren Nachmittagsung Deutschlands müsse von einem „in Treue zu Kaiser und Reich“ seinem Lehrerberuf obliegenden Lehrstande die innere Stärke gegeben werden. Als Vorsitzender der Versammlung sei von den Vertretern der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Lehrer Clausniger-Berlin, gewählt worden. Clausniger teilt mit, daß 385 gewählte Vertreter erschienen seien. Außer Elbstadt-Köhringen sei kein deutsches Bundesgebiet unvertreten. Anwesend seien bis jetzt 3900 Teilnehmer. — Es folgen Begrüßungsansprachen.

Sodann erhält der Königsberger Universitätsprofessor Buisse das Wort zu seinem Festvortrag: „Zum Gedächtnis Kants“. Nicht allein der Umstand, daß Kant in Königsberg gewirkt und daß 100 Jahre seit seinem Tode verfloßen seien, rechtfertige eine Gedenkrede auf Kant, sondern vor allem die Beziehungen Kants mit der Pädagogik. Kant war Hauslehrer, später akademischer Dozent und erst im weiteren Sinne ein Lehrer der Menschheit. Ein enges Band verknüpfte die Pädagogik mit der Philosophie. Die Probleme der Philosophie seien es auch, die der Pädagogik ihre Ziele stellten. Kants Philosophie sei ein Beweis dafür. Kant wolle unser Wissen von den Dingen auf eine gegen jeden Zweifel gesicherte Grundlage stellen, und er wolle ferner den Glauben an eine sittliche Weltordnung fest begründen, indem er ihn im sittlichen Bewußtsein der Menschen fest verankere. „Der Redner weist dies ausführlich durch Darlegung der Hauptgedanken der kantischen Philosophie nach. Es gebe keine alleinselbstmachende Methode in der Pädagogik. Der Lehrer müsse seine Persönlichkeit einengen, um auf die Seele des Kindes zu wirken. Das erfordere ein hohes Pflichtbewußtsein, der Pflichtbegriff aber stehe im Mittelpunkt der kantischen Ethik. Kant habe seine Philosophie nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt, er sei ein Lehrer der Menschheit, das Ideal eines Lehrers.“ (Lebhafte Beifall.)

Hierauf folgt das Referat des Lehrers Gutmann-Rünchen über „Die allgemeine Volksschule“. Das deutsche Volk habe auf blutiger Waisstatt seine äußere Einheit erreicht und große Opfer würden aufwendend, um das Reichsverständnis lang und scharf zu halten. Aber die innere Einheit müsse hinzukommen. Besonders könne durch die allgemeine Volksschule das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl gehoben werden. Es sei darunter nicht die die Gesamterziehung umfassende Schulorganisation zu verstehen, die man besser Einheitschule nenne, sondern nur eine die ersten vier Schuljahre umfassende Schulorganisation. Es sollten also keine Vorklassen gebildet werden. Die allgemeine Volksschule solle zur Verwirklichung der Massengedanken beitragen. Die Eindrücke der ersten Schuljahre seien die nachhaltigsten. Dem Einwand, daß die reichen Eltern an den häßlichen Kleidern und dem Schmutz armer Kinder Anstoß nehmen würden, sei entgegenzuhalten, daß kein Lehrer ungewaschene und zerlumpte Kinder in der Klasse dulden werde. Die Lehrer beizureiten nicht die Notwendigkeit des Standesbewußtseins, aber sie wenden sich gegen den Klassenbuntel in den oberen und den Klassenhaß in den unteren Kreisen. Die allgemeine Volksschule habe auch soziale Aufgaben im Hinblick auf die Eltern. Die Klassen-gegenstände seien in Ländern mit allgemeiner Volksschule nicht so scharf wie anderwärts. Sittliche Verwahrlosung sei durch die allgemeine Volksschule nicht zu befürchten. Häufiger werde es sein, daß gut erzogene Kinder verwaahlte Kameraden zu sich heranziehen. Außerdem sei Sittlichkeit keineswegs nur bei den Reichen anzutreffen. Er lenke einen Fall, daß ein Mädchen von einer höheren Mädchenschule fortgenommen wurde, weil den Eltern sonderbare Gespräche über sexuelle Dinge unter den Mädchen zu Ohren gekommen seien. Wenn ein Kind reicher Eltern sehe, daß ein armes Kind lüger sei als es selbst, so werde das seinen Hochmut dämpfen. Es sei falsch, unterrichtliche Nachteile von der allgemeinen Volksschule zu befürchten. Im Gegenteil, in der Volksschule liege der Hauptnachdruck auf dem Sprachlichen, wo bleibe da die harmonische Ausbildung? Daß ein Uebertöuern des Privatschulwesens nicht zu befürchten sei, beweisen die Erfahrungen in Ründen, wo, trotz der dort bestehenden allgemeinen Volksschule, weniger Kinder in Privatschulen unterrichtet wurden, als irgendwo sonst in Deutschland. Auch seien die Volksschulverhältnisse in anderer Beziehung vielfach muntergültig, weil hier die ganze Bevölkerung ein Interesse am Volksschulwesen habe. Die deutsche Lehrerschaft dürfe sich in der prinzipiellen Forderung der allgemeinen Volksschule nicht beirren lassen; aber man müsse besonnen vorgehen. Habe doch sogar die Freikinnige Volkspartei nicht gewagt, die allgemeine Volksschule in ihr Programm aufzunehmen. Es gelte deshalb, mit allen Mitteln den Gedanken der allgemeinen Volksschule unablässig zu propagieren im Interesse der Lehrer und des Volkes. (Lebhafte Beifall.)

In der ausgiebigen und lebhaften Diskussion werden prinzipielle Einwände gegen den Referenten nur von zwei Seiten erhoben. Der Frankfurter Lehrer Ries, der schon öfter den Rückschritt auf deutschen Lehrerversammlungen vertreten hat, erklärt sich als Gegner der allgemeinen Volksschule. Sein Ideal sei die auf eigenen Füßen stehende neunklassige Volksschule mit einem wissenschaftlichen Lehrstand. Im schroffen Gegensatz zu Ries und auch in teilweisem Gegensatz zum Referenten geht der Hamburger Lehrer Harro Söhndt, seit Jahrzehnten ein mutiger und einschneidender Vorkämpfer für freie Schulentwicklung, über die Thesen des Referenten hinaus. Diese wollten eigentlich nichts anderes als die Aufhebung der Vorklasse. Die heutigen Regierungen würden auch den vorstehenden Forderungen Gutmanns noch auf lange Zeit hinaus nicht Rechnung tragen. Es könne dem Deutschen Lehrerverein nicht in erster Linie darauf ankommen, Forderungen aufzustellen, die bald verwirklicht werden könnten. Er habe vielmehr hohe Ziele aufzustellen. Er beantrage deshalb als Resolution: Das gesamte öffentliche Schulwesen ist als allgemeine Volksschule so zu gestalten, daß jedem Kinde, unabhängig von der Vermögenslage seiner Eltern, diejenige Bildung zu teil werden kann, die seinen Fähigkeiten entspricht.

Bei der Abstimmung wird diese Resolution abgelehnt, sowie auch alle Änderungsanträge, die von anderer Seite gestellt sind, mit Ausnahme eines von Dr. Schubert-Leipzig und eines von Volz-Weimar gestellten Änderungsantrages. Mit diesen Änderungen lauten die mit großer Mehrheit angenommenen Leitsätze Gutmanns:

1. Das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, gegründet auf das Bewußtsein gleicher Rechte und gemeinsamer Pflichten aller Glieder des Volkes, muß in sämtlichen Gesellschaftsklassen soviel als nur irgend möglich gefördert werden. Als ein in dieser Richtung bedeutsam wirkendes Mittel erwirbt sich die allgemeine Volksschule.
2. Ein nach psychologisch-pädagogischen Anforderungen organisierter vierjähriger unentgeltlicher Elementarunterricht muß als gemeinsamer Unterricht für alle weiterführenden Bildungsanstalten anerkannt werden.
3. Die Erziehung der Kinder aller Stände leidet in der allgemeinen Volksschule durchaus nicht; sie erfährt im Gegenteil mannigfache Förderung, die Schulen nicht zu bieten vermögen, die nur von Kindern bestimmter Bevölkerungsgruppen besucht werden.
4. Die deutsche Lehrerschaft darf in ihrem Kampfe gegen die der allgemeinen Volksschule entgegenstehenden Vorurteile um so weniger erlahmen, als sich dieselbe überall da, wo sie seit längerer Zeit besteht, trefflich bewährt hat.
5. Die Schulbehörden der deutschen Bundesstaaten sind zu zucken, dahin zu wirken, daß den Vorklassen die staatliche Unterstützung entzogen und die Vorklasse überhaupt aufgehoben werde. Die Forderung, jedes Kind hat bis zum 10. Lebensjahre die all-

gemeine Volksschule zu besuchen, tritt in die schulgesetzlichen Bestimmungen aufzunehmen.

Damit ist die heutige erste Hauptversammlung beendigt. Die morgige zweite und letzte Hauptversammlung wird die Themen „Universität und Volksschullehrerbildung“ und „Die Schulaufsichtsprage“ erledigen.

Als Ort der nächsten deutschen Lehrerversammlung im Jahre 1906 ist München gewählt worden.

Königsberg i. Pr., 25. Mai. (Telegramm.) Die deutsche Lehrerversammlung nahm in der heutigen Hauptversammlung nach dem Vortrage des Oberlehrers A. Mühsesius-Weimar über Universität und Volksschullehrerbildung nachsichende von Langemann-Varmen aufgestellte Thesen an: 1. Die Universität, als Centralstätte wissenschaftlicher Arbeit, ist die geeignetste, durch keine andere Einrichtung zu ersetzende Stätte für Volksschullehrerbildung. 2. Für die Zukunft erstreben wir daher Hochschulbildung für alle Lehrer. 3. Für die Jetztzeit dagegen fordern wir, daß jedem Volksschullehrer auf Grund seines Abgangszeugnisses vom Seminar die Berechtigung zum Universitätsstudium erteilt werde.

Der Bäckerstreik.

Einkauf der Scharfmacher.

Der Obermeister der Bäckereiarbeiter zu Brieg hat, wie wir seiner Zeit mitteilten, an die Streikleitung ein Schreiben gerichtet, worin er bekundet, daß die von ihm vertretene Innung zu einer Verständigung mit den Gesellen gern bereit sei. An dieses Schreiben schloß sich dann eine Korrespondenz zwischen der Streikleitung und dem Obermeister. Der Erfolg war der, daß die Brieger Innung am Dienstag eine Versammlung einberief, zu der der Obermeister auch die Streikleitung der Gesellen ausdrücklich eingeladen hat. Den Berliner Innungscharfmachern konnte es natürlich nicht behagen, daß die Innungsmeister in Brieg einen dauernden Frieden auf vernünftiger Grundlage mit der Organisation der Gesellen abschließen wollten. Der Einkauf der Scharfmacher muß in Brieg gewirkt haben, denn als der Vertreter des Verbandes der Bäckereiarbeiter schon auf dem Wege zur Einigungsversammlung in Brieg war, traf auf dem Verbandsbureau ein Schreiben des Brieger Obermeisters ein, welches die Einladung der Streikleitung rückgängig macht mit dem Bemerkten, dieselbe sei nur aus Versehen erfolgt. Als der Verbandsvertreter Hefschold im Versammlungslokal anlangte, wurde ihm denn auch der Eintritt verweigert. Nachdem der berufene Vertreter ihrer Organisation zurückgewiesen war, hatten die Brieger Bäckereigesellen keine Neigung, sich auf Verhandlungen mit den Innungsmestern einzulassen. Seitens der Meister wurde zum Zweck der Verhandlungen die Einsetzung einer paritätischen Kommission empfohlen. Die Gesellen lehnten jedoch die Beteiligung an der Kommission ab, und so verlies der Einigungsversuch infolge der Zurückweisung der eingeladenen Vertretung der Gesellenorganisation ergebnislos.

Ein Weg zum Frieden.

Die Streikleitung hatte gestern nachmittag eine Versammlung derjenigen Bäckereimeister einberufen, welche die Forderungen bewilligt haben. Die Versammlung fand in Kellers Saal statt. Sie war, dank dem besonnenen Verhalten der Innungen, nur verhältnismäßig schwach besucht. Das Gewerbegericht hatte zu dieser Versammlung zwei Vertreter delegiert, den Vorsitzenden der Arbeitgeber-Beisitzer, Ingenieur Bernhard und den Vorsitzenden der Arbeitnehmer-Beisitzer, Arbeitersekretär Körsten. — Die Streikleitung ist, wie Hefschold ausführte, von dem Wunsch besetzt, dem gegenwärtigen Kriegszustande ein Ende zu machen und einen dauernden Frieden zu schließen mit denjenigen Meistern, die dazu geneigt sind. Dieses Ziel kann am besten und sichersten dadurch erreicht werden, daß die Meister, welche einen dauernden Frieden wollen, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts eine bindende Vereinbarung mit der Organisation der Bäckereigesellen abschließen. Bei einer dergleichen Vereinbarung würde man seitens der Streikleitung auf die Forderung der 14tägigen Rindigung verzichten und auch über die Frage des Arbeitsnachweises mit sich reden lassen. — Hierauf nahm Ingenieur Bernhard das Wort. Er rief den anwesenden Meistern, wenn auch deren Zahl nur eine kleine sei, den Weg des Friedens zu beschreiten und einen Tarifvertrag vor dem Einigungsamt abzuschließen. Solche Tarifverträge verbürgen einen dauernden Frieden zwischen beiden Parteien, sie befinden bereits in verschiedenen Gewerben und gerade die Arbeitgeber hätten die Zweckmäßigkeit von Tarifverträgen anerkannt. Wenn auch keine Incorporation der Bäckereimeister zur Verhandlung bereit sei, so könne doch jeder der hier Anwesenden für seine Person einen Vertrag abschließen. Für die Verhandlungen vor dem Einigungsamt müsse aus den Reihen der hier Versammelten eine Kommission, etwa von neun Mitgliedern ernannt werden, der von der anderen Seite ebenfalls neun Mitglieder der Arbeitnehmer beitreten. Wenn die Anwesenden zu Verhandlungen bereit seien, dann löste bereits am folgenden Tage (heut) — wie der Redner im Auftrage des Gewerbegerichts mitteilte — ein Einigungsamt zusammentreten und in dieser Angelegenheit verhandeln. Käme ein Tarifvertrag auch nur mit einem kleinen Teil der Meister zu stande, so könnten sich die anderen nach und nach dem Vertrage anschließen und der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei gesichert.

Als erster Redner in der Diskussion sprach Obermeister Liebig aus Reinickendorf. Er billigte, obwohl er die Forderungen bewilligt hat, das Verhalten der Berliner Innungen und meinte, ohne Mitwirkung derselben könne keine Einigung zu stande kommen. Die nachfolgenden Redner traten dagegen ohne Ausnahme, zum Teil sehr entschieden, dafür ein, daß auf irgend eine Weise eine Verständigung herbeigeführt werde. Unter anderem wurde ausgeführt: Die Innungen seien es gewesen, welche den Streik heraufbeschworen haben. Nachdem der Streik dann ausgebrochen war, hätten die Innungen sogleich das Einigungsamt anrufen müssen, um einen billigen Frieden herbeizuführen. Jetzt müsse aber unter allen Umständen mit der Streikleitung verhandelt werden. Die Innungen hätten die Pflicht, in Verhandlungen einzutreten, um dem gegenwärtigen Kriegszustande ein Ende zu machen. Im weiteren Verlauf der Debatte trat auch Körsten für die Anrufung des Einigungsamtes ein und setzte den Anwesenden die Bedeutung der Tarifverträge auseinander. Schließlich trat auch Obermeister Liebig dafür ein, daß unter Mitwirkung der Berliner Innungen vor dem Einigungsamt verhandelt werde. — Zum Schluß wurde gegen eine Stimme — anwesend waren etwa 20 Bäckereimeister, darunter verschiedene Innungsmitglieder — beschlossen:

Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlage, das Einigungsamt als Schiedsgericht für die hier Anwesenden anzuerkennen, einverstanden, falls nicht die Innungen in ihren Versammlungen am Donnerstag (heute) das gleiche beschließen. —

Zur Führung der Verhandlungen vor dem Einigungsamt bestimmte die Versammlung eine Kommission von 10 der Anwesenden. Mit diesem Versammlungsbeschlusse ist eine friedliche Vereinbarung zwischen Meistern und Gesellen angebahnt. Wenn die heut tagenden Innungsversammlungen dem Drängen der einschlägigen, zum Frieden neigenden Meister nicht folgen sollten, dann kommt eine Vereinbarung ohne Mitwirkung der Innungen zu stande. So wenig die Mehrheit der Berliner Bäckereimeister den Forderungen der Gesellen Widerstand leisten konnte, so wenig würden sie auch in stande sein, sich dem Abschluß des Tarifvertrages zu entziehen, der nicht nur im Interesse der Gesellen, sondern vielleicht noch mehr im Interesse der Meister liegt. Sind die Innungen für diese bessere Einsicht nicht zugänglich, dann dürften sie bald die Gefolgschaft des größten Teils ihrer Mitglieder verlieren.

Ein Generalstreik der Bäcker soll nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter geplant sein. Diese Mitteilungen beruhen auf Schwindel. Die Streikleitung erklärt, daß sie selbstverständlich gar nicht daran denkt, einen Generalstreik ins Werk zu setzen.

Gewerkschaftliches.

Die Nacht der Thatfachen.

Die Verhandlungen des 15. Verbandstages der Hirsch-Dandereischen Gewerkschaften in Hannover gestalten sich weit interessanter, als man nach früheren Erfahrungen erwarten durfte. Allerdings neue Gesichtspunkte sind bisher in den Debatten kaum aufgeleuchtet; aber deutlich tritt aus den Verhandlungen hervor, daß in den Reihen der Gewerkschaften die Schär wächst, die aus den Streikämpfen der letzten Jahre die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Lehre von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie sich einer der Redner ausdrückte, „nichts als eine Phrase“ ist und es im Kampf der Arbeiter um die Hegung ihrer Lebenshaltung nur ein Haben oder Dräben giebt — daß jeder Arbeiter, der seine Stellung im modernen Wirtschaftsgetriebe begreift, sich auf den Klassenkampf-standpunkt stellen muß. Das ist ein Fortschritt, der zwar den hohen Herren aus den Ministerien, die, wie früher, auch diesmal wieder in der Vorversammlung schöne Ansprachen hielten, wenig gefallen mag, der aber für die Zukunft ein Zusammenmarschieren der intelligenteren Gewerkschaften mit den freien Gewerkschaften verheißt.

Am deutlichsten kam diese Schwengung des größeren Teils der Gewerkschaften vorgestern nachmittag bei der Diskussion der vom Redakteur Goldschmidt und dem Metallarbeiter Dornblüth als Referenten eingebrachten Resolution über die paritätischen Arbeitskammern zum Durchbruch. Während die Centrale paritätische Arbeitskammern befürwortete, in der die Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig vertreten sind, forderten die meisten Delegierten „reine Arbeiterkammern“, d. h. reine Interessen-Vertretungen der Arbeiter. Vergebens bot der Redakteur Goldschmidt mit seinen Anhängern alle Beredsamkeit auf, um die Delegierten von der Aufstellung dieser Forderung abzubringen. Vergebens sprach er von dem Hineintreten in den Klassenkampf, von einer Hinwegsetzung über alle alten Grundsätze des Gewerkschaftswesens und verschmähte sogar nicht, zu behaupten, die Delegierten gingen noch über die Forderungen der Socialdemokratie hinaus; denn die Socialdemokratie dränge immer mehr von dem allerkrassesten Standpunkte ab und verlange paritätische Arbeitsnachweise, paritätische Schlichtungskommissionen und Tarifverträge. Die Mehrzahl der Delegierten ließ sich nicht verblüffen; sie erklärten sich mit 40 gegen 17 Stimmen für reine Arbeiterkammern. (Vergleiche den ausführlichen Verhandlungsbericht dieser Nummer.)

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Straßenbahn-Verhältnissearbeiter.

Am gestrigen Tage — dem „kritischen“ Tage, den die Direktion bekanntlich als Endtermin zur Wiederaufnahme der Arbeit festgesetzt hatte — sind, wie das Streikkomitee feststellen konnte, wirklich eine erhebliche Zahl der Streikenden von dem Angstfieber befallen worden und haben sich zum bedingungslosen Wiedereintritt auf ihren Arbeitsplätzen gemeldet. Infolgedessen wurde gestern vormittag in der Streikversammlung eine geheime Abstimmung darüber vorgenommen, ob der Streik unter diesen Umständen noch weiter geführt werden solle oder nicht. Ohne Diskussion erklärten sich die Anwesenden mit dem Vorschlage der Organisationsvertreter einverstanden, daß eine Dreiviertel-Majorität zur Weiterführung des Streiks notwendig sei. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Von 833 Anwesenden stimmten 405 für Weiterführung des Streiks und 132 dagegen, 6 Stimmen waren ungültig. Damit war die erforderliche Dreiviertel-Majorität zur Weiterführung des Streiks vorhanden. Hinzuzuzählen waren hierzu noch etwa 150 Personen, die teils Streikposten standen, teils verreist waren oder schon freiwillig ihre Entlassung genommen hatten. Somit haben reichlich 300 Ausständige ihren Kollegen den Rücken gelehrt und die Arbeit wieder aufgenommen. Es sind dies in der übergroßen Mehrheit unorganisierte Arbeiter, die meistens im Bewußtsein ihrer Minderwertigkeit zu streng gekroffen sind, um sich das fernere „Wohlwollen“ der Direktion nicht zu verschmerzen. Die eigentliche Elitetruppe aber befindet sich noch im Streik, die qualifizierten Arbeiter, die nicht leicht zu ersetzen sind und, weil in der Mehrheit organisiert, auch eine ungleich größere Widerstandskraft entfalten wie ihre ungeschickten Kollegen.

Zwischen sind aber auch die Rühnemänner nicht müde geworden. In den schwärzesten Winkeln Preußens, in Schlesien, Posen und Pommern haben sie für die „Große Berliner“ Streikbrecher angeworben, natürlich ohne den Leuten zu sagen, daß in Berlin gestreikt wird. So wurden gestern fünf volle Straßenbahnwagen mit solchen Arbeitswilligen beladen unter sicherem polizeilichem Schutz vom Schlesischen Bahnhof nach den Hauptverhältnissen transportiert, wobei die ziemlich reduciert aussehenden „nützlichen Elemente“ mit Brot, Wurst und Bier bewirtet wurden. Als ein Streikposten ihnen zurief: „Kollegen, hier wird gestreikt, fällt uns nicht in den Rücken!“, da fuhr ihn sogleich ein Schwannmann mit den Worten an: „Wer hier noch einmal den Mund aufkriegt, der wird mitgenommen!“ Zur Charakterisierung des Verhaltens der Polizeidivision sei gleichzeitig mit angeführt, daß in Charlottenburg die Zahl der Streikposten verdoppelt werden mußte, weil diese alle Augenblicke nach der Wache sifflert werden. Ein weiterer Transport von etwa 100 Arbeitswilligen wurde rechtzeitig abgefangen und wieder nach der Heimat abgeschoben. — Wie wenig befreit die Direktion von ihrem bisherigen Arbeitswilligen-Material ist, bewies sie gestern durch eine Belohnung, in der sie den Endtermin zur Wiederaufnahme der Arbeit zuerst von 6 Uhr früh bis mittag und weiter von mittag bis 3 Uhr nachmittags verlängerte. Diese Prolongation hat indessen wenig genügt, denn die besten Kräfte blieben drauhen.

Die Streikenden hielten am Nachmittage eine öffentliche Versammlung in der Brauerei Friedrichshain ab, die auch von den Frauen der Ausständigen vollzählig besucht war. Nachdem Wiesenthal und Wiesner daselbst unter lebhaftem Beifall die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Streiks geschildert und zum Ausbarken ermahnt hatten, bestätigten sämtliche Diskussionsredner aus den Reihen der Streikenden, u. a. ein Arbeiter, der seit 21 Jahren bei der Großen Berliner tätig war, daß außer den unzureichenden Löhnen und den fälschlichen sanitären Verhältnissen vor allem die durchaus unwürdige Behandlung der Arbeiter zum Ausbruch des Streiks beigetragen habe. Mit Ausnahme der Forderungen auf Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung sei eigentlich überhaupt nicht von Forderungen zu reden, denn die Gewährung der übrigen Wünsche hätte die Direktion schon längst als ganz selbstverständlich ansehen müssen; teilweise wäre es auch ohne weiteres Sache der Gewerbe-Inspektion gewesen, in verschiedenen Dingen auf Abhilfe zu dringen. Zur einstimmigen Annahme gelangte schließlich folgende Resolution:

„Die am 25. Mai in der Brauerei Friedrichshain tagende Versammlung der Streikenden mit ihren Frauen erklärt: Wir üben keinen Berrat wie jene, die nach den ersten paar Tagen des Streiks die Arbeit wieder aufgenommen haben, sondern wollen der Berliner Arbeiterkassette zeigen, daß wir für unsre Familie und unsre Ehre zu kämpfen wissen. Gleichzeitig raten die Versammelten der Berliner Bevölkerung bei Benutzung der Straßenbahn vorsichtig zu sein, da der größte Teil der Wagen bereits dringend reparaturbedürftig ist.“ Eine eigenartige Rolle spielt die bürgerliche Presse bei diesem Streik. Waren schon von Anfang an ihre Berichte über die Ursachen des Ausstandes unwahr, so strogen die Nachrichten über den bisherigen Verlauf desselben nicht minder von tendenziösen Entstellungen. Besonders thut sich auf dem Gebiete unwahrer Bericht-erstattung ein Korrespondenz-Bureau hervor, dessen Praktikanten es von früheren Kritiken der Großen Berliner nach und nach zu deren Verbojournalisten gebracht haben. Schon in voriger Woche, gerade als der Ausstand größere Dimensionen annahm, wußte dieses Korrespondenz-Bureau die Wendung des Streiks zu melden. Und auch jetzt wieder lanciert es die falsche Nachricht in die Presse, daß

Bereits über 500 der früheren Ausländer und solche Arbeiter, die den Streit nicht mitgemacht haben, in den Werkstätten beschäftigt sind. Es wird ferner so darzustellen gesucht, als sei mit Hilfe der von auswärts hierhergeflochtenen Arbeitswilligen der Bedarf an Arbeitskräften fast völlig schon gedeckt. Dabei steht jedoch im Gegenteil fest, daß die etwa 300 Abtrünnigen der Streikenden mit samt den völlig ungeliebten auswärtigen Arbeitswilligen auch nicht annähernd die erforderliche Arbeit zu bewältigen im Stande sind. In den gesamten Werkstätten herrscht ein solcher Wirrwarr, daß einer dem andern im Wege steht und die Meister verzweifelt hin und herrennen und wieder ein noch aus wissen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Personal.

Wir möchten jedoch nicht unterlassen, die Arbeiterpresse besonders der Disprovinzen auf diesen Streit aufmerksam zu machen. Die große Mehrheit der Arbeitswilligen sind aus den östlichen Gegenden gekommen und sie versichern vielfach, von dem Streit gar keine Kenntnis gehabt zu haben. Daher ist es notwendig, dringend vor Zugang nach Berlin zu warnen.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in St. Johann-Saarbrücken, bei dem 513 Mann die Arbeit eingestellt haben, stellt sich für die Arbeiter durchaus günstig. Es ist nur wenig Zugang gekommen und meist wieder abgerufen. Gut halten sich die Italiener. Sie lehnen es trotz Drohungen auf der einen und Versprechungen auf der andern Seite ab, Streikbrecherdienste zu thun. Der italienische Konsul am Streikort forderte in einem italienischen Flugblatt, das öffentlich angelegt wurde, die Italiener auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er versprach polizeilichen Schutz. Auch andre italienische Konsulate haben Trupps ihrer Landsleute nach St. Johann geschickt, indem sie verschieben, daß an der Saar gestreikt wird. Die italienischen Maurer sind aber geschlossen wieder weggerufen, als sie dies erfahren. Ebenso hat in Metz ein italienischer Geistlicher Trupps seiner Landsleute nach der Saar beordert. Die Leute reisten ebenfalls unter Verwünschungen auf den fonderbaren Seelenhirten wieder ab. Es ist klar, daß in dem arbeiterfeindlichen Bunde die königlich preussische Behörde nicht fehlen darf. Ein italienischer Statuteur, der schon ein und zwanzig Jahre in Deutschland weilte und seit sieben Jahren ununterbrochen bei einem Meister in St. Johann arbeitet, erhielt am Sonnabend von der königlichen Polizeidirektion St. Johann-Saarbrücken den Ausweisungsbefehl, wonach er mit seinen Angehörigen innerhalb drei Tagen das preussische Staatsgebiet zu verlassen hat, weil er sich „als Ausländer lästig gemacht“ habe. „Lästig“ gemacht hat sich der Mann lediglich dadurch, daß er kurz vor dem Maurerstreik in einer Versammlung den dort erschienenen italienischen Maurern die Beschlässe der Versammlung in ihrer Sprache übersetzte. An dem Streik ist er selber gar nicht einmal beteiligt, noch hat er sich sonst irgend etwas zu Schulden kommen lassen.

Steinscher! Wegen Nachregelung haben bei dem Steinsehrmeister Wiende in Elde vier Mann die Arbeit niedergelagt. Zugang ist streng ferngehalten.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue Bankengründung wird aus Krefeld gemeldet. Zwischen dem Bankhaus A. Molenaar u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, und der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld, die bekanntlich zu den von der Deutschen Bank abhängigen Instituten gehört, ist, wie die „Krefelder Zig.“ meldet, eine Vereinbarung getroffen worden, nach der den Kommanditisten des genannten Bankhauses der Umtausch ihrer Kommanditanteile gegen Aktien der Bergisch-Märkischen Bank mit einem Dividendenschein vom 1. Januar 1905 im Verhältnis von vier zu drei angeboten wird, was einem Kurse von 120 Proz. entspricht. Gleichzeitig soll der Dividendenschein für 1904 beim Austausch mit 5 1/2 Proz. in bar bezahlt werden. Alfred Molenaar wird nach erfolgter Fusion in den Aufsichtsrat der Bergisch-Märkischen Bank eintreten.

Ebenso wie bei der Übernahme der Ersterer Bank durch die Bergisch-Märkische Bank wird auch diesmal die Bergisch-Märkische Bank nicht zu einer Vernehmung ihrer Aktien fürchten, sondern die Deutsche Bank aus ihrem Bestande die zum Erwerb des Hauses Molenaar u. Co. nötigen Aktien hergeben.

Die Deutsche Bank hat gestern, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, Circulars versandt, worin die Aktionäre der Berliner Bank ersucht werden, bei der Bestellung der Deutschen Bank als Vertreterin für die Generalversammlung nachträglich zu erklären, ob sie für oder gegen den Vorschlag der Deutschen Bank zu stimmen beabsichtigen. Wenn keine Marschroute gegeben wird, nimmt die Deutsche Bank an, daß der Aktionär für die Fusion stimmt. Zugleich hat angeführt die Opposition unter den Aktionären der Berliner Bank die Deutsche Bank nochmals eine Nachprüfung vorgenommen und ist dabei, wie sie berichtet, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein höheres Gebot als das bekannt gegebene unmöglich ist.

Gewerkschaft „Freie Vogel und Unverhofft.“ Die Zwistigkeiten zwischen einer Anzahl von Gewerkschaften und dem Grubenvorstand haben zu einem Antrag auf Abberufung des Grubenvorstandes geführt, der von den Vertretern von 200 Kugeln gestellt worden ist. Die Opposition der Gewerkschaften gegen den Grubenvorstand resultiert bekanntlich aus der Weigerung des Vorstandes, den Beitritt der Gewerkschaft zum Kohlenyndikat herbeizuführen. Der Grubenvorstand motiviert sein Verhalten mit den Beschlüssen der Gewerkschaftsversammlung vom 23. Juni v. J., in der eine ganz überwiegende Zahl von Gewerkschaften sich gegen den Beitritt zum Kohlenyndikat erklärt hat. Wie der Grubenvorstand mitteilt, glaube er nicht, daß das Syndikat noch bereit sei, die Forderung aufzunehmen.

Zuführung von Eppreßgut. Die Handelskammer macht die Interessenten auf Ersuchen der königlichen Eisenbahndirektion darauf aufmerksam, daß die hier eintreffenden, für in Berlin wohnende Empfänger bestimmten Eppreßsendungen durch die Berliner Paketfabrikgesellschaft Starke u. Co. dem Adressaten zugeführt werden, sofern sich letztere nicht sogleich nach Ankunft des Zuges zur Empfangnahme der Sendungen melden. Die Zuführung unterbleibt bei denjenigen Sendungen, auf deren Adressen die Beschriftung „zur Selbstabholung“ oder „Bahnhofslagernd“ vermerkt ist. Die zur Selbstabholung bestimmten Eppreßgüter werden den Empfängern abhört. Bahnhofslagernd gestellte Eppreßgüter werden nicht abhört. Die Abholung soll in der Regel innerhalb drei, spätestens innerhalb sechs Geschäftstagen nach Eingang des Gutes erfolgen. Die Zuführunggebühren betragen für Sendungen bis 10 Kilogramm 30 Pf., bis 15 Kilogramm 40 Pf. und so fort bis 40 Kilogramm 90 Pf., von da ab für je weitere 10 Kilogramm 10 Pf. mehr. Nähere Auskunft erteilen die Gepäckabfertigungsstellen und das Verkehrs-Bureau der Handelskammer.

Soziales.

Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Zu den Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Zeitfolge des Herrn Dr. Freund, die dieser in seinem Referat bei einer Konferenz der Landesversicherungs-Anstalten in Hannover am 27. d. M. vertreten will, wird und aus Kreisen der Beteiligten geschrieben:

Daß hier von einer Konferenz der Landesversicherungs-Anstalten die Rede sein kann, ist vollständig ausgeschlossen, denn es haben sich ebensoviele die Vorstände wie die Ausschüsse der Landesversicherungs-Anstalten mit dieser Angelegenheit beschäftigt, noch weniger haben sie Delegierte zu dieser Konferenz entsandt oder Gelder zu der Beschickung derselben bewilligt. Sollte daher eine Konferenz in

Hannover stattfinden, so kann das höchstens eine solche von Privaten, nicht aber eine der Landesversicherungs-Anstalten sein. Sollten dennoch Gelder aus Anstaltsmitteln hierzu verwendet werden, so wird es ja Aufgabe der Ausschüsse der Landesversicherungs-Anstalten sein, bei Abnahme der Jahresrechnung hierauf zu achten, ob sich berechtigte Ausgaben in der Jahresrechnung vorfinden! Denn die Geldbewilligung ist nur einmal das gesetzliche Recht der Ausschüsse.

Wenn nun am 27. Mai in Hannover eine Konferenz von Leuten tagt, die zwar ein Amt bekleiden, aber amtlich aus ihren Organen heraus hierzu nicht gewählt oder delegiert sind, so können sie auch nur private Meinungen aussprechen. Es ist daher vollständig unrichtig, von einer Konferenz der Landesversicherungs-Anstalten zu sprechen. Die veröffentlichten Leitfäden des Herrn Dr. Freund sind uns nichts Neues; wir hatten schon öfter Gelegenheit, die Ansicht dieses Herrn bezüglich der Organisation der Arbeiterversicherung kennen zu lernen. Die schönen Ratschläge, die er bis dato ein beschriebenes Blatt Papier geschrieben, und so wird es auch dieses Mal sein. Schade um die Zeit, die hiermit verschwendet wird.

Wenn nun aber schon einmal eine Konferenz einer Anzahl Verteiliger zusammenkommt, die ihre Amtsbefugnisse gern erweitert wissen möchten, so glauben wir, daß es ratsamer wäre, wenn diese Herren zunächst einmal folgende Frage erörterten: Ist es unter den gegebenen Verhältnissen notwendig, daß die Landesversicherungs-Anstalten überhaupt noch weiter bestehen bleiben? — Es ist an der Zeit, daß diese Frage einmal gründlich erörtert wird! Die Krankenkassen sind der Grundstod der Arbeiterversicherung. Sie sind die Organisationen, welche diese Aufgabe am besten zu erfüllen geeignet sind, und sie auch bereits in hohem Maße erfüllen.

Die Krankenkassen gewähren ihren weiblichen Mitgliedern eine Wöchnerinnen-Unterstützung. Das heißt, die Krankenkassen sind verpflichtet, für die Kinder der Versicherten vom ersten Tage ihres Lebens an einzutreten. Die Landesversicherung im günstigsten Falle nach 20 Jahren! Ferner sind es wiederum die Krankenkassen, welche in hohem Maße die Angehörigen der Versicherten mit Arzt und zum Teil auch mit Medikamenten versorgen, und zwar bis zu der Zeit, wo die jüngere Generation selbst Mitglied einer Klasse wird, ohne gegen Invalidität versichert zu sein. Bekanntlich beginnt die Versicherung gegen Invalidität erst mit dem vollendeten 16. Lebensjahr. Mit der Versicherung gegen Invalidität allein ist dann aber auch noch nichts geholfen, sondern es müssen erst eine bestimmte Anzahl Marken geleistet sein. Rechnet man auch nur 200 Marken, so sind es wiederum weitere vier Jahre, in welchen die Krankenkassen für die Versicherten einzutreten haben für Arzt, Medizin, Krankengeld, Krankenhaus- und Konvalaleszenzpflege sowie alles weitere, wozu auf Grund des Kranken-Versicherungsgesetzes die Krankenkassen verpflichtet sind. Aber wenn auch ein Versicherter die erforderliche Anzahl Marken geleistet hat, so „I a n n“ die Landesversicherungs-Anstalt das Heilverfahren einleiten, wenn zu befürchten ist, daß durch die Krankheit ebenfalls die Invalidität eintreten könnte! Das Krankengeld haben aber auch dann noch, wenn das Heilverfahren übernommen wird, die Krankenkassen bis zum Ablauf der 26. Woche zu zahlen. Nur den fehlenden Betrag zur Deckung der Kosten trägt die Landesversicherungs-Anstalt. Allerdings gehört sie auch in vielen Fällen ein Teil des Krankengeldes als Unterstützung für die Familienangehörigen.

Nach der neueren Krankenkassen-Statistik vom Jahre 1901 haben die Krankenkassen 1 684 338 M. Krankengeld an Angehörige der Krankenkassen gezahlt, neben freier Kur und Verpflegung in Krankenhäusern. Bieviel für Arzt und Medikamente für die Angehörigen der Krankenkassen gezahlt sind, geht aus der Statistik nicht hervor. Es sind aber bezahlt worden für ärztliche Behandlung 35 636 010 M., für Arznei und sonstige Heilmittel 26 194 989 M. Unterstützungen an Wöchnerinnen zahlte die Kassen 2 615 621 M. für Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten usw. zahlte die Kassen 20 641 166 M. und für Konvalaleszenzpflege 131 110 M. Man sieht also hieraus, daß die Kassen sehr viel für ihre Mitglieder sowie deren Angehörige geleistet haben und zwar noch unter den alten gesetzlichen Bestimmungen. Nach den neueren Bestimmungen leisten die Kassen bedeutend mehr. Und sie würden vielfach noch bedeutend mehr leisten, wenn ihnen die Landesversicherungs-Anstalten gewissermaßen nicht hindernd im Wege ständen.

Aber andererseits sind es auch wieder die Krankenkassen, welche heute schon zum großen Teil die Geschäfte der Landesversicherungs-Anstalten besorgen, da ja für diese Tätigkeit im Jahre 1901 nicht weniger als 1 156 828 M. seitens der Landesversicherungs-Anstalten an die Krankenkassen gezahlt wurden. Die Versicherungsanstalten sind nur noch mehr Geldinstitute, welche die Beiträge in Invalidenrenten, Altersrenten, Hypotheken u. dergl. umrechnen. Die Zahlung der Invaliden- und Altersrenten sind und bleiben doch nur eine Entlastung der Kommunen. Denn die meisten Unterstützungsempfänger der Kommunen erhalten hier mehr als der lange Jahre zahlende Invalidenrentenempfänger. Die Landesversicherungs-Anstalten erfüllen das bei weitem nicht, was man beim Inkrafttreten des Gesetzes erwartet hat.

Es dürfte daher zweckmäßig sein, entgegen dem Vorschlage des Herrn Dr. Freund die Landesversicherungs-Anstalten vollständig zu beseitigen und auch noch den letzten Rest der noch verbleibenden Tätigkeit der Versicherungsanstalten den zu zentralisierenden Ortskrankenkassen unter Aufrechterhaltung ihrer vollen Selbstverwaltung vollständig zu übertragen. Die Krankenkassen, die von Arbeitgebern und Versicherten beiderseits verwaltet werden, die aus eigener Anschauung und zum Teil aus eigener Erfahrung die Wirkung der Arbeiterversicherung kennen, dürften am ehesten dazu geeignet sein, dieselbe im weitesten Maße zu fördern und auszubauen. Kein bürokratischer Beamtenstand. Nur dann, wenn im obigen Sinne die Krankenkassen ausgebaut werden, wird in Wirklichkeit etwas Ersprießliches zum Wohl und Segen der Versicherten geleistet werden.

Wie weit der Bureaufraß des einzelnen Vorstehenden der Landesversicherungs-Anstalten geht, beweisen uns die wiederholten Entschlüsse des Reichs-Versicherungsamtes, die in den amtlichen Nachrichten mitgeteilt sind, wozu die Ausgabe für Monat März wiederum ein recht interessantes Beispiel liefert.

Daher möge die Konferenz die Frage prüfen, ob es nach Lage der Sache noch geboten erscheint, die Landesversicherungs-Anstalten weiter bestehen zu lassen. Die vollständige Angliederung der Invalidenversicherung an die Krankenversicherung thut not, nicht umgekehrt.

Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß die wichtigste Forderung, die bei dem an sich nützlichen Plane der Vereinheitlichung der Versicherungsanstalten erhoben werden muß, die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung ist. Auch wir sehen einen gangbaren Weg zu diesem Ziele in der Zusammenfassung des gesamten Versicherungswesens, zunächst mindestens der Kranken- und Invalidenversicherung, auf der Grundlage centralisierter Ortskassen, die wiederum nach Bezirken zusammengefaßt werden. Nur in der Aufstellung weichen wir vom Einsender ab, als ob die Ansichten des Herrn Dr. Freund so wenig Rücksicht auf Zustimmung in den Kreisen der herrschenden Parteien hätten. Wie weit die Neigung für eine Zusammenfassung der Versicherung geht, läßt sich noch nicht beurteilen, doch das ist sicher: wenn und wo der Plan ernsthaft erwohnen wird, da werden auch die Pläne auf Einschränkung der Selbstverwaltung Gegenliebe finden. Wir halten es für richtiger, von allem Anfang an auf diese Gefahr aufmerksam zu machen; umso wirksamer kann die Abwehrbewegung gestaltet werden.

Die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter bildete das Thema eines Vortrages, den Frau Lein Kunze-Halle auf der Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen in Kassel hielt. Der Vortrag begann mit einer Darstellung der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter nach ihrer Eigenart, Ausdehnung und Entwicklung. Er stellte sodann das Prinzip der gemeinsamen Erziehung dem der Geschlechtertrennung gegenüber, suchte Vorzüge, Schwächen beider objektiv zu wägen und fand das erstere System als höherwertig.

Die Urheimat der gemeinsamen Erziehung ist Nordamerika. Von den europäischen Staaten räumen nur Schweden, Dänemark und Finnland ihr ausgedehntere Rechte ein. England und die Schweiz öffnen ihr langsam die Pforten, während Frankreich und Deutschland sich bisher ablehnend verhalten. Als Ideal der Kultur-entwicklung bezeichnete Madelin: Selbständiges Denken, ein warmes sittliches Fühlen, ein kräftiges, thätiges Wollen, von jedem Geschlecht gleichviel und gleichwertig, wenn in Nuancen vielleicht auch andersartig als Eigentum von Mann und Frau; das Menschenunwürdige als unmannlich und unweiblich. Wichtige ideale Grundwerte verpricht die gemeinsame Erziehung für dieses Ziel. Sie schafft den Grundstein für die wahre Sittlichkeit, die gegenseitige Achtung der Geschlechter, und hilft damit die dringendste Frage unserer Zeit, die Sittlichkeitsfrage, ihrer Lösung näher rücken. Sie hebt ferner das intellektuelle und das wirtschaftliche Niveau eines Volkes, sie ist also auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zu fordern. Die Erziehung der Frau und auch des Mannes für die Aufgabe, der Familie Erzieherin, Erzieher, Kamerad, Kameradin zu sein, wird keinen besseren Förderer finden als die Kondulation. Sie fordert gemeinsame Erziehung demnach im Prinzip für alle Schulstufen.

Die Versammlung teilte in der Generaldebatte den Standpunkt der Rednerin und nahm zum Schluß folgende Resolution an: „Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ist für alle Schulstufen anzustreben. Männern und Frauen ist der gleiche Anteil an der Erziehungsarbeit auf allen Stufen zu sichern.“

Aus der Frauenbewegung.

Steglich. Im Bildungsbereich für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgebung hielt Herr Dr. Cajes am Donnerstag, den 19. Mai, einen interessanten und lehrreichen Vortrag über „Frauenleiden“. Derselbe wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Die nächste Vereinsversammlung findet Dienstag, den 7. Juni, bei Grube, Friedenau, Kaiser-Allee, statt.

Baumhulenkweg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgebung hält Donnerstag, den 26. d. M., keine Wander-versammlung ab.

Die nächste Wanderversammlung findet Donnerstag, den 30. Juni, statt. Das Thema wird noch bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler, Ortsverwaltung Berlin, bewilligte am 18. Mai 100 M. für die freitenden Vergolder. Den freitenden Vätern wurde die moralische Unterstützung in ihrem Kampfe zugesichert. Der Antrag Grimm: „Die Versammlung wolle den Centralvorstand und den Ausschuss beauftragen, eine Korn festzusetzen, nach welcher die Entschädigungen für Vertretung des Verbandes sowie Vergütung der Agitationsstouren zu erfolgen hat; der Beschluß ist im Verbandsorgan bekannt zu geben“, wurde nach kurzer Diskussion, an welcher sich die Kollegen Grimm, Weyer und Schey beteiligten, angenommen. Den Bericht über die Militärattler-Bewegung gab Kollege Schachelsch. Demnach haben sämtliche Firmen bewilligt und den eingereichten Tarif unterschrieben, mit Ausnahme der Firma Ludewig, bei welcher die Kollegen im Streit stehen. Eine Kommission ist von den Militärattlern gewählt worden, die einen Tarif, der am 1. Januar 1905 in Kraft treten soll, ausarbeiten wird.

Die Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin hielt am Sonntag bereits ihre dritte diesjährige gut besuchte außerordentliche Generalversammlung in den Ritterhöfen, Ritterstr. 76, ab. Es handelte sich dabei um die Beschlussfassung über die Häuser, welche demnächst gebaut werden sollen. Die Verwaltung hatte durch eine Denkschrift alle in Betracht kommenden Gründe für ihre Vorschläge den Mitgliedern kargelegt. Sie beantragte, im Laufe dieses Jahres an der Grünau-Vahndorfer Chaussee ca. 6 Doppelhäuser mit je 8 Wohnungen zu bauen und die Ausführung derselben nicht in eigener Regie, sondern zunächst für die nächsten zwei Jahre durch Unternehmer vorzunehmen. Nach einem ergänzenden Referat des Vorsitzenden G. Hoffa, unterstützt durch die diesbezügliche Bauzeichnung des Architekten Matthias, beschloß die Versammlung einstimmig, nach den Anträgen zu verfahren. Die Bauhüftigkeit beginnt unmittelbar nach Eingang der Baugenehmigung, voraussichtlich im Monat Juli. Des weiteren wurde auf Anregung der Bezirksleitungen einstimmig beschlossen, vom 1. Juni ab die Verwaltungsbeiträge von monatlich 10 Pf. auf 25 Pf. zu erhöhen. Endlich wurde noch der Antrag des Vorstandes angenommen, nach welchem an den in Restaurationen belegenen Jahrestellen die Beiträge an jedem Sonnabendabend durch die Bezirksleiter angenommen werden sollen. Mit Hinweis auf das schöne, große Ziel gemahnte der Vorsitzende H. Stramm dann noch die Mitglieder zu thätiger Mitarbeit unter Einsetzung aller Mittel und schloß die Versammlung gegen 1 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Königsberg, 25. Mai. (W. T. V.) Deutsche Lehrerversammlung. (Schluß.) In der Nachmittags-sitzung sprach Rektor Juds-Kolberg über die Schulaufsichtfrage. Nach längerer Debatte wurden folgende von ihm aufgestellte Thesen angenommen: 1. Im Interesse der Schule ist die sachmännliche Schulaufsicht einzuführen. 2. Die Volksschulen sind unmittelbar den Kreisinspektoren zu unterstellen; die Volksschulaufsicht ist zu beseitigen. 3. Die Kreisinspektoren im Nebenamt ist aufzuheben. Zu ständigen Kreisinspektoren sind Schulmänner, die sich im Volksschuldienst bewährt haben, zu berufen.

Frankfurt a. M., 25. Mai. (W. T. V.) In der Nacht zum Dienstag wurde ein Mann ins städtische Krankenhaus gebracht, der auf bestialische Weise verhandelt war. Das Verbrechen wurde an dem Unglücklichen begangen, als der sinnlos Betrunkene sich nicht wehren konnte.

Marzelle, 25. Mai. (W. T. V.) Die Arbeit im Hafen und in den Docks ist überall wieder aufgenommen.

Madrid, 25. Mai. (W. T. V.) Durch einen heftigen Hagel Schlag wurden in Dreise 50 Personen vertountet und bedeutender Materialschaden angerichtet.

London, 25. Mai. (W. T. V.) Die „Times“ berichtet, die Japan-Armee werde wahrscheinlich während 20 Tagen bei Jongwangschong Aufenthalt nehmen, um die Konzentration der übrigen Truppen abzuwarten. Die Japaner machen große Anstrengungen, um die Verbindung zu sichern. Mehrere russische Spione, die als Chinesen verkleidet waren, wurden gefangen genommen, und werden mit den übrigen Gefangenen nach Japan geschickt werden.

New York, 25. Mai. (W. T. V.) Bei der Retzhafen- und Harlock-Dahn wurde der Streik für 40 000 Arbeiter angeordnet.

Chicago, 25. Mai. (W. T. V.) „Daily News“ berichten: Admiral Togo lege eine große Thätigkeit an den Tag. Es wurden neun Torpedoboot-Zerstörer gesehen, welche die Richtung nach Port Arthur einschlugen. Zahlreiche chinesische Schiffe, die auf schwimmende Minen geraten sind, fliegen in die Luft.

Sidney, 25. Mai. (W. T. V.) Die Koalition gegen das Ministerium Watson ist infolge der zweideutigen Haltung der Parteigänger Dealins neuerdings fraglich.

Tschiu, 25. Mai. (W. T. V.) Aus Tschiu wird berichtet, daß die Japaner am 21. Mai 6000 Mann gelandet haben. Eine chinesische Flotte, die aus Peking eingetroffen ist, berichtet, daß die Japaner täglich Truppen landen. Auf den Wosinseln werden Baracken errichtet. Zahlreiche Kriegsschiffe konzentrieren sich hier. — Flüchtlinge aus Dahn berichten, daß General Stödel sämtliches Bargeld in den Banken von Port Arthur und Dahn hat beschlagnahmen lassen.

Tschiu, 25. Mai. (W. T. V.) (Melbung des Neuterchen Bureau.) Eine aus acht Schiffen bestehende japanische Flotte hat gestern Port Arthur beschossen. Der Angriff dauerte eine Stunde.

15. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Stadthagen (Sippe), 24. Mai 1904.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die Generaldebatte über die nächsten Aufgaben des Verbandes wird fortgesetzt. Sie bewegt sich in den durch die gestrigen Reden vorgezeichneten Bahnen und beschäftigt sich hauptsächlich mit folgenden vier Fragen:

1. Zunächst mit der Haltung des Vorstandes gegenüber drohenden Streiks. Ebenso wie v. d. Strahe-Essen würt Wächter-Dortmund dem Vorstande seine Ungleichheit vor. Als man auf der Seite „Scharnhorst“ in eine Lohnbewegung habe treten wollen, habe der Verbandsdelegierte auf einer Konferenz erklärt, zu einem Vortrage sei er nicht vorbereitet, er sei überhaupt nur gekommen, um abzurufen, falls gestreift werden solle. (Geisterleit. Widerspruch am Vorstandesitz.) Jakob bestätigt für das Deloniger Revier, daß die Vergleite überall erregt seien und Johann-Gelsenkirchen versichert, daß es trotz dem Vorstande im Ruhrrevier längst zum Kampfe gekommen wäre, wenn nicht das infolge der Stilllegung der südlichen Rechen vorhandene Lieberangebot von Bergarbeitern die Streiklust gebändigt hätte. Als Mitglied des Vorstandes verteidigt Husemann dessen Haltung. Es sei seine Pflicht, vorsichtig zu sein, er habe aber in Oberhausen gezeigt, daß er auch vor dem äußersten Mittel nicht zurückschreie. Langhorst-Stahfurt kann sich nach seinen Erfahrungen überhaupt nicht für Streikgelüste erwärmen. Sonnenschein-Aplerbeck d. Hörde macht noch darauf aufmerksam, daß im südlichen Ruhrrevier die Werksherren nur auf einen Streik lauerten, um den Arbeitern die Verantwortung für die Stilllegung der Gruben zuzuschreiben.

2. Gärtners-Brandenburg glaubt nicht, daß der Verband schon jetzt so großen Aufgaben gewachsen sei. Aber warum wolle man nicht, um aus dieser peinlichen Situation herauszukommen, die Beiträge sofort erhöhen? Für Beitragserhöhung seien alle, sie solle nur nichts kosten. — Alle andern Redner erklären sich zwar auch mit dem Gedanken der Beitragserhöhung einverstanden, wollen aber für dieses Jahr davon absehen, weil erst auf der vorigen Generalversammlung eine Beitragserhöhung angenommen worden sei.

3. Wer daran schuld ist, daß die Beitragserhöhung so gänzlich ungenügend ausgefallen ist, bildet Gegenstand der weiteren Debatte. Steinbach-Meyfelwyl schiebt die Schuld dem Ruhrrevier zu. Die Delegierten im Vorjahre die weitergehenden Anträge niedergestimmt hätten. Sie sollten sich ein Beispiel an seinem Revier nehmen. Trotzdem dort die schlechtesten gelohnten Bergarbeiter Mitteldeutschlands wohnten, zahlten sie schon seit Jahren 30 Pf. und seien bereit, auch 35 Pf. und mehr zu zahlen. Reiss-Gelsenkirchen schiebt die Schuld am letzten Ende dem Vorstande zu, der lange vorher im Ruhrrevier für die niedrigeren Beitragssätze agitiert habe. Hue besonders, der auf dem Kongresse den Vermittlungsantrag gestellt habe, sollte an die Brust schlagen und ausrufen: mea culpa! (Hue ruft: mea maxima culpa! Große Geisterleit.) Kähler-Kangendree, Weigelt-Altenburg und Bergmann-Nieberschleien nehmen dem Vorstand in Schutz. Letzterer hebt hervor, daß man sich nicht über diesen besagen dürfe, nachdem die Mehrheit der Delegierten ihm zugestimmt habe. Die Beitragserhöhung sei nur langsam möglich.

4. Auch Drechsler-Dresden steht der Beitragserhöhung sehr skeptisch gegenüber. Auch so werde das nächste Jahr 1/2 Million Ueber-schuss bringen, die man freilich voll für die Unterhaltungsbranche, die Kranken-Zusatzklasse und vor allem die Arbeitslosen-Unterstützung vollaus brauchen werde. Man müsse mit mindestens 10 000 Arbeitslosen rechnen, denn im nördlichen Ruhrrevier würden nicht die im Süden abgelegenen alten organisierten Bergarbeiter, sondern ausländische Lohnbrüder eingestellt. (Pfeifer.) Schon darum könne man dort alle Tage den Streik erwarten. — Gähler-Weisenfels und Schlösser-Kachen sprechen sich gegen die Einführung einer Kranken-Zusatzklasse aus. Der Verband solle ausbauen, was er habe, insbesondere die Gemahregelten-Unterstützung. Dagegen erklärt Schlösser-Oberschlesien, daß er strikte Anweisung habe, für sofortige Gewährung von Krankengeld — und dementsprechend sofortige Beitragserhöhung — zu stimmen.

Damit ist die Rednerliste der Vortragsreihe der einzelnen Reviere erschöpft. Als letzte zur Generaldebatte erhalten die folgenden vier Redner das Wort.

Chert-Deitrich: Viele Delegierte haben geglaubt, die Erhöhung der Beiträge nicht vor ihren Mitgliedern verantworten zu können. Wir in Ostpreußen hatten dieselben Verhältnisse in noch höherem Maße bei der Bildung der Centralorganisation. Statt der einzelnen Lokalorganisations-Beiträge von 35 Pf. den Monat haben wir sofort einen Wochenbeitrag von 25 Pf. eingeführt. (Hört! hört!) Redner empfiehlt dann eine Beitragserhöhung auf 30, nicht erst auf 25 Pf., da sonst die Demurrirung gar nicht aufhöre. Diese Erhöhung sei auch Voraussetzung für eine gezielte Entwicklung des ostpreussischen Verbandes, der bei den dortigen viel schlechteren Löhnen, 1,30—1,40 M. den Tag, sich wenigstens den älteren deutschen Verband zum Vorbild nehmen können müßte. Die Erregung ist auch in Ostpreußen ungeheuer groß. Die Unternehmer nehmen den Arbeitern doppelt und dreifach, was sie ihnen 1900 nach dem allgemeinen Bergarbeiterstreik an Lohnerhöhung gegeben haben, und suchen sogar den Reinfundament wieder zu befestigen. (Pfeifer.)

Umbreit-Berlin: Die Stimmung dieser Versammlung ist ja durchaus einer wirksamen Beitragserhöhung günstig. Um so bezeichnender ist es, daß man sie allgemein auf nächstes Jahr verschoben will. Der entscheidende Fehler ist gewesen, daß in Jwidau trotz Uebernahme der neuen Pflichten die Beitragserhöhung abgelehnt wurde. Noch schlimmer war, daß man nicht einmal dafür sorgte, daß auf der nächsten Generalversammlung eine Erhöhung vorgenommen werden konnte. Der Ugrund aller dieser Schwierigkeiten sind die alljährlichen Verbandstage, die eine ruhige Entwicklung verhindern und immer wieder zur Aufrollung von Grundfragen führen. Rechnet man dazu, daß der Verband für seine Generalversammlung und seine Konferenzen jährlich 40 000 Mark ausgiebt, daß dieser Verbandstag nichts Positives geschaffen hat und schaffen konnte, so muß man sagen, daß zweijährige Verbandstage vollaus genügen. Herrschau und agitatorische Anregung kann auf Konferenzen viel besser gehalten und gegeben werden, wie die jüngste Essener Konferenz über die Stilllegung gezeigt hat. Lassen Sie heute das einzige, was Sie leisten können. Geben Sie dem Vorstande die schriftliche bestimmte Anweisung, die Mitglieder bis zur nächsten Generalversammlung auf eine genügende Beitragserhöhung vorzubereiten. Verlassen Sie sich nicht auf die Solidarität der andern Reviere. Allen Arbeitern drohen schwere Kämpfe, das zeigen die alljährlich zunehmenden Ausperrungen. — Aber für die schimmigen Eventualfälle dürfen sie nicht erst 1905, müssen sie heute schon Sorge treffen. Sie müssen wie in allen großen Gewerkschaften dem Vorstande das Recht geben, Extrabeiträge auszusprechen. (Bravo!)

Hue weiß nach, daß ihn an den Jwidauer Beschlüssen keine Schuld treffe. Durch die Schuld der neu gewonnenen Reichslüge vertretenden Delegierten, seien alle Anträge damals abgelehnt worden. Durch seine Vorschläge sei wenigstens die Regulierung der Beiträge erreicht worden. Jetzt könne man eine Erhöhung um 10 Pf. pro Woche denken, 40 Pf. Erhöhung pro Monat hätte niemand beschlossener. Redner fährt fort: Ich habe 95, 90, 97 auf den General-versammlungen um Beitragserhöhung gebeten, 98 in Dortmund wenigstens um 10 Pf. gebittelt. Jetzt kommt man und stellt mich als Kattenfänger von Jwidau hin, der durch seine Lockreden dort die Beitragserhöhung verhindert habe. Es glauben nicht,

wie mich das freut. Glauben Sie nicht, daß Sie jetzt mit den 30 Pf. am Endziel sind. Die armen Vergleite in Ostpreußen zahlen schon heute 30 Heller pro Woche, die Belgier 1 Fr., die französischen Kollegen 1,50 Fr. im Monat, die Federation of miners hat einen wöchentlichen Mindestbeitrag von 1 Schilling. Auch Sie werden, um die 600 000—700 000 deutschen Bergarbeiter zu sammeln, noch Mittel aufwenden müssen, daß mandem schwindelig werden wird. Ich warne davor zu glauben, daß der kommende große Streik kurz sein wird. Es wird bis zum Weibbluten gekämpft werden. (Lebhafte Zustimmung.) Denn die Werkbesitzer, die Kleinindustrie im Scharfmacherbund, werden nicht eher nachgeben, als bis die gewaltige Entrüstung des ganzen Volkes sie überhaupt vom Boden wegessen wird. Wir stehen im Vorderreffen des Kampfes, der auch auf politischem Gebiet ausgefochten werden muß. Gegenüber der gewaltigen Macht der Unternehmer ist der 30 Pfennig-Beitrag nichts. Das Kohlenyndikat allein hat für Streikzwecke eine jährliche Umlage von dreißig Millionen Mark vorgelesen. Dieser Kongreß wird nicht fruchtlos sein, die Aufgaben sind jetzt deutlich gestellt, und wir werden die Bergarbeiter dahin bringen, daß sie ihrer Größe gerecht werden. (Lebhafte Beifall.)

Das Schlußwort hat Sasse. Er weist aus dem Jwidauer Protokoll nach, daß er schon dort für Beitragserhöhung eingetreten wäre. Wenn der Vorstand dem Streik in Linden zugestimmt hätte, so wären die Werkbesitzer sehr erfreut gewesen, weil er ihnen so bequem zur Stilllegung der Gruben hätte.

Damit schließt die Diskussion. Folgende Resolution wird gegen drei Stimmen angenommen: Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge für unsern Verband an. Wenn sie auf der heutigen Tagung davon absteht, so thut sie es nur mit Rücksicht auf die Mitglieder, die im letzten Jahre nicht in genügender Weise über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung aufgeklärt worden sind. Die Generalversammlung verlangt darum von den anwesenden Delegierten, daß sie in ihren Mitgliedschaften dafür Sorge tragen, daß im nächsten Jahre einer Erhöhung auf 30 Pf. nichts mehr im Wege steht. Dieser Satz ist als das geringste anzusehen, was im nächsten Jahre durchgeführt werden muß. Der Vorstand wird beauftragt, aufs schnellste den Mitgliedern eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Segen des Verbandes bewirkt, daß Beiträge und Gegenleistungen sich bedecken.

Auf Antrag Hue wird mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, alle eingehenden Anträge debattelos dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen. Nur über das Sterbegeld wird in eine Specialberatung eingetreten. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, das Sterbegeld der Frauen dem der Männer gleichzustellen und demnach auf 60 M. zu erhöhen.

Nachmittags-Sitzung.

Hue referiert über den nächsten Punkt der Tagesordnung: Stand der Vergesetzgebung in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung der Knappschaftsvereine. Er legt drei Resolutionen vor: Die erste über das Vergesetz biete nichts Neues, weil auf diesem Gebiet nichts Neues geschehen sei. Sie fordere auch ein einheitliches Knappschaftswesen für das Reich; damit stehe die zweite Resolution zum Knappschaftsgesetz nicht in Widerspruch; denn dieses Gesetz sei der erste Schritt zum Reichs-Vergesetz. Sachlich enthalte diese Resolution die sog. Herner Forderungen, die bereits in mehr als 100 Versammlungen angenommen sind. Die dritte Resolution enthält bekannte allgemein gewerkschaftliche Forderungen.

Mit diesen Resolutionen steht ein Antrag zur Debatte, der ein Ober-Schiedsgericht für unfallberleite Vergleite nach Art des Reichs-Versicherungsamts fordert. Der Antrag wird einstimmig debattelos angenommen, ebenso die drei Resolutionen; sie lauten:

Resolution betr. Reichs-Vergesetz.

Die in Stadthagen tagende 15. General-Versammlung des Bergarbeiter-Verbandes erklärt als Vertretung von 75 000 Vergleuten:

Die Generalversammlung ist im Einverständnis mit bekannten Vergesetzlehren der Meinung, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Vergewesens unumgänglich nötig wurde. Indessen muß das Reichs-Vergesetz auch die Arbeiterverhältnisse treffen, nicht nur den Vergbau und das Vergrecht an sich. Das zu erlassende Reichs-Vergesetz hat vornehmlich festzusetzen:

- 1. Achtstündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt; Sechsstunden-Schicht bei einer Temperatur von über 28 Grad.
2. Verbot der unterirdischen Anführung von Arbeitern unter 18 Jahren, gänzlich Verbot der Frauennarbeit in der Montan-industrie.
3. Teilnahme der Belegschaften an der Werkkontrolle vermittels aus der und durch die Arbeiterschaft gewählten Hilfs-inspektoren, die vom Staate besoldet werden müssen.
4. Genügende sanitäre Einrichtungen (Waschanstalten, Bedürfnisorte, Verletztenfürsorge auf dem Werke usw.) zum Schutze der Arbeitergesundheit.
5. Einheitliches Knappschaftswesen auf der Grundlage ausschlaggebender Teilnahme der Arbeiter an der Kassenverwaltung, damit die Versicherten selbst Einfluß haben auf die Ausgestaltung ihrer Versicherung.

Resolution zur Knappschaftsreform.

Die in Stadthagen tagende 15. Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes protestiert energisch gegen die Annahme des „Allgemeinen deutschen Knappschaftsverbandes“, sich „Vertretung der Knappschaftsvereine“ zu bezeichnen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Veranstellung der Knappschaftsherren (Werkbesitzer), bei der die Anhangung der Knappschaftsmitglieder (Arbeiter) ignoriert und die geringfügige Zahl der Aeltesten (Arbeitervertreter) mit erdrückender Majorität überstimmt wird. Wenn die Abordnung bereit vor sich geht, daß 1/2 Werkbesitzer und 1/2 Arbeitervertreter delegiert werden, so kann rechtlich eine solche Versammlung nicht als Vertretung der Knappschaftsvereine gelten, zumal durchschnittlich die Werkbesitzer nur 75 Proz. der Arbeiterbeiträge leisten.

Deshalb erucht die heutige Versammlung die Regierung, die Majoritätsbeschlüsse der Generalversammlung des Knappschaftsverbandes nur als Willensäußerung der Werkbesitzer zu bewerten und nicht auch als Meinung der Arbeiter.

Die heutige Generalversammlung erucht die preussische Regierung, alle auf Verschleppung und Hintertreibung der Knappschafts-lassenreform hinielenden Anträge, Petitionen und sonstige gedruckten Wünsche der Werkbesitzer energisch abzuwehren und eine gründliche Kassenreform auf folgender Grundlage den gesetzlichen Körper-schaften vorzuschlagen:

- 1. Vereinigung des Knappschaftswesens; deshal Verbot der Gründung neuer Vereine und Nebenstellen; zwangsweise Verzeichnung der kleinen und leistungsunfähigen Vereine eines Reviers. Das Ziel muß sein: einheitliches Knappschafts-fasse, einheitliche Versicherung für das ganze Reich.
2. Einheitliche Beiträge der Arbeiter und der Werkbesitzer; wo dies nicht, da Verweisung der Rechte in der Verwaltung zc. nach den zu erfüllenden Pflichten.
3. Erhöhung des Krankengeldes auf 1/2 des durchschnittlichen Lohnes der betr. Arbeiter; maßgebenden Einfluß der Mitglieder bezw. ihrer Vertreter (Vertreter) bei der Anstellung des Sanitätspersonals (Wärter, Heilgehilfen, Apotheker zc.).
4. Aufhebung der sogenannten Unfähigkeit (mit rückwirkender Kraft) ohne statutarische Einschränkung; Fortfall jeder Massen-einteilung der Mitglieder.
5. Erhöhung der Invalidenpension, Witwen- und Waisengelder auf ein Maß, durch das den Ansprüchen auf eine anständige Lebensführung entsprochen werden kann; Verbot der Anrechnung irgend welcher Renten auf die Knappschaftsleistungen, so lange die Gesamtsumme der bezogenen Renten 600 M.

pro Jahr nicht übersteigt. Nach Ableistung von 1300 Wochenbeiträgen muß auf Antrag des betreffenden Arbeiters ihm die Invalidenpension unbedingt bewilligt werden.

6. Gesetzliche Einführung von Gegenseitigkeits-Verträgen zwischen allen Knappschaftsvereinen als Uebergangsstadium zur einheitlichen Versicherung für das ganze Reich; die Gegenseitigkeitsverträge müssen den Mitgliedern die Sicherung der in irgend einem Knappschaftsverein des Reiches erworbenen Pensionsansprüche zc. gewährleisten durch Vorsehrift der wechselseitigen Verrechnung. Der Rechtsgrundlag: Wo Pflichten zu erfüllen sind, da müssen auch die dadurch erworbenen Rechte erhalten bleiben, muß endlich einmal unbedingt auch im Knappschaftswesen gesetzlich anerkannt werden.

7. Rückzahlung ihrer Beiträge an solche Kassenmitglieder, welche länger als 300 Wochen Beiträge gezahlt und aus der Kasse ausgeschieden, ohne zu einem andern Knappschaftsverein überzutreten.

8. Gesetzliche Vorsehrift des geheimen, unmittelbaren Wahlverfahrens bei allen Arbeitervertreter-Wahlen; zu Arbeitervertretern dürfen nur Mitglieder, eingeschlossen invalide und freiwillig steuernde, gewählt werden, damit die Arbeiter endlich des ihnen rechtlich zustehenden Anteils an der Verwaltung der Knappschaftsvereine auch teilhaftig werden.

Indem wir den Vorstand unseres Verbandes beauftragen, diese Resolution einem hohen Ministerium für Handel und Gewerbe zu übermitteln, geben wir uns der Hoffnung hin, daß endlich die Regierung ernst macht mit einer gründlichen Reform unserer Knappschaftsvereine. Wenn in der Versammlung des mehrgenannten „Knappschafts-Verbandes“ einige Werkbesitzer unterhöhlen sich äußerten, sofern selbst die von dem Herrn Regierungskommissar befürworteten Vereinsreformen Gesetzkraft erlangen sollten, wäre es besser, die Knappschaftsvereine überhaupt aufzulösen, so erklärt die heutige General-Versammlung als Vertretung von 75 000 Knappschaftsmitgliedern:

Wenn die Ansicht der betreffenden Werksherren an der entscheidenden Stelle zum Siege gelangen sollte, dann liegt es im Interesse der Arbeiter, daß die Knappschaftsvereine aufgelöst und ihre Mitglieder lediglich den durch Reichs-Gesetzgebung geschaffenen Versicherungsinstituten zugewiesen werden.

Resolution für Vereinsfreiheit.

Die in Stadthagen tagende 15. Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes erklärt als Vertretung von 75 000 Kameraden: Angehts der in jüngster Zeit mit besonderer Festigkeit betriebenen Scharfmacherhege gegen die heute noch recht kümmerlichen Arbeiterrechte halten wir es für im Volksinteresse liegend, ausdrücklich zu fordern: Nicht noch mehr Einschränkung, sondern völlige Befreiung des Vereinsrechts von allen Schranken! Denn nur eine starke Organisation der Arbeiter ist in der Lage, den mächtig sich entwickelnden kapitalistischen Syndikaten und Kartellen die Spitze zu bieten zum Wohle des ganzen ausgebeuteten Volkes. Ferner fordern wir die Rechtshähigkeit der Gewerkschaften und die obligatorische Anerkennung von Arbeiterausschüssen, damit die Arbeiter gesetzlich anerkannte Organe zu ihrer Vertretung besitzen. Schließlich fordern wir die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamts und von Arbeiterämtern, da wir in diesen das beste Mittel sehen, am schnellsten auch für den Vergbau zu dem Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen (Tarifen) zu kommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist: Die internationale Bergarbeiterbewegung. Der Referent Partenkirchner führt aus: Das Kohlenyndikat und andere Unternehmer-Organisationen haben sich über das ganze Festland ausgebreitet. Ihnen muß sich die Arbeiterbewegung international organisiert gegenüberstellen. Seit dem ersten internationalen Bergarbeiterkongreß, der auf Anregung der Federation of miners 1890 in Jolimont stattfand und Deutschland durch Ludwig Schröder vertreten sah, haben 14 internationale Kongresse den Achtstundentag, den Minimallohn, das Verbot der Frauennarbeit im Vergbau, Pensionslofen und Unfallversicherung gefordert. Die organisierten Vergleute haben sich näher kennen gelernt, haben die Grundlagen des internationalen Arbeiterschlusses festgelegt. Aber eine wirklich internationale Vereinbarung über gemeinsames Vorgehen ist nicht erzielt worden. Nur mit Oestreich, aber mit diesem außerhalb der internationalen Kongresse. Wie hohen Wert selbst diese begrenzte Vereinbarung hat, hat der Sympathiestreit von 1900 gezeigt. Um diese aber wirklich international zu machen, fordern wir die Errichtung eines internationalen Sekretariats, das in ständiger Korrespondenz mit den nationalen Sekretären stehen soll. Diese sollen von Zeit zu Zeit je nach den Umständen zu Konferenzen zusammenzutreten. Eine solche Einrichtung haben wir Deutsche schon immer angestrebt; doch ist ihre Schaffung bisher am Widerstande der Franzosen, Engländer und Belgier gescheitert. Wir müssen ja an dem diesjährigen internationalen Kongreß in Paris schon deshalb teilnehmen, weil die Amerikaner zum erstenmal teilnehmen. Wir müssen aber unsern Antrag wiederholen und hoffen, daß er endlich Annahme finden wird.

In der Diskussion hebt Hue hervor, daß die internationalen Kongresse zur Romodie ausarten, wenn sich nicht endlich dauernde Einrichtungen der Verständigung schaffen ließen. Der verdorbene englische Gewerkschaftsführer Benjamin Picard habe sie bisher verhindert, so große Verdienste er sonst um die Bergarbeiterbewegung habe. Auf dem Pariser Kongreß könne man hoffen, mit Hilfe des amerikanischen Bergarbeiterführers Michell die Mehrheit zu erlangen.

Eine Resolution, die dem Referat zustimmt und den Vorstand ermächtigt, die finanziellen Mittel der Organisation für die Pflege der internationalen Beziehungen in Anspruch zu nehmen, wird einstimmig angenommen.

Unter „Verschiedenen Anträgen“ wird beschlossen, auf dem nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongreß ein Gegenseitigkeitsverhältnis aller Gewerkschaften vorzuschlagen, nach dem bei Uebertritt aus einem Verband in einen andern die Karenzzeit fort-fallen soll.

Ein weiterer Antrag fordert, Stellungnahme des Verbandes zur Waiserei. Husemann greift Hue an, weil er Waisereiarbeit in der „Vergarbeiterzeitung“ unterdrückt habe. Hue spricht seine Meinung dahin aus, daß der Pariser Beschluß den Bergarbeiter-Verband als selbständige Organisation, die nicht dafür eingetreten sei, gar nichts angehe. Die übergroße Majorität der Arbeiter bestreitet die Waiserei in der jetzigen Form für verfehlt. Die großen Gewerkschaften würden durch die ihr folgenden Ausperrungen auf Jahre zurückgeworfen. Auch der Beschluß in Amsterdam werde für den Vergarbeiter-Verband nicht verpflichtend sein, so nahe der Redner ihm als Socialdemokrat stehe. Sasse hält Hue vor, daß er auf der Kasseler Generalversammlung feierlich versprochen habe, die Waiserei künftig gebührend zu würdigen. Die Vergarbeiter hätten in Paris ebenfalls für die Waiserei gestimmt. Dagegen Beschlüsse müsse sich auch der sonst unfehlbare Paps Hue fügen. (Geisterleit und Beifall.) Hue: Die Versammlung könne beschließen was sie wolle, er könne nicht gegen seine Ueberzeugung schreiben. Die Demokratie verlange nicht, daß alles in die Schablonen hineingepreßt werde. Nachdem Potorozh festgesetzt, daß Hue jedes Jahr zur Waiserei gesprochen habe, werden Hues Ausführungen einstimmig gemißbilligt.

In den Vorstand werden Sasse und Schröder als Vorsitzende, Horn und Böhm als Kassierer, Hanemann und Fischer als Schrift-führer gewählt. Nachdem die Wahlen für den weiteren Ausschuß und die Kontrollkommission vollzogen sind, werden zum Gewerkschaftskongreß sechs Delegierte gewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1905 in Berlin statt. Am 1/7 Uhr schließt Sasse mit herzlichen Dankesworten und herzlichem Glückwünschl den Kongreß.

5. Internationaler Handschuhmacher-Kongress.

Stuttgart, 23. Mai 1904.

Vor Eröffnung des Kongresses begrüßt Kiepeloh die ausländischen Kollegen namens des deutschen Verbandes, indem er darauf hinweist, daß seit Gründung der internationalen Vereinigung der Handschuhmacher zwölf Jahre verstrichen seien.

In das Bureau werden für die ganze Dauer des Kongresses Wadner und Krau als Vorsitzende gewählt. Ferner wird beschlossen, daß jede Nationalorganisation nur eine Stimme haben soll. Deutschland soll aber in Anbetracht seiner großen Mitgliederzahl zwei Stimmen haben, wie dies auch auf den früheren Kongressen üblich war.

Anderfson wünscht eine ausführliche Berichterstattung an den „Vorwärts“, damit die skandinavische Arbeiterpresse aus diesem den Verlauf des Kongresses entnehmen könne.

Hierauf erlattet Marshall den Geschäftsbericht des Sekretariats, das eifrig bestrebt war, seinen Pflichten nachzukommen. Nach der Absetzung des früheren Sekretärs habe sich in Brüssel eine Zerplitterung unter den Kollegen bemerkbar gemacht. In einigen Ländern ist die Organisation zurückgegangen, und sei im allgemeinen die Lage ungünstiger als zur letzten internationalen Tagung 1900 in Paris. Der Kollege Verhaert arbeite in Frankreich mit großem Eifer und Hingebung; er leiste im „Gantier“ sein Bestes. In Frankreich leide die Organisationsarbeit aber unter dem schlechtesten Geschäftsgang, der viele Kollegen mißmutig mache.

In Mailand bestehe wieder eine Organisation, und diese habe Aussicht, sich zu einem Landesverband auszugestalten. In den weiteren Ausführungen giebt Redner einen kurzen Überblick über die Lage der Organisationen der auf dem Kongress vertretenen Länder und weist besonders darauf hin, daß es notwendig sei, in Böhmen sowie Skandinavien die Zahl der Lehrlinge auf ein vernünftiges Maß zu beschränken; in Belgien sei dies durch Einführung einer fünfjährigen Lehrzeit erreicht worden. Eine bessere Tätigkeit hätte das Sekretariat bei der ungünstigen Lage und seinen beschränkten Mitteln nicht entfalten können. Die Vergütung, welche er als Sekretär bezogen habe, betrage monatlich 20–30 Frank, während der frühere fest angestellte Sekretär pro Monat 45 Frank bei weniger Arbeit erhalten habe. Marshall giebt der Meinung Ausdruck, daß das internationale Sekretariat mit seiner jetzigen mangelhaften Organisation nicht weiter bestehen könne. Jedoch es ließe sich ohne bedeutende Geldopfer eine Verbesserung herbeiführen; in Brüssel sei man dafür, das Sekretariat ständig zu machen.

Es folgen nun die Berichte der Delegierten.

Kiepeloh berichtet über die Entwicklung des deutschen Verbandes, der in den letzten Jahren große Opfer bringen mußte. Die Organisation konnte in dieser Zeit alle ihre Kräfte lediglich dazu verwenden, das in früheren Jahren für die Gehilfen Errungene zu erhalten. Mit einigen Ausnahmen konnten die Arbeitslöhne in ihrer Höhe erhalten bleiben, doch war dies nur mit den ungeheuersten Opfern möglich. Vom Oktober 1900 bis Ende 1902 mußte in 4400 Arbeitslosenfällen für 129 300 Tage Unterstützung ausbezahlt werden, wozu noch für 48 000 Tage die Streikunterstützung gezahlt werden mußte. Das Verbandsvermögen von fast 100 000 M. wurde nebst den durch Extrasteuern erhöhten Einnahmen aufgebraucht, ja, es mußten noch Anleihen aufgenommen werden. Ein geringer Teil der Mitglieder sei verloren gegangen und ist heute noch nicht der Höchstbestand vom Jahre 1900 erreicht worden. Die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, sei nicht gelungen. Redner bespricht in längeren Ausführungen die Einrichtungen des Verbandes, dem 75 Proz. der männlichen Berufsgenossen angehören. Der deutsche Verband bestrebe jetzt 35 Jahre, er sei der Stolz der deutschen Kollegen, doch hätten diese nichts dagegen, wenn sie von den Kollegenorganisationen des Auslandes überholt würden.

Kirchweber meint, daß wenn schon Deutschland über die Einführung der Krise auf die Organisation zu klagen habe, dies für Österreich in viel stärkerem Maße der Fall sei. Die Zahl der Berufsgenossen sei im „Handschuhmacher“ zu hoch angegeben, insbesondere für Prag. Genaue Zahlen könne er auch nicht beibringen, jedoch sind von rund 4000 Berufsgenossen nur 800 organisiert. Die größte Zahl der unorganisierten entfalle auf Prag, wo von 1800 bis 1700 Kollegen etwas über 300 organisiert sind. Allerdings gehöre die gleiche Zahl Kollegen der tschechischen Nationalorganisation an. Hindernis siehe auch der Nationalitätenhader der Agitation im Wege. Aus Sparmaßnahmen wurden der besoldete Beamtenposten aufgegeben und haben sich die Kollegen in Prag bereit erklärt, die Verwaltungsarbeiten ohne Entgeltung zu verrichten. Die Arbeiterinnen gehören der Organisation nicht an und es fällt schwer, sie bei ihren Hungerlöhnen dieser zuzuführen.

Troch kann ein etwas besseres Bild von der Geschäftslage in Brüssel geben. Ob dies lange so bleiben werde, sei zweifelhaft. Grange klärt die Uneinigkeit, welche er angestiftet hat; es wurde ein zweites Schlichtung durch dessen Anhänger gegründet. Die Zahl der Berufsgenossen ist seit 1900 von 850 auf 750 zurückgegangen; die meisten Kollegen gehören der Organisation an.

Gilmer: Dänemark ist aus einem exportierenden Lande ein importierendes geworden. Waren, die man früher selbst herstellte, beziehen jetzt die Handschuhfabrikanten fertig aus Böhmen, das infolge seiner niedrigen Löhne sehr billig liefert. Die Gehilfenzahl geht zurück, weil viele Leute den Beruf verlassen. Gegenwärtig habe Dänemark nur 150 Gehilfen, von denen 125 der Organisation angehören. Die Arbeiterinnen wollen dieser nun ebenfalls beitreten. In Norwegen seien nur einige 30 Gehilfen vorhanden, denen der Lohn stark gekürzt wurde. Der Geist der nordischen Kollegen sei ein guter.

Verhaert giebt einen Rückblick bis zum Jahre 1898, zu welcher Zeit der „Gantier“ von Brüssel nach Paris verlegt wurde. Damals haben die internationalen Sektionen 1500 Fr. aufgebracht, um den „Gantier“ und die Organisation in Frankreich in die Höhe zu bringen. Die Angelegenheit Grange hat ihre nachteiligen Folgen gehabt. In Frankreich war es nur eine kleine Minderheit, welche die Vorteile der nationalen wie internationalen Vereinigung begriff. Auf die Zukunft setzen selbst die besten Kollegen wenig Hoffnung. Auf dem ersten Nationalkongress der Kollegen Frankreichs zu Paris wurde die Grundlage für den französischen Verband geschaffen. Er bedurfte einiger Zeit, um den Anschluß an die internationale Vereinigung vollständig durchzuführen, schließlich habe aber das Resultat der Agitation doch die Erwartungen von 1898 übertroffen. Die Durchführung des auf dem Kongress von Mailand 1902 beschlossenen Minimalbeitrags von 1 Fr. pro Monat mache einige Schwierigkeiten. Die Deutschen müssen Rücksicht nehmen auf die Eigenheiten ihrer Brüder in Frankreich. Es sei dort schwer, der Centralorganisation Anhänger zu gewinnen, doch gehe es, wenn auch langsam, vorwärts.

Es ist bedauerlich, daß es der Raum des „Vorwärts“ nicht erlaubt, den Bericht des Genossen Verhaert ausführlich zu bringen. Was Verhaert ausführte, zeigt im Kleinen die Schwierigkeiten, welche in Frankreich der gewerkschaftlichen Organisation im Wege stehen. Die Möglichkeit, sich zu organisieren, ist da, aber die Ansichten über den Wert der Gewerkschaften sind ebenso eigenartig wie verschieden. Die Zerplitterung der politischen Arbeiterpartei ist auch ein Hindernis für die Ausbreitung und Festigung der Gewerkschaften.

Krau kann von Luxemburg besseres melden. Dort habe man von der Krise nichts bemerkt, im Gegenteil wurden noch ausländische arbeitslose Kollegen untergebracht. Eine Kranken-Zusuchtkasse wurde gegründet; von der Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung nahm man Abstand. Eine solche wird jetzt von der Stadtgemeinde geplant. Diese habe 3000 Fr. zu diesem Zwecke deponiert, die Unterstützung erhalten aber nur organisierte Arbeiter. Dem Verbands gehören in Luxemburg alle Kollegen an; mit unorganisierten wird überhaupt nicht zusammen gearbeitet.

Anderfson geht in seiner Berichterstattung zurück bis zur Gründung der Handschuhmachervereine in Schweden vor 30 bzw. 20 Jahren. Seit 1890 haben sich die Vereine zu einem Verband zusammengeschlossen, der alle Berufsgenossen umfaßt. Der Organisationsgedanke würde in Schweden stark durchgeführt. Scheidet ein Kollege aus der Organisation, so muß er beim Wiedereintritt alle Beiträge nachbezahlen. Die Lehrlingszahl nehme in Schweden ab,

deren Bezahlung sei im Lohnsatz durch die Organisation vorgelesen. Unter der Einfuhr böhmischer Handschuhe haben auch die Kollegen in Schweden zu leiden. Jetzt gehe man daran, die Beiträge zu erhöhen und die Unterstützungsleistungen zu verbessern.

Nach Verlesung der Begrüßungstelegramme erfolgte Schluß der Sitzung abends 7 Uhr.

15. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Hannover, den 24. Mai 1904.

Erster Verhandlungstag.

Nachmittags-Sitzung.

Nach der Mittagspause beginnt die Debatte über die Einführung der Arbeitskammer. Als erster hat Meyer-Düsseldorf (Metallarbeiter) das Wort. Er will keine Arbeitskammern auf paritätischer Grundlage, sondern Arbeiterkammern, da er glaubt, daß durch die reine Arbeitervertretung die Interessen der Arbeiter besser gewahrt werden können. In Gegenwart seiner Arbeitgeber werde auch der energischste Arbeiter durch das Gefühl der Unterordnung beeinflusst. — Eibel-Stubiluja (Stuhlarbeiter) tritt gleichfalls für die Errichtung von Arbeiterkammern ein. Eine Arbeitskammer im Sinne der Resolution würde einfach zur Entlassung der Arbeiter führen, die sich dem Arbeitgeber in dieser gesetzlichen Arbeitervertretung zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer energischer entgegenstellten. Nicht auf dem Boden der Theorien, sondern auf dem der Wirklichkeit müsse man sich stellen. Nur dann, wenn das freie, unbeschränkte Koalitionsrecht den Arbeitern garantiert würde, hätte auch die Arbeiterkammer einen Wert. — Träger-Berlin (Kaufleute) glaubt nicht, daß ein Unterschied zwischen Arbeits- und Arbeiterkammer ist. Ob Arbeiter allein oder mit den Arbeitgebern tagen, sei schon deshalb gleich, weil die Verhandlungen der Kammern in der breiten Öffentlichkeit bekannt werden müßten. Nur dann habe überhaupt die Kammer und ihr Wirken Wert. Es dürfe auch nicht jeder Stand seinen einseitigen Standpunkt wahren. Wenn die Arbeiterkammern an die Gewerbegebiete angegliedert werden sollten, so fordere eine Arbeitskammer angegliedert werden solle. Der Vorsitzende giebt einen Antrag bekannt, wonach in der Resolution an allen Stellen für „paritätische Arbeitskammer“ gesetzt werden soll: „reine Arbeiterkammer“. Der Antragsteller Ziegler-Düsseldorf begründete diese Forderung mit ziemlich den gleichen Argumenten wie Meyer vor ihm.

Ein weiterer Antrag Träger und Genossen fordert, der Entschlichung Goldschmidt-Dornblüth hinzu zu fügen nach den Worten „die staatlichen Betriebe“; und das Handelsgewerbe hinsichtlich aller Angestellten des Handelsgewerbes; ferner zu streichen vor dem Worte „Arbeiterinnen“ die Worte: „in der Industrie beschäftigten“. Der Referent Goldschmidt stellte sich seinerseits auf den Standpunkt, daß hier die Praxis in dem Erreichbaren liege, das sei die Arbeitskammer, während die Theorie die Arbeiterkammer, das vorläufig Unerreichbare, sei. Es bedeute die Stellung Ziegler und Meyers eine Verchiebung der bisherigen Grundzüge der Gewerksvereine, ein Hineinbringen in den sozialen Klassenkampf.

Reusfeldt-Striegau (Metallarbeiter) verlangt dagegen Arbeiterkammern, weil der Arbeiter sich selbst mehr in den Vordergrund stellen sollte. Nur das, was man dem Unternehmer abringe, werde erreicht. Meyer-Düsseldorf (Metallarbeiter) verpflichtet ihm bei. Selbst ein Mann, wie Sekretär Trabert vom Gewerbeverein der Maschinenbauer sei von dem Standpunkt der Harmonie zurückgekommen und habe längst erklärt, man müsse alles dem Unternehmer abringen. Es sei falsch, immer hinter dem Unternehmertum her zu laufen. Auch Jordan-Berlin (Metallarbeiter) vertritt diese Anschauung. Die Arbeitgeber gewährten nur dann gezwungene Zugeständnisse, wenn eine starke Organisation hinter den Forderungen stehe. Eibel-Stubiluja (Stuhlarbeiter) schließt sich dem an.

Nachdem auch Schumacher-Düsseldorf (Tischler) sich den Vorrednern angeschlossen hatte, widersprach ihnen Träger und Sommer-Berlin (Kaufleute). Die Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei immer noch erstrebenswert. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt und es kamen darauf noch eine Zahl von Rednern für und wider die zu Tage tretenden Anschauungen. Bemerkenswertes bot nur die Rede Dornblüth, der u. a. darauf hinwies, welcher Gegensatz zwischen dem Standpunkt „reiner Arbeiterkammer“ und der Forderung von Tarifverträgen hervortrete.

In seinem Schlußwort führte der Referent Goldschmidt aus, daß er erklaute sei, jetzt bei den Gewerksvereinen solche Anschauungen kennen zu lernen. Die Socialdemokratie dränge immer mehr von dem allerkräftigsten Standpunkte ab und verlange paritätische Arbeitsnachweise, paritätische Schlichtungskommissionen und Tarifverträge. Der „Alte freundliche Standpunkt“, um einmal so zu sagen, den die Gewerksvereine bis jetzt stets eingenommen hätten, sei von den Gegnern oft angegriffen worden. Jetzt aber gingen die Gewerksvereiner fast über die Forderungen der Socialdemokratie hinaus. Er bitte daher, man wolle beschließen, an dem bisherigen gesunden Standpunkte festzuhalten. Es sei das Richtige, Arbeitskammern mit paritätischer Besetzung zu fordern. Man solle nur nicht glauben, daß die Gewerksvereiner sich und Stimme in den Arbeitskammern erhalten würden. Das würde nur für die Socialdemokraten der Fall sein.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag „Arbeiterkammern“ statt „paritätische Arbeitskammern“ zu legen, ergab die Annahme des Antrages mit 40 gegen 17 Stimmen. Einstimmig wurde der Antrag, die Handlungsgehilfen in die Resolution einzufügen, angenommen. Nachdem damit getrennte Abstimmung der Resolution Goldschmidt-Dornblüth gegenstandslos geworden war, wurde diese durch Affirmation einstimmig angenommen.

Darauf trat der Verbandstag in die Verhandlungen über das zweite Referat des Tages ein: „Arbeiterschutz in der Heimarbeit“. Es erhielt hierzu zunächst Winter-Berlin (Schuhmacher und Lederarbeiter) das Wort. Der Redner stellte fest, daß ein förmlicher Weitauf gegen die Heimarbeit in Szene gesetzt worden sei. Er wolle zunächst feststellen, daß viele Heimarbeiter selbst Gegner dieser Bestrebungen seien. Auch juristisch sei es schwer, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter zu trennen. Das Zwischenmeisterystem sei weit verbreitet. Als Grund für die Heimarbeit selbst sei anzuführen, daß die Arbeiter meist zu schlaff und zu schüchtern seien, mehr zu fordern. Der Korrespondent Wendt-Dresden teilte die, die in der „richtigen Betriebsform“ arbeiteten, in solche, die durch ländliche Fabrikarbeit, und solche, die durch die Arbeiterschutz-Gesetze dort hinein getrieben seien. Eine Verbesserung erwartete er von planmäßiger Verkürzung der Arbeitszeit, nicht von einem Verbot der Heimarbeit.

Gemeinsam legten die Referenten dem Verbandstag folgende Resolution vor:

Die Heimarbeit erschwert den in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Streben nach Verbesserung ihrer Lage und verhindert das Zustandekommen geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverordnungen. Die Heimarbeit wird von vielen Unternehmern nur gefördert, um sich den Anforderungen der Gewerbe-Ordnung und den Arbeiterversicherungs-Gesetzen zu entziehen. Die Heimarbeit erschwert anderen Unternehmern, die ihren sozialen Pflichten nachkommen, die Konkurrenz. Die schädliche Rückwirkung der Heimarbeit auf die Werkstätten- und Fabrikarbeit möglichst zu beheben und auszugleichen, fordert der Verbandstag folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze auf die gesamte Hausindustrie und Heimarbeit.
2. Unterstellung der Heimarbeit unter die Aufsicht der Gewerbe-Inspektoren.
3. Erlass von Vorschriften über die Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsräume in Verbindung mit Wohnungsinspektion.

4. Verbot für Unternehmer, an Fabrik- und Werkstättenarbeiten Arbeit mit nach Hause zu geben.

5. Von allen Heimarbeitern hat der Unternehmer und Zwischenmeister ein Verzeichnis mit Wohnungsangabe für die Gewerbe-Inspektion zu führen.

6. Der Verbandstag richtet an die Staats- und Gemeindebehörden das Ersuchen, bei Submissionsvergaben die Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, mindestens die in Staats- und Gemeindefabriken üblichen Lohnsätze zu zahlen und nicht die Arbeiten durch Zwischenmeister von Heimarbeitern anfertigen zu lassen.

Darauf vertagte sich der Verbandstag auf Mittwoch 8 Uhr.

Schluß-Verbandstag der Konditoren Deutschlands.

Dresden, den 23. u. 24. Mai. (Vollversammlung.)

Vertreten waren 24 Orte durch elf Delegierte. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes zählte der Verband am Schlusse des Jahres 1903 1715 Mitglieder, darunter 400 weibliche. Die Einnahmen in der abgelautenen Geschäftsperiode betragen 37 272 M., die Ausgaben 27 973 M. Sonach bleibt ein Kasseebestand von 11 299 M. Die Mitgliederzahl ist von 812 im Jahre 1901 auf 1715 gestiegen. Die auf dem letzten Verbandstag gehegten Beschlüssen, daß durch Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungsätze der Verband Schäden haben könne, sind unbedrängelt gewesen.

In seinem Referat zum Punkt: Streiks und Lohnbewegungen erwähnt der Verbandsvorsitzende Voell-Hamburg, daß in der Konditor-Branchen die Unternehmer die Gehilfen in ihren Organisationsbestrebungen ebenso zu hindern suchten, wie in anderen Gewerben. Zu viel versprechen dürfe man sich auch von dem Gewerbegeheimrat nicht, wenn dieses als Einigungsamt bei Streikfällen angerufen werde. Sei die Situation günstig, so würde der wahrscheinliche Erfolg stets abgeschwächt, und im umgekehrten Falle verjage meist das Einigungsamt. Auch auf die Konsumvereine dürfe man sich nicht verlassen; denn diese lägen in erster Linie auf die Billigkeit der von den Fabrikanten gelieferten Waren, erst ganz nebenbei würde danach getrachtet, ob die betreffenden Lieferanten auch die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllten. Eine wichtige Aufgabe sei die Gewinnung der weiblichen Kollegen.

An das Referat schließt sich eine längere Debatte, in welcher die Delegierten zugleich kurze Situationsberichte über die Verhältnisse am Orte geben.

Von den zahlreichen zum Streikreglement vorliegenden Anträgen werden die meisten angenommen. Davon sind die wichtigsten: Die Vorstände der Mitgliedschaften haben bei Differenzen ohne Verzug Maßnahmen zu treffen, um möglichst eine Einigung auf gültlichem Wege herbeizuführen. Kommt diese nicht zu stande, so ist dem Centralvorstande sofort Mitteilung zu machen und entscheidet nur dieser über die Arbeitsüberlegung. Ferner wird verlangt, daß bei Angriffsstreiks in geheimer Abstimmung sich drei Viertel der beteiligten Verbandsmitglieder für den Streik entscheiden müssen und daß zwei Monate zuvor der Streik beim Hauptvorstand anzumelden ist. Bei genehmigten Streiks, Ausperrungen etc. erhalten die davon betroffenen Kollegen erst vom achten Tage ab Unterstützung. Diese beträgt für männliche Mitglieder 12 Mark pro Woche und für weibliche 6 Mark. Streikunterstützung sollen nur die Mitglieder beanspruchen können, welche 12 Wochenbeiträge bezahlt haben. Bei Streiks können die örtlichen Verwaltungen Extrabeiträge erheben, doch muß darüber eine geheime Abstimmung erfolgen und müssen mindestens zwei Drittel der beschließenden Versammlungsteilnehmer dafür stimmen. Ist der Beschluß erfolgt, so muß jedes Mitglied diesem nachkommen, im andern Falle erfolgt Ausschluss. Mitglieder, die aus diesem Grunde ausgeschlossen werden, können erst wieder aufgenommen werden, wenn sie die betreffenden Extrabeiträge voll entrichtet haben.

Weiter wird beschlossen, den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ nicht mehr zu liefern, dagegen das Verbandsorgan so auszustatten, daß es den Wünschen der Kolleginnen mehr entspricht.

Zum Punkt „Agitation“ bespricht der Verbandsvorsitzende den Antrag auf Anstellung besoldeter Gauleiter. Er hält die Mittel für nicht ausreichend, nachdem die Erhöhung der Beiträge abgelehnt worden sei. Ein zu diesem Punkt gestellter Antrag auf Erhebung eines Extrabeitrages von 30 Pf. pro Mitglied und Quartal wird abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag, 5 Pf. pro Mitglied und Monat zu erheben, angenommen. Ferner wird eine Gau-Einteilung beschlossen. Die Gauleiter sollen für ihre Tätigkeit angemessen entschädigt werden.

Bei der folgenden Beratung eines Antrags, der in Streikfällen Vereinbarungen mit dem Bäckerverband verlangt, wird wieder die Frage der Verschmelzung beider Verbände erwogen. Man hält aber dafür den Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Verbandsvorsitzende ist der Ansicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr zu einer beruflichen Scheidung beider Gruppen als zu einer Vereinigung führt. Schon dadurch sei die Existenzberechtigung des Konditorenverbandes gegeben. Es wird beschlossen, eine Verständigung über die Stellungnahme bei Streiks mit den Bäckern herbeizuführen.

Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Beruf sollen statistische Erhebungen vorgenommen und das gewonnene Material zur Agitation verwandt werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Sonntag, den 29. Mai, morgens 1/8 Uhr findet in Berlin und den Vororten die Verbreitung eines Flugblattes betreffend den Bäckerstreik statt. Die Genossen treffen sich in den ihnen bekannten Lokalen.

Friedenau-Steglich. Wegen Erkrankung des Genossen Schriftsteller Max Grünwald kann der zweite Vortrag über das Erfurter Programm am Freitag nicht stattfinden. Wann der nächste Vortragabend stattfindet, wird an dieser Stelle bekannt gegeben.

Rummelsburg. Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden erucht, vollständig daran teilzunehmen und sich früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen einzufinden: Werner, Schillerstr. 21; Schulz, Kanthstraße, Ecke Goethestraße; Burgenger, Kanthstr. 44; Tempel, Alt-Vorhagen 56; Wengers, Neue Prinz Albertstr. 17; Jage, Prinz Albertstr. 13/14.

Lokales.

Eine weißkündende, vorsorgliche Verwaltung wird ihr Augenmerk darauf richten, daß sie den Anforderungen, die an sie herantreten können, jederzeit gewachsen ist. Sie wird sich nicht den Bedürfnissen verschließen, deren Befriedigung ihr obliegt, sondern es vielmehr als ihre Aufgabe ansehen, diesen Bedürfnissen möglichst entgegenzukommen.

Das Muster einer solchen Verwaltungsführung sehen wir im Kirchenwesen bei denen, die an der „Vinderung der Berliner Kirchennot“ arbeiten. Sie kommen dem etwa vorhandenen Bedürfnis nach Kirchen nicht nur entgegen, sondern geben mit ihrem Kirchenbauwerk sogar weit über jedes mögliche Bedürfnis dieser Art hinaus. Sie errichten dem ländlichen Berlin Gotteshäuser über Gotteshäuser, obwohl sie nicht einmal an den Hauptfesttagen Gottesfürchtige genug aufzutreiben vermögen, um die geräumigen Hallen zu füllen. Sie sorgen dabei auch für Stabteile, die erst im Werden sind, und stellen draußen, wo Berlin aufhört, zwischen Laubland und Kartoffelfelder als Erstes die Kirche.

Ein Beispiel dieses umsichtigen Eifers haben wir jetzt wieder im Nordosten der Stadt, wo an der Weißwasserstraße die ehemalige Keder der Wogons sich in goldschweres Laubland verwandelt. Die städtischen Behörden haben vor kurzem eine Aenderung des dortigen Bebauungsplanes beschlossen, bei der, nebenbei bemerkt, die Wogons recht gut weg-

gekommen sind. Der abgeänderte Plan ist vorschriftsgemäß der Regierung vorgelegt worden, deren Zustimmung erforderlich ist. Von da ist er, wie verlautet, zunächst dem Konfistorium überwiesen worden, weil dieses wegen einer etwa zu erbauenden Kirche ein Interesse an dem Bebauungsplan hat. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob das Konfistorium in die Gestaltung eines Bebauungsplanes mehr hineinreden hat als irgend ein Privatmann, dessen Grundbesitz dabei in Frage kommt. Uns interessiert im Augenblick nur die durch dieses Beispiel aufs neue bestätigte Tatsache, daß stets und überall für die Beschaffung von Kirchenbauplänen rechtzeitig gesorgt wird.

Wir kennen eine andre Verwaltung, die leider nicht immer die weitblickende Umsicht gehabt hat, die wir hier an den Kirchenbauern bewundern müssen. Die städtische Schulverwaltung Berlins hat lange genug das Verfahren befolgt, in neu entstehenden Stadtteilen erst so spät nach Bauplänen für Gemeindeforschulhäuser auszusuchen, daß sie häufig zu Bedürfnis nach neuen Schulen nur sehr mangelhaft befriedigen konnte und zu dem Notbehelf fliegender Klassen oder gemieteter Schulhäuser greifen mußte. Schon vor einer Reihe von Jahren und seitdem noch oft haben wir der Schulverwaltung und dem Magistrat empfohlen, sich das Verfahren der Kirchenbauern zur Richtschnur zu nehmen. Wir haben darauf hingewiesen, daß z. B. im Viehhofsviertel, dessen überflüssige Samarkiterstraße auf freiem Felde errichtet wurde, aber die notwendigen Schulhäuser leider erst sehr viel später nachfolgten. Eine Verwaltung, die lange zaudert, darf sich nicht wundern, wenn sie dann den plötzlich an sie herantretenden Ansprüchen nicht gewachsen ist. Die Schulnot, die besonders im Osten der Stadt viele Jahre hindurch geherrscht hat und auch jetzt noch nicht ganz behoben ist, muß jenem Mangel an Umsicht auf Konto gesetzt werden. Und in andern Stadtteilen ist die Schulnot, die sich dort in ähnlicher Weise fühlbar gemacht hat, durch einen ähnlichen Mangel an Umsicht verschuldet worden.

Früher hat man uns immer erwidert, es lasse sich nicht vorher beurteilen, wo eine Gemeindeforschule gebraucht werde. In der Stadtverordneten-Versammlung und in bürgerlichen Klättern wurde aus einandergesetzt, wie die Bevölkerung fluktuiert, wie bald da, bald dort unerwartet ein Bedürfnis nach mehr Klassen und neuen Schulen auftrete. Wir haben diese Ausrede oft als das gekennzeichnet, was sie ist — als kompletten Unsinn. Inzwischen hat ja auch die Gemeinde tatsächlich ein andres Verfahren eingeführt. Die Schulverwaltung ist heute mehr als sonst darauf bedacht, in neuen Stadtteilen zeitigen die Errichtung neuer Schulen anzuregen, und der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung suchen die erforderlichen Grundstücke rechtzeitig in städtischen Besitz zu bringen. Was früher „nicht gehen“ sollte, geht nun mit einem Mal!

Man sieht hier wieder einmal, daß Juden schließlich doch hilft. Der Heberer freilich, der die Kirchenbauern befehlt, liegt unsren Schulbauern auch jetzt noch fern genug. Noch immer halten die Kirchenbauern den Rechtsgleichheits-Nelord, noch immer dürfen sie in dieser Beziehung den Schulbauern als nachahmenswertes Muster hingestellt werden.

Die Verlängerung der Polizeistunde

hat der Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und Umgegend, der 24 Vereine umfaßt, in einer Petition an das Polizeipräsidium nachgesucht. Der Polizeipräsident wird darin gebeten, den Unterschieden in der Handhabung der Berliner Polizeistunde durch Einführung einheitlicher Grundzüge und vor allem einer einheitlichen Polizeistunde bis 1 Uhr nachts ein Ende zu machen. Es heißt in der Begründung: „Die für die Mehrzahl der Berliner Wirtschaften noch heute geltende Polizeistunde von 11 Uhr abends kann als eine zeitgemäße nicht mehr angesehen werden. Die ungeheuren Umwälzungen, welche das wirtschaftliche und Verkehrsleben in Berlin in den letzten Jahrzehnten erfahren hat, sind auch für den Wirtschaftsbesuch und die für diesen in Betracht kommenden Zeiten von so einschneidender Bedeutung geworden, daß um diejenige Zeit, zu welcher jetzt die meisten Berliner Wirtschaften schließen müssen, nämlich um 11 Uhr abends, gerade der regle Verkehr sich zu entwickeln pflegt. Wir weisen in dieser Beziehung beispielsweise nur darauf hin, daß ein erheblicher Teil des Publikums das Wirtschaftshaus erst nach Schluß der Theater, Konzerte und ähnlicher Veranstaltungen aufzusuchen pflegt, daß aber diese Etablissements ihre Porten nicht vor 10 Uhr schließen; ferner darauf, daß das Berliner Publikum sich überhaupt daran gewöhnt hat, die Wirtschaftshäuser erst in den vorgezeichneten Abendstunden aufzusuchen, auch wenn es nicht gerade vorher die vorgenannten Veranstaltungen besucht. ... Die wirtschaftlichen Vorteile des von Jahr zu Jahr sich immer steigenden Abend- und Nachtverkehrs der Hauptstadt können nur einer Minderzahl bezugszogener Gastwirte, welche mindestens eine Polizeistunde bis 1 Uhr nachts haben, zu gute. Die übrigen Wirte gehen hierbei leer aus, vor allem diejenigen, deren Geschäftsbetrieb bis 11 Uhr abends beschränkt ist, und hierzu gehört, wie gesagt, die Mehrzahl der Wirte. Um diesem unbefriedigenden Zustande, durch welchen fortgesetzt in den Kreisen der zurückgesetzten Wirte Unzufriedenheit und Verbitte- rung genährt werden, ein Ende zu machen, giebt es unserer Ansicht nach nur ein Mittel und dies besteht darin, die allgemeine Polizeistunde für Berlin nach dem Beispiele anderer Großstädte, wie z. B. Hamburgs, bis um 1 Uhr nachts zu verlängern.“

Es ist man zum Unterschied von manchen Vororten in Berlin auch davon abgekommen, die frühe Polizeistunde als Strafe für solche Wirte anzusehen, die ihre Räume zu Arbeiterversammlungen hergeben, so richtet sich die polizeiliche Maßnahme doch wesentlich gegen die Lokale, in denen die minder bemittelte Bevölkerung verkehrt. Die Polizei sichtet sich in diesem Falle als moralische Anstalt, duldet aber, daß Institute vom Schlage des Café National bis in die Morgenstunden hinein geöffnet sind. Mag es nun auch immerhin schmeichelhaft für die Arbeiterschaft sein, daß die Polizei sie mit Beihilfe der frühen Polizeistunde sittlich zu läutern hoffte, wegen der Behörde das bürgerliche Publikum offenbar für unverbesserlich hält, so sollte man am Alexanderplatz endlich auch nach den Früchten solchen Läuterungsprozesses Sehnsucht tragen. Entweder hat die Zwangsmahregel die Arbeiterschaft in den langen Jahren so tugendhaft gemacht, daß die frühe Polizeistunde überflüssig geworden ist oder diese Polizeistunde erwies sich in ihrer Wirkung auf das Proletariat ebenso indifferent wie der Bourgeoisie gegenüber und ergab die für die honette Gesellschaft gewiß erfreuliche Tatsache, daß sie im Kaiser Gefährten hat und das Proletariat um nichts besser ist als sie. Wie also immer die Tugend bei der bisherigen Polizeistunde abgeknippen hat, auf alle Fälle ist die Ueberflüssigkeit dieser Frühwache erwiesen.

Das Wahlbureau des Magistrats hat im Etatjahr 1903/04, über das es jetzt seinen Bericht erstattet, ungewöhnlich viel Arbeit gehabt, weil drei Wahlen — zum Reichstag, zum Landtag, zur Stadtverordneten-Versammlung — vorzubereiten waren. Aber auch die regelmäßigen Arbeiten, die hauptsächlich in der Führung und laufenden Berichtigung der Liste stimmfähiger Bürger bestehen, haben diesmal erheblich an Umfang zugenommen. Im letzten Etatjahre gingen dem Wahlbureau von der Polizei 1749 800 Meldungen, 945 724 Anmeldeungen, 700 464 Abmeldeungen, 13 081 Anzeigen über Verstorbene, 532 820 dieser Meldungen betrafen männliche über 24 Jahre alte Personen und waren daher vom Wahlbureau auf die Personblätter wahlberechtigter Einwohner zu übertragen. Für die nach Berlin angezogenen wahlfähigen Personen und für die in das wahlfähige Alter eingetretenen Berliner mußten 90 346 neue Personenkarten angefertigt werden, während im vorletzten Jahre aus den-

selben Gründen nur 83 370 neue Personenkarten hinzugekommen waren. Andererseits mußten für die von Berlin weggezogenen Personen wahlfähigen Alters und für die durch Tod ausgeschiedenen wahlfähigen Berliner im letzten Jahre 72 867 Personenkarten, im vorletzten 88 348 Personenkarten ausgesondert werden. Der Unterschied zwischen den neu angefertigten und den ausgesonderten Karten giebt den Zuwachs an wahlfähigen Bürgern. Dieser stellte sich im letzten Jahre auf 17 489 Personen, während er im vorletzten nur 15 027 Personen betragen hatte. Die recht erhebliche Steigerung des Zuwachses erklärt sich hauptsächlich aus der Vermehrung der Zugzüge, die in Berlin wieder eingetreten ist.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat ihren Jahresbericht für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr herausgegeben. Es liegen sich in dieser Zeit 76 Damen und 688 Herren als Mitglieder einschreiben; der politischen Organisation gehörten davon 33, der gewerkschaftlichen 231, beiden Organisationen 285 an; bei 165 Mitgliedern fehlten die Angaben. Es wurden Vorlesungen gehalten über Nationalökonomie, Geschichte, soziale Gesetzgebung und Arbeitung; für den Geschichtsunterricht wurden im letzten Quartal 205 Hörerarten ausgegeben, für Redebildung 150, für den Unterricht in Nationalökonomie und soziale Gesetzgebung 68 und 66. Im großen ganzen bezeichnet die Arbeiter-Bildungsschule ihr verfloßenes 13. Geschäftsjahr als kein erfreuliches. Es heißt in dem Bericht:

„Die Hoffnungen, welche wir am Schluß unsres vorjährigen Berichtes glauben aussprechen zu dürfen, haben sich nicht in dem Maße erfüllt wie es erwartet wurde. Würde seitens der Arbeiter-Schule diejenige Unterstützung zu teil, die nun einmal notwendig ist zu ihrem Gedeihen und weiterer Fortentwicklung, es würde besser um sie bestellt sein. Leider aber stehen viele teilnahmslos diesen Bestrebungen gegenüber. Das muß anders werden. Es wird jedem auffallen, daß ein solches Institut eine so geringe Mitgliederzahl aufweist. Hier sollte jeder, der ernsthaft befreit ist, mitzuhelfen an der Ausbreitung von Wissen und Bildung, dafür sorgen, daß ihr mehr Mitglieder zugeführt werden; je größer die Mitgliederzahl, um so mehr wird das Ansehen der Schule steigen, um so größer kann die Wirksamkeit derselben sich gestalten. Hoffentlich werden diese Schwierigkeiten in absehbarer Zeit durch eine rege Tätigkeit und eine planmäßige Agitation überwunden werden. Ob es dann gelingen wird, alles das zur Ausführung zu bringen, was von den Mitgliedern gewünscht wird, hängt hauptsächlich von den finanziellen Unterstüzungen ab, die der Schule zu teil werden.“

Dem Berufe nach sind am stärksten die Tischler mit 87 Mitgliedern in der Arbeiter-Bildungsschule vertreten, dann folgen die Buchdrucker mit 45, die Schloffer mit 44, die Arbeiter mit 33, die Handlungsgehilfen mit 29, die Maler mit 26, die Schneider mit 25 Mitgliedern usw. Vier Studenten, zwei Rechtsanwält, zwei Stenographen, ein Arzt, ein Journalist und ein Schriftsteller gehören der Schule als Mitglieder an. Das Schullokal befindet sich im Gewerkschaftshause, Engelfufer 15.

Die Hochbahn bis Bichelsberge. Offenbar inspiriert meldet eine hiesige Korrespondenz: „Für die Weiterführung der elektrischen Stadtbahn von Charlottenburg nach der Kolonie Westend interessiert sich auch der Fürstbischof selbst, der im Anschluß an die genannte Villenkolonie ausgedehntes Gauerterrain besitzt, das sich bis an die Havel bzw. den Stöhensee erstreckt. Um dies Terrain der Bebauung alsbald zu erschließen, ist es natürlich notwendig, daß zunächst die Fortführung der Unterpflasterbahn Anie-Wilhelmsplatz bis nach Westend gesichert erscheint und sodann, daß diese Linie um etwa vier Kilometer bis an die Havel (Bichelsberge) verlängert werde. Im Verhältnis zu seinem Interesse an Bau dieser Schnellbahn-Verbindung beziehungsweise ihrer Verlängerung bis zu dem forstkolonialen Terrain wird der Fürstbischof natürlich einen entsprechenden Zuschuß zu den Baukosten beisteuern, welche außerdem dann noch von der Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung „Reu-Westend“, der Stadtgemeinde Charlottenburg und der Hochbahn-Gesellschaft aufzubringen sein würden. Da es sich bis zum Platz B der Kolonie Westend um eine Unterpflasterbahn handeln wird, so dürften die Baukosten sich auf etwa sechs Millionen Mark belaufen, zu denen der Fürstbischof und die Stadt Charlottenburg etwa je anderthalb Millionen beisteuern dürften. Ob die Verlängerung über den Platz B hinaus bis zur Havel ebenfalls als Unterpflasterbahn oder als Hoch- oder Riveaubahn gebaut werden würde, darüber gehen die Meinungen noch auseinander; zweckentsprechend und für die Fahrgäste angenehmer als eine Tunnelbahn wäre jedenfalls eine Riveaubahn, deren Bau ja auch bedeutend billiger ist. Um über alle diese Fragen zunächst einen allgemeinen Ueberblick zu gewinnen, hat vor einigen Tagen eine Streifenbegehung stattgefunden, zu welcher der Landwirtschafts-Minister Vertreter des Finanz- und Eisenbahn-Ministeriums sowie der beteiligten Gesellschaften hatte laden lassen. Die Herren waren darüber einig, daß eine Schnellbahn-Verbindung zwischen Westend und Charlottenburg bzw. Berlin unumgänglich notwendig sei und daß es sich dabei empfehlen würde, diese Linie gleichzeitig bis zur Havel zu verlängern, sei es als ober- oder unterirdische Bahn.“

Uns will scheinen, daß es vorab im Bereichswesen Wichtigeres zu thun giebt als ausgerechnet nach Bichelsberge eine Hochbahn zu bauen. Im Innern Berlins, wo die Große Berliner immer kläglich verlagert, wo an manchen Tagesstunden der größte Teil des Publikums überhaupt auf Beförderung verzichten muß, scheitert die dringend notwendige Fortführung der Untergrundbahn an einem Civilprozeß von wahrscheinlich endloser Dauer. Und dieweil soll der preussische Fiskus das Geld der Steuerzahler für eine Hochbahn nach der Havel einsetzen!

Staatsanwalt Venedig ist tot. Er amtierte zuletzt in Halberstadt und starb gestern in einer Heilanstalt zu Obernigk an einem Kerveneiden. Wer ist noch Staatsanwalt Venedig? Heute ein längst vergessener Mann, über den Geschichte und Lokalchronik zur Tagesordnung übergegangen sind; vor zehn Jahren war er eine Art Verführer. Wie so mancher, der strebend sich bemüht, hat auch Venedig das Retter der Sozialisten für ein Mittel gehalten, sich bei seiner vorgelegten Behörde beliebt zu machen. Der eine oder andre hatte Erfolg damit, bei andern schlug das Mittel fehl, offenbar weil ihren Geistesgaben im Wettkampf mit der guten Bestimmung die Luste ausging. Im Gummischlauch-Prozeß, der sich vor jetzt zehn Jahren am hiesigen Landgericht I abspielte, hatte Venedig die Anklage zu vertreten; er und der Richter Drausewetter waren in ihrer Vereingemessenheit ein Herz und eine Seele. Venedig beantragte in diesem Prozeß, der dem Ansehen des damaligen Polizeipräsidenten einen ungeheuren Stoß versetzte, heillose Strafen gegen die acht angeklagten Zeitungsredakteure, und Drausewetter entsprach so einigermaßen seinen Wünschen. In der Anklagerede versetzte Venedig sich zu der grotesken Phrase, daß durch die Verhandlungen das Mißtrauensvotum, welches die sogenannte Defensivität dem Polizeipräsidium dargebracht habe, in Wirklichkeit zu einem Vertrauensvotum des großen durch die Verhandlungen aufgeregten Publikums geworden sei. Und das, trotzdem Oberlieutenant v. Egldh unter seinem Eide bekundet hatte, daß die feindselige Erregung der deutschen Soldaten in Frankreich nicht so groß gewesen sei wie die der Berliner Schulleute bei ihrem Angriff auf ihre arbeitslosen Landsleute. Nachdem Venedig eine Weile noch in andern Strafprozessen ähnliche Leistungen vollbracht hatte, wurde gemeldet, daß er nach Guben verlegt worden sei. Dann hörte man weiter nichts von ihm. Jetzt hat ein tragisches Geschick es gefügt, daß er gleich seinem Freunde Drausewetter in geistiger Ummachtung gestorben ist.

Die Droschke zweiter Klasse ist zwar noch nicht ganz aus den Straßen Berlins verschwunden, aber der Zeitpunkt, an dem es dazu kommen wird, scheint nicht mehr fern zu sein. Die Verminderung der Droschken zweiter Klasse hat in den letzten Jahren ganz außerordentlich rasche Fortschritte gemacht. Im Jahre 1898 waren davon noch über 2000 vorhanden gewesen, im Jahre 1902 waren es nur noch etwas über 1000, und jetzt im Jahre 1904 ist ihre Zahl bereits unter 700 gesunken. Das zweite Vierteljahr von 1904 begann mit nur noch 689 Droschken zweiter Klasse. Auch 1898 hat auch die

Gesamtzahl der Berliner Droschken keine weitere Zunahme gehabt, aber sie hat sich seitdem doch auf derselben Höhe — ziemlich unverändert um 8100 herum — gehalten. In demselben Maße, wie die Droschken erster Klasse sich vermehren, zu Beginn des zweiten Vierteljahres von 1904 standen den 680 Droschken zweiter Klasse kaum 7237 Droschken erster Klasse gegenüber; außerdem waren noch 153 sogenannte Gepäddroschken vorhanden. Droschke zweiter Klasse und Droschke erster Klasse stehen jetzt an Zahl zu einander in umgekehrtem Verhältnis, wie vor dreißig Jahren. Beispielsweise gab es gegen Ende des Jahres 1871 noch 3424 Droschken zweiter Klasse, aber erst 296 Droschken erster Klasse. Seitdem ist allerdings das Verhältnis noch immer schnelleren Verkehrsmitteln in Berlin so sehr gestiegen — Pferdebahn, Stadtbahn, elektrische Straßenbahn, elektrische Hoch- und Untergrundbahn sind die einzelnen Abschnitte der Entwicklung —, daß die Droschke zweiter Klasse längst nicht mehr mitkommen kann.

Die Rimmerfatten sind mit den freisinnigen Berliner Landtags-Abgeordneten nicht zufrieden. Ueber die Kopfs usw. wird in den Hausbesitzervereinen scharf Gericht gehalten, da die Herren dem maßgebenden Freisinnshilfster immer noch nicht reaktionär genug sind. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie entgegen ihren bestimmten Versprechungen vor der Wahl die Interessen der Grundbesitzer, wie die des „werkthätigen Mittelstandes“ überhaupt, nicht allein nicht ausreichend unterstützen, sondern durch ihre Abstimmungen und Reden vielfach direkt schädigen. Der Bewilligung von 15 Millionen Mark zur Unterstützung der Baugenossenschaften, gegen welche die Hausbesitzer wiederholt Stellung genommen hätten, sei kein Berliner Abgeordneter wirksam entgegengetreten. Noch unzulänglicher hätten sich die Berliner Landtags-Abgeordnete in der Warenhausfrage erwiesen. Statt die Warenhäuser im Interesse eines großen Teils ihrer Wähler zu bekämpfen und in ihrem Betriebe thunlichst zu beschränken, traten sie gegen deren höhere Besteuerung ein. In der Warenhaus-Kommission, deren Beratungsgegenstand doch Berlin in erster Linie angehe, sei kein einziger Berliner Abgeordneter thätig. Es besteht die Absicht, diejenigen Abgeordneten, welche den Hausbesitzern bestimmte Zusagen gemacht, zu Reserven in die Hausbesitzervereine ihres Wahlkreises einzuladen und sie dann über die Gründe ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Fragen zu befragen.

Kann der Mugdan nicht einmal auf die Pflichtvergessenen losgelassen werden? Dieser Herr hat doch im Reichstage den Beschäftigungsnaheis geliefert, daß ihm der Fortschritt in jeder Hinsicht ein Gravel ist.

Aus der Irrenanstalt Dalldorf entwichen ist in der Nacht zu gestern der vor etwa drei Wochen von der Polizei als gemeingefährlich eingeleitete Kaufmann Willi J. Er hatte zeitweise ganz ruhige Stunden und wurde dann mit leichter Gartenarbeit beschäftigt. Diese Gelegenheit wußte J. zu benutzen, um sich der strenger Aufsicht zu entziehen; er fand dabei einen geeigneten Platz, der ihm bei seinem lang gehegten Plan, aus der Anstalt zu entfliehen, am wenigstens Hindernis bot.

Eine dunkle Persönlichkeit wurde gestern im „lateinischen Viertel“ festgenommen. Hier fiel ein junger Mann, ein samächtiger, unscheinbarer Mensch, dadurch auf, daß er auf großem Fuße lebte und allerhand Goldsachen, immer wieder neue, bei sich hatte. Die Kriminalpolizei beobachtete ihn eine Zeitlang und hielt ihn endlich an. Der Mann nannte sich Dr. phil. Rawinowitsch und besaß auch Papiere auf diesen Namen. Die Ermittlungen ergaben, daß der Träger dieses Namens sich in einer Kerveneilanstalt zu Rankow befindet und daß ihm kurz vor der Ueberfiedelung dorthin seine Papiere abhanden kamen. Der Festgenommene aber bleibt dabei, daß er der richtige Dr. Rawinowitsch sei und macht jetzt den wilden Mann. Wahrscheinlich ist er ein Einbrecher, woher er aber kommt und wer er ist, läßt sich einstweilen nicht feststellen, da Dr. Rawinowitsch in Rankow noch nicht vernommen werden kann. Bei ihm fand man noch einen Granat-Goldschmuck mit Anhänger, ein Granat-Armband und eine Granat-Polse in der Gestalt einer Uhr, goldene Droschken, die noch mit Geschäftszeichen versehen sind, goldene Halsketten mit kleinen Herzen und Perlen und Ketten- und Schalenarmbänder. Alle diese Sachen rühren vermutlich aus Einbrüchen oder Ladendiebstählen her, die die Bestohlenen noch nicht angezeigt haben. Vielleicht wissen die Eigentümer nicht einmal, daß sie bestohlen worden sind.

Das blutige Ende einer Liebesgeschichte verursachte in der Nacht zu gestern in dem Hause Steinwegstraße 42 starke Aufregung. Ein lungentranke Arbeiter-Pollak, der hier mit seiner Familie im dritten Stock des Seitenflügels wohnt, hat eine 18 Jahre alte Tochter Olga, die in Singpielhallen auftritt. Als das Mädchen vor dreiviertel Jahren im Elysium in der Kommandantenstraße sang, lernte es den 23 Jahre alten Freizeiter Max Wende aus der Neuen Ansbacherstr. 12 zu Charlottenburg kennen. Dieser verliebte sich in die Sängerin und wollte nicht mehr von ihr lassen, obwohl die Keigung von ihrer Seite nicht ebenso stark war. Seit einigen Tagen sah Wende in der Citypassage in der Dresdenerstraße, daß seine Geliebte von der Bühne herab mit einem andern Gaste liebäugelte. Als er sie nach der Vorstellung auf dem Heimwege, auf dem sie noch einige Lokale besuchte, zur Rede stellte, erklärte sie ihm unumwunden, daß sie ihm den Abschied geben müsse. Sie habe jetzt Gelegenheit, sich mit einem andern gut zu verheiraten, und dürfe dies schon mit Rücksicht auf die Krankheit ihres Vaters und die Lage ihrer Familie nicht ausschlagen. Wende geriet in die größte Aufregung und versuchte immer von neuem, seiner Geliebten den geplanten Schritt anszureden. Als ihm aber alles nichts half, zog er, während das Mädchen auf dem Fluß des Vorderhauses in der Steinwegstr. 42 stand, plötzlich einen Revolver aus der Tasche und feuerte ihn auf die Ungetreue ab. Das Geschloß streifte nur ihre linke Hand und verletzte sie leicht. Die Geliebte, die sie in der Hand hielt, entfiel ihr, so daß die Klängen über den Fluß rollten. Auf die Hilferufe der Verwandten eilten der Arbeiter-Kunze aus dem Seitenflügel und andre Handgenossen herbei und holten die Polizei und einen Arzt. Inzwischen aber hatte sich Wende, ohne noch einmal auf seine Geliebte zu schießen, bereits drei Kugeln in die rechte Schläse geschossen und war bewußtlos zusammengesunken. Als ein Arzt kam, war Wende bereits tot. Die Leiche wurde von der Revierpolizei sichergestellt und um 5 Uhr morgens nach dem Schauhause gebracht. Das Mädchen befindet sich in der eierlichen Wohnung in ärztlicher Behandlung.

Butter- und Käsehändler geschädigt hat der wegen Betruges von der Kriminalpolizei festgenommene Reisende Friedrich Schimlat. Dieser, der sich auch Berger und Wisenitz nannte, erzielte in verschiedenen Fällen Butterfirmen Aufträge, bei denen der Name des Bestellers erlunden war. Als Bestimmungsort gab er außerhalb Berlins belegene Ortschaften, z. B. Johannisthal an, und zwar Häuser, in denen sich Schanklokale befanden. Dorthin ließ er die Ware als Frachtgut schicken. Kam dann die Sendung an, so wurde sie von dem betreffenden Schankwirt, den Schimlat hierum gebeten hatte, in Empfang genommen. Schimlat holte sich dann von diesem die Ware ab und verkaufte sie in seinem Laden. Zahlreiche kleinere Geschäftsleute — Milchhändler usw. — hat er auch in der Weise geschädigt, daß er sie unter der Angabe, er könne in der Nachbarschaft ein größeres Geschäft abschließen, müsse aber eine Probe vorlegen, ersuchte, ihm die gewünschte Quantität Ware teilweise zu überlassen. Da die betreffenden Personen wußten, daß er tatsächlich für Butterfirmen reiste, entsprochen sie zum Teil auch seinem Wunsch. Schimlat, der versprochen hatte, die Ware umgehend reichlich zu ersetzen, ließ sich dann nicht wieder sehen. In einigen Fällen hat er außerdem Geschäfte, für die er thätig war, dadurch benachteiligt, daß er unberechtigt Beträge für gelieferte Ware bei den Kunden einlassierte und für sich verwendete. Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, und Personen, die sachdienliche Bekundungen machen können, werden ersucht, der Kriminalpolizei zu 4718 IV 31. 04 Mitteilung zu machen.

Ein diebischer Soldat wurde am Dienstag auf dem Lehrter Bahnhof verhaftet. Es ist ein Grenadier vom 98. Regiment, der

auf Pfingsturlaub in Berlin war. Der Mann besuchte hier einen Tischlermeister und stahl bei dieser Gelegenheit die goldene Uhr und Kette seiner Frau. Da der Bestohlene den Grenadier gleich in Verdacht hatte und wußte, wann er wieder abfahren wollte, so ging er zu dem Kriminalbeamten, der auf dem Bahnhofe den Dienst versieht, und ließ ihn festnehmen. Der Grenadier hatte Uhr und Kette bei sich und gab sie sofort heraus. Er wurde vorläufig der Wache des 4. Garde-Regiments übergeben.

Sein schöner Tod ist in der Welt... Wie nachträglich erst bekannt wird, fürzte Lieutenant v. Werten von den Wandsbeker Südfuren im „Eppendorfer Jagdrennen“ zu Groß-Vorfel so unglücklich, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort stellte man fest, daß ein Wuterguß ins Gehirn erfolgt war. Der Unglückliche starb im Krankenhanse. — Ferner fürzte laut Meldung aus Wien Oberleutnant Folbrech am Offiziersrennen und brach sich das Genick.

Wegen Unterschlagung von 12 250 M. wurde der bei der Kohlenfirma Robert Adernann, Hofstr. 14b, angestellte Reisende Franz Blügger in seiner Wohnung Hohenfriedbergstr. 18 in Schöneberg am ersten Pfingstfeiertage verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Durch falsche Buchungen hatte er es verstanden, ungefähr zwei Jahre seine Unterschleife zu verdecken, bis es in voriger Woche einem Sohne des geschädigten Kaufmanns gelang, die Unterschlagungen aufzudecken. Eine in der Wohnung des V. vorgenommene Hausdurchsuhung blieb erfolglos.

Arbeiter-Bildungsschule. Wegen Erkrankung des Lehrers muß der Unterricht in Geseslunde heute ausfallen.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf. Bei den heutigen Stadtverordneten-Erhaltwahlen der dritten Abteilung siegten unsere Genossen Paul Mitschke (7. Bezirk) mit 265, und Otto Spreer (10. Bezirk) mit 170 Stimmen. Von den Gegnern waren keine Kandidaten aufgestellt.

Die Erholungsstätte der Stadt Schöneberg, die am 16. Mai im Grünwald (Station Eicklamy) eröffnet wurde, eignet sich ihrer günstigen Lage wegen zum Aufenthalt für Melancholischen sowohl wie für Lungenkranke ganz besonders. Eine große Liegehalle bietet Raum für mehrere hundert Patienten. Durch Ueberweisung solcher werden hoffentlich die Krankenlisten ihren Teil zu der Verlämpfung besonders der Tuberkulose beitragen.

Neu-Weisenfer. Unser von der Natur aus wenig begünstigter Vorort verfügt über keine öffentlichen Parkanlagen; die Alt-Eingesessenen hatten es nicht verstanden, solche zu schaffen, sondern waren nur darauf bedacht, bei der Verteilung des ehemaligen Gutes so viel Land wie möglich zu billigem Preise für sich zu ergattern. Die Finanzen des ehemaligen Gutsherrn und seiner Trabanten waren keine günstigen und so wurde eben alles zu Geld gemacht. So ist es denn auch erklärlich, daß das Publikum unsern Ort nicht und den besser angelegten Orten des Ostens und Nordostens mehr Aufmerksamkeit schenkte, wodurch die Finanzen dieser Orte günstiger

gestellt wurden. Nirgends wurde wie hier ein Kommunalsteuer-Zuschlag von 175 Proz. gezahlt, der hierorts auch heute immer noch die respektable Höhe von 165 Proz. hat. Daraus kam noch die Spekulation der Bauhewen, die infolge schneller Erteilung von Baukonzessionen und geringer polizeilicher Bau-Aufsicht das aller schlechteste Material verwendeten. Häusereinwürfe, Brände usw. waren an der Tagesordnung, so daß unser Ort wenigstens darin eine gewisse Verhämtheit erlangte. Dies alles vergrößerte die Situation. Nun sollte man annehmen, daß die maßgebenden Personen hieraus eine Lehre gezogen hätten. Anfanglich schien es auch so, denn der Hausbesitzer-Verein hatte auf seine Höhe geschrieben: „Weg mit der Lotteriewirtschaft!“ So hielt es denn, daß beim Verkauf des Grundstücks des Gemeindevorsteheres der daran aufragende Park der Defektivität übergeben werden sollte. Aber nicht von dem geschah, denn erstens besaunte man einen Teil des Grundstücks mit einem Dienstgebäude, und den Rest des Gartens verpachtete man sänderlich mit einem Gitter, so daß er bis auf weiteres nur vom Amt- und Gemeindevorsteher oder überhaupt nicht benutzt wird, da der Herr im Sommer vielfach verreist ist. Da zur 25. Jahresfeier die Chronik herausgegeben werden soll, so sollen diese Zeilen als Beitrag hierzu dienen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist soeben das 34. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes werden wir hervor: Bölow in Rößen. — Schmoller über den Fortschritt der Arbeiterklasse. Von Karl Knautsch. — Einiges von der Kriegskunst. Von Rudolf Kraft. — Der notwendige Ausbau der Tuberkulosebekämpfung. Von Dr. Bogal. — Heilmittel. Von Hugo Hilg. — Die beiden Arbeiterkongresse in Belgrad. Von Nikolai Popowitsch. — Literarische Rundschau: Paul Walter, La Prusse et la révolution de 1848. Von P. M.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Kommunale Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Herausgeber Dr. Albert Sabelum, Berlin W. 15. Aus dem Inhalt der soeben erschienen 10. Nummer des 4. Jahrganges werden wir hervor: einen Artikel über die Aufgaben der Gemeindevorstände von Stadtverordneten Dr. Lange-Kelpzig — eine Abhandlung über paritätische wie kommunale Arbeitsnachweise. Neben einem reichen Stoffgehalt über alle Gebiete des Gemeindelebens hat die „Kommunale Praxis“ einen juristischen Sprechsalz eingereiht, in dem alle Rechtsfragen, die das Gemeindeleben betreffen, regelmäßig kostenlos beantwortet werden.

Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats, kostet vierteljährlich 1,50 M. Das Abonnement ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich für die wichtigen Fragen des Gemeindelebens interessieren. Probennummern werden gratis an franko vom Verlag Berlin W. 15 versendet.

Wils, Jubiläumstakt. Staatsfeier im Jahre 2000. Preis 1,50 M. H. E. Wils, Verlagbuchhandlung Leipzig.

Der Deutsche Buchhändlerverband im Jahre 1903. Bericht des Vorstandes. Herausgegeben vom Deutschen Buchhändlerverband.

H. Kallhoff. Was wissen wir von Jesu? Eine Abrechnung mit Professor D. Bouquet in Göttingen. 66 Pf. Verlag „Renaissance“ (Otto Lehmann), Schmargendorf-Berlin.

Graf Paul von Goebbels: Der Zweck heiligt die Mittel. Eine ethisch-historische Untersuchung. Dritte gänzlich umgearbeitete und stark vermehrte Auflage. Preis 2 M. Verlag von E. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin, Schönberger Ufer 43.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

J. U. Der Gehaltsbehalt des Vertrages läßt nur die Auslegung zu, daß Sie lediglich zum Quartalslohn kündigen können. Anders liegt es, wenn etwa mündlich ausdrücklich eine andere Abrede getroffen ist oder der Vermieter sich mit Ihrer Kündigung einverstanden erklärt hat. Daraus, daß er Ihrer Kündigung nicht widersprochen hat, ist noch kein Einverständnis abzuleiten. — Spandau 7. Rein. — Schöneberg. Den Antrag auf Erstattung müssen Sie an das Gericht richten; die Sachverhalte Unkosten werden ersetzt. Bezogen einen dies abnehmenden Beihalt (siehe Ihren Bescheid) zu. — Charlott. Zweitens ist der Mann, der in Kenntnis seiner Krankheit mit Ihrer Vermandten verkehrt hat, zivilrechtlich und strafrechtlich voll verantwortlich. Der Erklarung ist unter Darlegung des Sachverhaltes an die Staatsanwaltschaft des Gerichts zu richten, in dessen Bezirk der Mann wohnt. — R. M., Charlottenburg, Rein. — S. S. 17. Da; unabhängig ist das Amtsgericht Berlin II, Palaststr. Ufer 29/31. — S. Gamburg. Leider ist der von socialdemokratischer Seite wiederholt gestellte Antrag auf Unfallversicherung der Dienstmädchen (müßig) z. B. für Unfälle beim Fensterputzen) abgelehnt. Der Dienstherr ist für solchen Fall, in dem sich der Dienstherr die Krankheit durch den oder im Dienst zugezogen hat, verpflichtet, für den erkrankten Dienstboten aus eigenen Mitteln zu sorgen, ohne die Kosten auf den Lohn anrechnen zu dürfen. Darüber hinaus (also in Ihrem Fall für Schadenersatz für die Steilheit des Armes) haftet die Dienstherrenschaft nur, wenn ihr ein Versehen zur Last fällt (z. B. wenn sie eine brüchige Leiter gestellt hätte). — Buchhändler. 1. Das ist möglich, der Chemiker kann aber unter Darlegung des Sachverhaltes mit Erfolg einer Kündung beim Sparlohn-Kuratorium widersprechen. 2. Sowohl dem Mann, wie der Frau kann das Armenrecht bewilligt werden. Es ist vom Gericht abzulehnen, wenn keine bedrohliche Bescheinigung über das Unvermögen zur Kostentragung beibringt wird oder die Verfolgung des Rechtsanspruches (oder die Verfolgung gegen einen solchen) ausbleibt. — 100 R. S., Weichenfer. Zum Verständnis der Verfaßung wären Sie nicht berechtigt. Es steht Ihnen leider nur der Klageweg offen. — C. W. 1903. Rein.

Witterungsüberblick vom 25. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. W.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. W.
Stettin	768	SE	2	Beller	11	Darand	770	SE	2	Beller	11
Hamburg	768	SE	3	Bedeft	11	Petersburg	771	SE	1	bedeft	11
Berlin	767	SE	2	heiter	13	Const.	—	—	—	—	—
Konst. a. R.	764	D	3	wolkig	11	Udertden	759	D	1	wolkig	10
München	765	D	3	wolkig	17	Paris	760	SE	1	wolkig	15
Wien	768	SE	1	heiter	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. Mai 1904. Heißlich warm, vielwolig bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 20. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Bajazzo (Pagliacci). Cavalleria rusticana (Bauerndyche).

Neues Opern-Theater. Der Sonnenvogel.

Deutsches Hoftheater. Berliner. Der jüngste Leutnant. Felling. Jadenstein. Weiten. Gasparone. Belle-Alliance. Ram'rad Lehmann. Neues. Kabale und Liebe. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Pauline.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.) Das große Heimd.

Kleines. Nachtsyl.

Reifens. Die 100 Tage.

Tranon. Das erste Gebot. Darauf: Der Dieb.

Central. Ein toller Einfall.

Carl Weiss. Die Löwenbraut.

Metropol. Ein tolles Jahr.

Winter-Garten. Specialitäten.

Elyolo. Liebesgötter. Specialitäten.

Gebr. Herrschel. Gastspiel der Tegernseer. Durch's Standesamt.

Reichshallen. Seltener Sänger.

Passage-Theater. Specialitäten.

Hrania. Taubenstraße 18/19.

Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.

Invalidenstr. 57/62. Sternwarte.

Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Schillbauerdamm 4a-5.

Kabale und Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Residenz-Theater Heute und folgende Tage: Abends 8 Uhr:

Die 300 Tage. Schwant in 3 Akten von Paul Gessant und Robert Charney. Deutsch von Alfred Palm.

Kleines Theater. Unter den Linden 44.

Nachtsyl. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Fräulein Julie.

Fröbels Allerlei-Theater Ic. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.

Täglich: Grosses Garten-Konzert. Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Im Saale: Großer Extra Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr. Untere 30 M. Ehrenkarten u. Bonn haben Gültigkeit.

Garantiert. Redakteur: Paul Bittner, Berlin. Für den

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Pauline.**
Freitagabend 8 Uhr: **Ein Duell.**
Vorher: **Ein Sonnenstrahl.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Pauline.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtes Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Das große Heimd.**
Volksstück in 4 Akten v. G. Karlowitz.
Freitagabend 8 Uhr: **Sum erstemmal: Das Heiratsnest.**
Sonnabendabend 8 Uhr: **Das Heiratsnest.**

Freie Volksbühne
Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater 12/13. Abteilung: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Lessing-Theater 6/7. Abteilung:
229/1 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderspiele. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Büchereien, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten zusammengewachsenen **Schwestern** Rosa und Josefa: **!! einzig dastehend in der Welt !!**

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimkehrten. Senf- Ausstattungsstück in 7 Bildern von Frische. Außerdem:
Paul Coradini und das Attraktions-Specialitäten-Programm. Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Saale:
Gr. Ball. Am Saale: nummerierter Platz 50 Pf.
Garantiert. Redakteur: Paul Bittner, Berlin. Für den

Metropol-Theater
Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 6 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Belle-Alliance-Theater.
(Jean Aron und Alfred Schönfeld.)
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Ram'rad Lehmann.
mit Guido Thielscher in der Titelrolle. Von 8 Uhr an im feinsten illuminierten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert (44 Musiker) und der italienischen Kapelle „Arcazi“ (5 Damen und 5 Herren in Original-Kostümen).

Trianon-Theater.
Georgenstr. zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Darauf: **Der Dieb.**

Carl Weiss-Theater.
Bürgerliches Schauspielhaus. Große Frankfurterstr. 192.
Die Löwenbraut.
Wofe in 3 Akten v. Schiller-Berallini. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Grosses Specialitäten-Programm. Durchschlagender Erfolg. Salonkarten gültig. Anf. 8 1/2 Uhr. Sonntagabend 3 Uhr. Kartett 60 Pf.: Die Zauberin am Stein.

Diez' Specialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich: Ob Regen! Im herrlichen Garten od. gr. Saal: ca. 30 erstklassige Nummern.
Jackson-Troupe, Akrobaten, 5 Personen.
The Belrotts, (sais. Duelle) eccentric. Die Berliner Lieblinge Fritz Brand und Mira Rosell, Mstr. Brown in seiner Wunderhunden. Gebr. Artissoll.
M. d'Oreta mit seinen mustersüßen Elefanten — etc.
Kaffeeische. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch Ball.

Berliner Prätor-Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzo. Bantom: Im Nachtsyl. Harris, Kraftjangler. The Jarroy. — Upts. — Langlo. Ball, Konzert, Specialität. Anfang 4 Uhr. Eintritt: 30 Pf. Num. 50 Pf.

Königstadt-Kasino
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr. Täglich im herrlichen Naturgarten:
Ren! Caspari Leopard.
Kaufstren v. Carl Stephan, die feine Ranon, Hermann Dempel, Gebr. Leberer, E. u. E. Bernhardt, Hofe Brandt.
Dr. Faustus Geistererscheinungen.
Zum Schluß: **Im Hochwald.** Niederpiel in 1 Akt.
Anf. Wochent. 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

WINTERGARTEN
Tortajada Spanische Sängerin und Tänzerin. De Vry's Phantasmagorien. Hansi Reichsberg Operetten-sängerin. Gebrüder Schwarz Parodisten. Kiners Moolin Equilibrat. Scene. De Nobry Pariser Sängerin. Die Blumendeköring Tanzdivertissement. Die Wotpersis Akrobaten. Robinson Baker-Trio Springer. Paul Conchas Der Armeo-Herkules. Biograph. Pas de deux Sgra. Cavini u. Sgr. Ceratti.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Wofe 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gültigkeit.

Passage-Panoptikum.
Der phänomenale Rosenkno: **Der lange Joseph,** 16 Jahre alt, 217 cm hoch. Aga, die schwebende Jungfrau.

Reichshallen
Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr. Wochentags 7 Uhr.

Gehr. Herrfeld-Theater.
Gastspiel der Tegernseer. Heute abend 8 Uhr:
Sum 1. male:
Der Prozesshansl.
Oberbaur. Volksstück in vier Aufzügen von L. Ganghofer und D. Neuert mit Bühnenarrangements, Schupplattler- und Kaufmann (Rantler).

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
X Theater und Specialitäten. X
Der kalte Leichnam.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Kaffeeische von 3 Uhr ab geöffnet.

Schweizer-Garten
Am Könlgethor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Vollbesetzungen.
Im Saale: **BALL.**
Zum Schluß:
Ein falsches Lokal.
Große Gefangnisse mit Tanz. Entree 30 Pf.

Gossmanns Konzert-Garten
SW., Arnimbergstr. 48.
Jeden Donnerstag:
Grosse Soiree.
Till Eulenspiegel
Freitag:
Garburger Sänger.
Basspartout u. Borzugskarten gültig. Freitag u. Montag nach Kränzchen.

Sanssouci.
Kottbuser Ufer — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soiree: Tanz. Wochentags haben Borzugskarten, auch die zu den Theater-abenden ausgegebenen, Gültigkeit.

Eureka
bestes Waschnittel

Gerichts-Zeitung.

Geldraub.

Das Studium der „Lieben Hühen Mägdelein“ ist dem Bäckermeister H. aus Dranienburg, der gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I als Zeuge auftrat, recht schlecht bekommen. Der Meister war hier nach Berlin gekommen, um einen größeren Geldbetrag zu erheben und war so leichtsinnig, mit einem Schatz von 5000 M. in der Tasche sich in den Berliner Strudel zu stürzen. Er hatte bald in einer Frau Minna Sorrer eine Begleiterin gefunden, die ihn durch verschiedene Lokale führte. Zuerst ging in das Café Walfalla, von da ins Café Reunion, wo der Provinziale bald von einem Strange „holder Damen“ umgeben war. Aus Angst, daß das kleine Vermögen, welches er bei sich trug, gefährdet sein könnte, beging er die Unvorsichtigkeit, das Geld im Café selbst nachzuzählen: 40 Hundertmarktscheine widmete er in Papier und steckte sie ohne weitere Sicherheitsmaßregel in die rechte hintere Hosentasche, 1000 M. in 20-Marktscheine er löse in die linke. Ob das ganze Geld noch vorhanden war, ist zweifelhaft, denn der Anblick so vieler blander Goldstücke übte auf eine Anzahl im Café anwesender „Damen“ eine solche Anziehungskraft aus, daß sich um den Dattel aus der Provinz, und um seinen Tisch bald die holde Weiblichkeit in den verschiedensten Exemplaren und Altersvariationen gruppierte. Daß dabei schon einige Goldstücke abhandeln gekommen sein werden, ist sehr wahrscheinlich. Der Bäckermeister fand das Berliner Nachtleben außerordentlich ergötzlich, und während er langsam in einen Zustand der Angezogenheit geriet, hielten einige seiner Kneipgenossen sich recht klar und machten sich allerlei verstopfene Besten, die den jüblichen Bäckermeister wohl zur Vorsicht hätten mahnen können, wenn er sie bemerkt hätte. Aber er bemerkte sie nicht. Als er endlich das Lokal verließ, folgte ihm die Minna Sorrer in Gemeinschaft mit einem andern Frauengemitter; beide hängten sich wie die Kletten an ihn und bald sah man ihn mit seinen beiden Begleiterinnen in das Klub-Haus hineinschieben und an einem Tische Platz nehmen, um die Reise durch Berlin mit einem Schlummerpunsch zu beenden. Er war schon in sehr gehobener Stimmung und achtete nicht der Fährlichkeiten, die ihm die beiden Weiber angedeihen ließen. In einem gegebenen Augenblick erhoben sich die letzteren, angedlich, um die Toilette aufzumachen; sie kamen aber nicht wieder, sondern ließen Herrn H. mit seinen Gedanken allein zurück. Mäßig kam diesem ein fürchterlicher Verdacht: er sah ängstlich in die hintere Hosentasche und entdeckte zu seinem Schmerz, daß das Paket mit den 4000 M. in Hundertmarktscheinen daraus verschwunden war. Er wollte den Verlust mit Würde tragen und ihn als eine ihm vom Himmel auferlegte Nöthigung betrachten. — Die Polizei bekam aber Wind vom Vorfall und stellte Nachforschungen an.

Sie hielt unter „diesen Damen“ fürchterliche Musterung und von geschwägigen und neidischen Konkurrentinnen der Sorrer hatte sie bald erfahren, daß diese die Gefährtin des Bäckermeisters gewesen ist und ein andres Mädchen dieses Genres sich gerührt hatte, circa 400 M. von der Sorrer erhalten zu haben. Letztere gab zu, mit Herrn H. im Klubhaus gewesen zu sein, bestritt aber, die 4000 M. gestohlen zu haben. — Außer andren gravierenden Momenten war der Umstand sehr bezeichnend, daß sie, die Stunden lang mit dem Meister aus der Provinz zusammen gewesen, diesen sans adieu plötzlich verlassen und nach dem Zeugnis des Portiers mit ihrer Begleiterin schleunigst eine Droßke besitzgen hatte und davon gefahren war. Die Strafkammer kam auf Grund aller belegenden Umstände zu der Ueberzeugung, daß die Sorrer den Diebstahl begangen und verurteilte sie zu 1 Jahr Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust.

Um die Vererbung eines Fabrikbesizers um den Betrag von 20000 Mark handelte es sich zum zweitenmal in einem Prozeß wegen Fehlerei, welcher gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. In der Nacht zum 7. Februar 1901 machte die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende und verheiratete Janny Harnisch in einem Lokal die Bekanntschaft eines auswärtigen Fabrikbesizers. Dieser trug ein Bündel mit 20 Stück Eintausendmarktscheinen in der Brusttasche bei sich. Der Fabrikbesizer schloß gegen Morgen ein. Als er erwachte, war seine Begleiterin verschwunden und mit ihr das wertvolle Palet. Es gelang bald, der Diebin habhaft zu werden, sie bestritt aber die That und über den Verbleib des Geldes war auch nichts zu ermitteln. Die Harnisch wurde zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt, die sie in der Strafanstalt zu Breslau verbüßte. Nach ihrer Entlassung wandte sie sich nach Rottbus, wo ihre Eltern, die Schankwirt Geßlich's Eheleute, sowie ihr Schwager, der Handelsmann Petrad, wohnen. In der Lebensweise dieser beiden Familien trat bald eine auffällige Veränderung ein. Während bisher Schmalhaus's Küchenmeister gewesen, änderte sich dies mit einem Schlag nach der Rückkunft der Harnisch. Sowohl Geßlich wie Petrad wechselten je einen Tausendmarktschein. Die Eheleute Geßlich siedelten bald nach Berlin über, wo sie in der Breslauerstraße eine Schankwirtschaft für 2000 M. erwarben und fast vollständige Verzagung leisteten. Der Verdacht lag nahe, daß die Harnisch nunmehr mit dem gestohlenen Gelde herangekehrt war. Dieser Verdacht erhielt Bestätigung dadurch, daß die Harnisch eines Tages auf dem Polizeireichthum erschien und ihren Stiefvater Ernst Geßlich, ihre Mutter Emma Geßlich und ihren Schwager Eduard Petrad der Fehlerei bezichtigte. Ihr Stiefvater habe 6000 Mark, ihr Schwager 500 M. von dem gestohlenen Gelde erhalten. Sie erbatte die Anzeige aus Gut gegen ihren Stiefvater, weil dieser ihre Mutter häufig mißhandele. Darauf wurden die drei vorgenannten Personen wegen Fehlerei angeklagt. Geßlich wurde auch in

Dast genommen. Alle drei Angeklagten, die früher wenigstens ein teilweises Gehändnis abgelegt hatten, zogen dies im Termin zurück. Geßlich räumte ein, daß er von seiner Tochter nach und nach 5000 M. erhalten habe, sie habe angegeben, daß sie gerührt habe und dies habe er geglaubt, ohne sich darum zu kümmern, woher die angebliche Erbschaft kamte. Die angeklagte Ehefrau wollte von dem Diebstahl der zwanzigtausend Mark nur durch die Zeitung erfahren und von dem Gelde nicht das geringste erhalten haben. Petrad schließlich hatte durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Schachtel, mehrere Zeugen laden lassen, welche bekundeten, daß er einen einträglichen Handel betriebe. Die Zeugin Harnisch schränkte ihre Aussage im Termine auch bedeutend ein, entgegen dem eigenen Gehändnisse ihres Stiefvaters wollte sie ihm nur 1000 M. gegeben haben. Darüber, wo sie das Geld während ihrer Hostzeit verdeckt gehabt, verzweigte sie die Auskunft. Im Ubrigen traten durch die Beweisaufnahme gegen das Ehepaar Geßlich so viele belastende Thatsachen zu Tage, daß der Staatsanwalt diese beiden Angeklagten für überführt erachtete und gegen sie eine Gefängnisstrafe von je einem Jahr und zweijährigen Ehrverlust beantragte. Gegen Petrad beantragte der Staatsanwalt mangels genügenden Beweises die Freisprechung. Der Gerichtshof kam zu einem andren Erkenntnis. Die Ehefrau Geßlich wurde freigesprochen. Die beiden übrigen Angeklagten, Geßlich und Petrad wurden dagegen der Fehlerei für schuldig erachtet und zu einem Jahr Gefängnis und zweijährigen Ehrverlust verurteilt. Bei dem erieren wurde ein Monat für verbüßt erachtet. Petrad wurde sofort in Haft genommen.

Marktpreise von Berlin am 24. Mai 1904

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and butter. Columns include item names, prices, and units.

15. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 25. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.)

15. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 25. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.)

15. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 25. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.)

15. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Stellung vom 25. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Cine Gewinne.)

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
Im Lokale des Herrn P. Koffer, Rosenhalden-Strasse Nr. 57:
Branchen-Versammlung der Stellmacher.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten.
4. Verschiedenes. Die Kommission.
[84/12]

Heute, Donnerstag, den 26. Mai:
Freie Dampfer-Hin- und Rückfahrt
ab Michaelisbrücke 2 Uhr nachmittags
nach Grand-Restaurant „Ostend“ mit anschließender freier Rundfahrt auf dem Kraggsee; Abfahrt von meinem Lokal 1/5 Uhr.
Es ladet ergebenst ein
Otto Thoelde,
Inhaber des Grand-Restaurant „Ostend“.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“.
Neu erbaut, vis-a-vis der Schule, herrlich am Mädesee gelegen. Von Bahnstation Erkner in 15 Minuten auf wundervoller Waldpromenade zu erreichen; mit Dampfersteig, Terrassen, urwäldem Park, großem Tanzsaal, geräumigen Hallen, Familien-Kaffeetische, eignen Spielplätzen im Walde, Kutschbooten etc. — Etwa 2000 Personen fassend. Den besten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken usw. zu Ausflügen angelegentlich empfohlen.
Achtungsvoll **Friedrich Saewert**, Fernsprecher Amt Erkner No. 49.

Restaurant „Forsthaus“
Hermsdorf an der Nordbahn, rechter Bahnaufgang.
Inhaber: **Karl Dinte.** 48092*
Herrlicher Garten und Saal, Regelfahrt, Ausspannung, Station für Radfahrer. Familien-Kaffeetische. — Für gute Speisen u. Getränke wird bestens gesorgt.
Fernsprecher: Amt Tegel Nr. 100.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen
Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung; nur hochgelegenes, trockenes Land, per □ = M. von 85 M. an. 46192*
Auskunft jederzeit im Bureau, Kaiserweg 3, Nieder-Schönhausen.

Fortuna lächelt noch!!!
Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll gelichteten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Bauhand, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße—Mariendorf.
Verkäufer, auch Sonntags, von 3—8 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek**, Berlin, Gneisenaustr. 52.
3475

Schuldensfreien, wertvollen Besitz kann ein jeder leicht erwerben,
der monatlich als zinsfreie Teilzahlung von 20 M. an auf baureife Baustellen seine Vorortvertr. abzahlt.
Offerten Postamt W. 15. F. F. 709. 6/10*

Landes-Ausstellungen-Park.



Täglich: Doppel-Konzert.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners und Soupers von 4 Mark an.
Neu erbaut: Festsaal, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse. 379*

Alle Wanzen
werden recht Dunt durch mein Mittel vollständig vertilgt. — M. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Küsten, Franzosen, Blattläuse etc. Schff. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 50066*
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung gab demjenigen, der mir einen Richter-erfolg nachweist. Nur allein edl bei **Hugo Barth, Drogerie**, jetzt Brunnenstraße 14, früher Nr. 18.

Cottbuser Korn
i. Gebinden u. Flaschen empfiehlt
Heinrich Kuhn
Kornbranntwein-Brennerei
Cottbus.
Gegründet 1863.

Apollinaris
KOHLENSAURES MINERALWASSER.
„EIN WELT TAFELGETRÄNK“
(Kölnische Zeitung, 7^{ter} Okt., 1903).
Jährliche Fällungen:
30 000 000 Flaschen und Krüge.

Neue Welt

Hasenheide 108/114. A. Scholz.
Jeden Donnerstag:
Elite-Tag
Gala-Specialitätenvorstellung.
Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Morgens und folgende Tage:
Große Vorstellung.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe zu Berlin.
Die Stelle eines **Bureau-Hilfsarbeiters** ist zu besetzen. Daraus reflektierende geeignete Bewerber mögen ihre Offerte mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Vorsitzenden der Kasse, **Karl Nickisch**, Berlin N. 37, Chorinerstraße 84, bis Mittwoch, den 1. Juni per Post einleiten. Spätere Einsendungen können nicht berücksichtigt werden. 14956
J. H. d. B.: **Karl Nickisch**, N. 37, Chorinerstr. 84.

Billigste Uhr-Reparatur
Berl. Rittersstraße 125.
Taschenuhr reinigen 75 Pf.
Reine Feder „ „ „ 75
Regulator reinigen 1,50 M.
Wieder „ „ 60 Pf.

Central-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 22. d. M. unser Verbandskollege
Robert Michaelis
im Alter von 57 Jahren an Magenkrebs verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
138/12 Die Vorstandsleitung.

Danksagung.
Für die rege Beteiligung und zahlreichen Anträgen bei der BeerDIGUNG meines lieben Vaters sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises meinen herzlichsten Dank.
Witwe **Emma Langfeld**, 15035 Frauenstraße 9.

General-Fund-Bureau
Inhaber: Direktor **Otto Reckentin** Charlottenstr. 96.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.
Ziehung 6.—9. Juli 1904.
Hauptpr.: **100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw.** 5344 L.
Orig.-Lose 3.30 Porto u. Pfl. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Kollekteur, Mainz.

Landparzellen
(baureife Baustellen), Vorort-Verkehr, Bahnhof bequem gelegen, landschaftlich hervorragende Gegend, schönster Laub- und Nadelwald der Umgebung Berlins, gepflegte und erleuchtete Strassen, steigende Grundpreise, in schnell aufblühender Kolonie 6/8*
In jed. Preislage u. Grösse zu verkaufen. Offerten M. Z. 1435 Postamt W. 15.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Nach. tabell. Kauf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10—2, 5—7, Sonntag 10—12 2—4.

Ziehung schon diese Woche Samstags!
Ulmer Geld-Lotterie
7770 Geldgewinne, bar ohne Abzug zahlbar, im Betrage von
350 000 Mk.
Hauptgewinne:
75 000 40 000 25 000 Mk. etc.
Originallose à 3 M. (Porto und Liste 30 Pf.)
und Marienburger Lose à 1 Mk. — 11 Stk. 10 Mk. (Porto und Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf. g. m. b. H. Friedrichstr. 181.
Filialen: NW. Wilsnackerstr. 63. — O. Andreasstr. 46a. — SO. Oranienstr. 177.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Beuten, Bettläde, Steppdecken, Tischdecken, Leppiche haunenerregend, Handeltischband Weidenweg 19. 431*
Sportbillig Bettinlette, Bettbezüge, Decken, Aussteuerbezüge, Brautleuten empfohlen, Wert, Handeltischband Weidenweg 19. 431*
Schreibröhren, Damenröhren, Rellen, Regulatoren, Freischwinger, Schmalzmaschinen, Krautringe, Spiegel, anerkannt sportbillig, Handeltischband Weidenweg 19. 431*
Bekanntmachung. Sommerpaletots, Jackettanzüge, Gehrocken, empfohlene Einkaufsquelle, nur Central-Handeltischband Weidenweg 19. Verkaufszeit bis zum heutigen abends. 431*

Hochvoornahme Herren-Anzüge. Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Rohstoffen, 18—38,00. Beinleider 7—11.— Täglich, auch Sonntags-Verkauf Deutsches Verbandsband, Jägerstraße 63. I. 2254R*
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, part. 12. 437*

Gasföcherhand! Einloch-Gasföcher, 0,80. Zweiloch-Gasföcher, 1,20. Dreiloch-Gasföcher! Gas-Druckfenster, 6,00! Gas-Ofenapparate! Gas-Wärmlöcher, 2/1! Gasheerd! Gas-Bandarm, 1/1! Gaslauer, Gaslauer, Zehnlocherstraße 12 (Schiller-Theater).

Unternehmung wegen Verlaufe ich mein Parochialstraße 61 gelegenes Geschäft mit anschließender Fabrikstraße, Verleinen und Zählstellen. Paul Wilsn, Parochialstraße 61. 23148*

Transport-Drehtisch wegen Krankheit zu verkaufen. Weiße, Kristallstraße 46a. 14958*

Geschäft verkaufen vier Stück Holz, Holzlager, neu, auch einzeln, für Brauereien, haunend billig. Stoves, Gardinen, Steppdecken, Bilder, schnell Königsstraße 126a, I. 14996*

Möbelstücke empfehle meine Möbelfabrik für Wohnungs-Einrichtungen. Moderne Küchen, Wand- und andere Farben, Regal, billig. Teilzahlung. Garantie. Darnack, Dresdenstraße 124. 22238*

Wirtschaft, elegante, noch neu, auch einzeln, sportbillig, Brauereien, Gelegenheiten. Eventuell mit Wohnung. Gartenstraße 85, I. links. 7124*

Leppiche! (schräglage) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppichlager Dahn, Dadesch, Markt 4, Bagnhof Bdr. 93/22*

Fahrräder, Teilzahlungen, hunderte, preislich, Invalidenstraße 149 (Eingang Bergstraße), Statlerstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Photographie, Hand-, Stativ-, Klappcameras, durch Umtausch etwas beschädigt, zu halben Preisen. Marktgrabenstraße 19. 22938*

Leppiche mit Farbenflecken handri- nedeckende Große Frankfurterstraße 9, part. 12. 437*

Vorjährige hochvoornahme Herren- hosen aus feinsten Rohstoffen, 9—12 Karat. Verbandsband Germania, Unter den Linden 21. 21628*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, bis 10,00 Vergütung. Postkarte. Breit- holt, Köpenickerstraße 39. 437*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Anzahlung, ohne Anzahlung, Lang- schiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Aus- stattung, drei Jahre reelle Garantie. Bedmann, Goldnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 22168*

Gasföcherhand! Einloch-Gasföcher, 0,80. Zweiloch-Gasföcher, 1,20. Dreiloch-Gasföcher! Gas-Druckfenster, 6,00! Gas-Ofenapparate! Gas-Wärmlöcher, 2/1! Gasheerd! Gas-Bandarm, 1/1! Gaslauer, Gaslauer, Zehnlocherstraße 12 (Schiller-Theater).

Unternehmung wegen Verlaufe ich mein Parochialstraße 61 gelegenes Geschäft mit anschließender Fabrikstraße, Verleinen und Zählstellen. Paul Wilsn, Parochialstraße 61. 23148*

Wingfischen. Bobbin, Schneid- nader, ohne Anzahlung, Boche 1,00, gebrauchte 12,00. Königsstraße 60/61, Benschlagenerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 439*

Steppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, part. 12. 437*

Wasserpumpen von 8 Karat an, Druckpumpe, Einzelteile, Räder, Erdböhrer umsonst leihweise. Bis 9 geöffnet. Wolf, Pumpenfabrik, Ader- straße 113. 23158*

Mehrere 100 Morgen Landhaus- terrain bei Berlin (Blumberg- Glienau), große Zukunft, gesunde, ruhige Lage, große Waldungen, Quadratrute 6 Karat, Straßenland umsonst, bequeme Zahlung. Gr- ündung von Sonnensiedern, gutes Logis und Kost billig. Schulz, Rix- dorf, Lenaustraße 12/13. 15026*

Restaurant, fecht und zehn Jahre bestehend, ist zu verkaufen. Rant- straße 44, Himmelsburg bei Berlin.*

Wider, Schlag des sportbilligen Kaufverlaufs am 31. Mai. „Fortuna“, Franziskanerstraße 1, Ecke Schönhauser Allee. 437*

Taschenuhr 38,00, Schlafuhr 20,00, wie neu, Volkshafenstraße 22. Tape- zier. 7/1

Herrenfahrrad verkauft Grun- maldstraße 129, Hildebrandt. 141/0

Schnapsengeschäft, Paulgegend, Wiete 12/0, 12 halbe Bech, 12—14 halbe Bech, verlässlich. Cigarrenge- schäft Straubbergerstraße 35. 111/2

Restaurant zu verkaufen, billig, wegen Grundstücksübernahme. Zu er- fragen bei Mars, Kasernen-Allee 65/66. 437*

Zylinderbureau, Tischspind, Spiegel, Kommode, Kinderwagen verkauft. Hrad, Aderstraße 35. 15105

Bierverlag, gutgehend, wegen Krankheit der Frau zu verkaufen. Kaufstr. Bismarck, Schönhauser- Allee 71a. 437*

Mitte Nobelbant Kasernen-Allee 19,

Rechtsbureau! (Vindreadplatz), Grünerweg vierundzwanzig. Lang- jähriger Prozessverreiter, Gerichts- bestand! Raterteilung! Eingangs- gebühr. 14815*

Rechtsbureau. Raterteilungen, Unfallschaden, Schenkerlaubs, Pfänd- bungsfragen. Hech, Brunnenstr. 97.

Kupferteilung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerem Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 21738*

Barichen vergiebt Tischgeder, bistrot. Liebe, Rosenerstraße 28, Rüd- port. 61/9

Wandleiche, Prinzengasse 63, Ecke Annenstraße, täglich 8—8, Sonn- tags bis 2 Uhr geöffnet. 22728*

Bücher laust, bezieht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt I, 8831. *

Fahrräder laust, bezieht Haglaff, Schönhauser Allee 163a. 109/0*

Rechtsbureau. Vorrecher, früherer. Büdlerstraße 15 (Kaufher Platz). 43

Fahrrad laust, Rahn, Kopen- kerstraße 63. 15006

Wohnhauss, garantiert kein Mglor, Bettmöbel, Leibmöbel, 0,10, vier Tischentwürfe 0,10. Otto Bahr, Kopenik, Wangelheimerstraße 22 (Ab- holung Sonnabends. 23168*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Mletzer Mann (eigens Bett) sucht freundliche Schlafstelle. Preisangabe „009“ Postamt Riddersdorfstraße.

Arbeiter unter 16 Jahren ver- langt Michaels, Röhrenstraße 40.

Möblierte Schlafstelle vermietet Frau Rade, Schäferstraße 12, Hof III.

Mletzer Mann (eigens Bett) sucht freundliche Schlafstelle. Preisangabe „009“ Postamt Riddersdorfstraße.

Reisende, Sommerartikel, geduln- bringend. Junge, Sendelstraße 9. *

Schriftstauer, tüchtiger, und Ver- läufer gesucht. E. Ved, Schöneberg, Rathaus-Friedhof. 15076

Drei Schlosser werden zur Bean- staltung von Benzinmotoren (Bau- Anzug) per sofort gesucht. Q. 8, G- bedition dieses Blattes. 14906

Arbeiter unter 16 Jahren ver- langt Michaels, Röhrenstraße 40.

Gedrehte Flattenschneder verlangt Michaels, Stoffknopf-Fabrik, Röhren- straße 40. 14926

Gedrehte Terrazzoplatten-Arbeiter mit nachweislich längerer Praxis per sofort gesucht. Wallenstein, Stephan- straße 41. 14976*

Kolonnenführer, tüchtige, selb- ständige Schlosser verlangt bei hohem Lohn Schlosserei A. Rame, Char- lottenburg, Schillerstraße 97. 15016*

Ich suche einen tüchtigen Dreher, der schon in Knopffabriken gearbeitet hat. Louis Michaels, Stoffknopf- Fabrik, Röhrenstraße 40. 14936

Zwei Korbmacher auf runde Obst- kisten, bei hohem Lohn für dauernd verlangt Robert Brenner, Friedrichs- felde, Berlin-Grätzstraße 72. 14966*

Einleger und Bogenlänger sucht Steinbrunnerei Friedewald u. Preis, Lindenstraße 55. 15116

Verwändchen mit guter Schul- bildung zum sofortigen oder späteren Eintritt gesucht. Persönliche Vor- stellung in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1—2 oder abends 8—9 Uhr. U. Händorf u. Co., Wellenlancestraße 1—2. 23138*

Achtung! Leitergerüstbauer!
Wegen vorliegender Differenzen bei der Firma Hüt u. Co. (Hütmann), Charlottenburg, ist laut Veramm- lungsbeschluß Bezug nach dort freuziehend fern zu halten.
67/20 Die Sektionsleitung.

Achtung! Holzarbeiter!
Zugung ist streng fernzuhalten nach der Bautischerei Herr- mann, Stallgerstraße 100, und fol- gende Bauten: Beverstr. 2 u. 3, Strasse 4a (Nisch-Dümders- ches Gewerkschaftshaus), Greif- waldenstraße, Gasanstalt Tegel (Verwaltungsgebäude).

Bon Möbelbildern
nach der Möbelbilderei Zeiss & Comp., Wilhelmstr. 130—132, und Leipzigerstr. 126.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Zugung ist fern zu halten von **Bautischerei u. Einsetzern** nach Steglitz, Gross-Lichter- felde, Lankwitz u. Friede- nau. In Schwargendorfer- Bau Gortzig, Soprotstraße 15, Bau Suchland, Breitstr. 19, An Steglitz: Bau Köhne, Straße 30, an der Rotenburgerstraße, Zell u. Hanke, Forst- u. Wind- strassen-Ecke, Fiedler, Linden- u. Berlinische-Ecke. Bau Gortzig, Steglitz, Zimmermannstraße Ecke Sil- toriadort. Bau Schulze, Steglitz, Duppelstr. 15, Bau Stähr, Wich- tersfelde, Rantawallestraße.

Vergolder! Beruisgenossen!
Der Streit der Ringfabrikanten und deren Zwischenmeister dauert unermüdet fort. 228/4
Zugung ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.
J. H.: Emil Oehlert, Rangstr. 33, II. Säger & Co., Berlin SW.

Garantiv. Redakteur: **Paul Büttner**, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **Th. Glöde**, Berlin. Druck u. Verlag: **Bornwärts** Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul